

Bürgermeister Dr. Heyder:

Erinnerungen an die

Fritzacker Amtszeit 1933-45

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS-245-2

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
411/52

G. Heyder

G e g e n d e n S t r o m
Erinnerungen
eines Bürgermeisters

1950

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Utz. Archiv 40 126
11.6.57

Dem Andenken
meiner lieben Frau
Margarete Heyder, geb. Krapohl
und
meiner Kinder
Ursula und Gerhard Heyder

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

"In langen Jahren habe ich erkennen müssen, daß es Gerechtigkeit nicht gibt! Das ist ein leeres Wort, ein Spuk nur, der uns narret! Es gibt Naturnotwendigkeiten, deren Logik uns verschlossen bleibt. Wir werden ihre Quellen nie ergründen. Klar ist mir nur, daß Gut und Böse fortan Namen und Gewand vertauschen."

Der Connétable von Bourbon
in Gobineau "Die Renaissance"

Wenn die, die als große Männer gelten, aus ihrem Leben berichten, wird das gemeinhin als Bereicherung der Kenntnis ihrer Zeit begrüßt. Warum soll nicht auch einer der Kleinen, einer von denen, das Objekt - fast möchte man sagen - Opfer der Regierungskünste und Geistesblitze jener Mächtigen sind, von dem erzählen, was er gehört, gesehen und erlebt hat? Das Bild einer Zeit wird wirklicher, wenn wir sie nicht nur im Blickfeld der Großen in Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft sehen, sondern auch Stimmen der Erdebundenen vernehmen, derer, die in den engen Kreis der Mühen, Sorgen und Freuden der Mehrheit der Menschen gebannt sind. Dem Geschichtsforscher, dessen vornehmste Aufgabe doch ist, die Wahrheit zu suchen, müßten solche Aufzeichnungen willkommen sein. Ich muß im Irrationalis schreiben, denn die Richtigkeit dieser Annahme scheint mir, wenigstens in meinem Falle, zweifelhaft. Dabei denke ich an eine Beobachtung Albert Schweitzers, der schon 1931 (Aus meinem Leben und Denken) schrieb: "Die organisierten staatlichen, sozialen und religiösen Gemeinschaften unserer Zeit sind darauf aus, den Einzelnen dahin zu bringen, daß er seine Überzeugungen nicht aus eigenem Denken gewinnt, sondern sich diejenigen zu eigen macht, die sie für ihn bereit halten. Ein Mensch, der eigenes Denken hat und damit geistig ein Freier ist, ist ihnen etwas Unbequemes und Unheimliches. Er bietet nicht genügend Gewähr, daß er in der Organisation in der gewünschten Weise aufgeht."

I

Am 22. Dezember 1932 wurde ich von der Stadtverordneten-Versammlung in Pritzwalk zum Bürgermeister gewählt. Pritzwalk liegt etwa halbwegs zwischen Berlin und Rostock und hatte damals 9000 Einwohner.

Es war keine zufällige Gelegenheit, die mich zum Bürgermeister machte. Mit dieser Wahl erreichte ich das Berufsziel, das ich fast zehn Jahre hindurch verfolgt hatte, seit ich mein volkswirtschaftliches Studium, wie damals noch üblich, durch die Promotion abgeschlossen hatte. Für die Besetzung der leitenden Stellen in der städtischen Selbstverwaltung hat es in Preußen nie starre Vorschriften gegeben wie in der Staatsverwaltung. Immerhin hatte sich, bevor

die politischen Parteien begannen über diese Stellen zu verfügen, eine Verwaltungspraxis herausgebildet. in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern wurde die große juristische Staatsprüfung gefordert. Es hat aber gelegentlich auch erfolgreiche Oberbürgermeister ohne dieses Examen gegeben, wie auch in Städten unter 10 000 Einwohner Assessoren als Bürgermeister tätig gewesen sind. In der Regel aber leiteten die Verwaltungen dieser kleineren Städte Juristen mit dem Referendarexamen, auch Nationalökonomien, die vor dem ersten Weltkrieg noch ziemlich selten waren, ehemalige Offiziere oder Verwaltungspraktiker, Beamte aus dem gehobenen Dienst, wie man heute sagen würde. Abgesehen von den letzteren, die in der Verwaltung groß geworden waren, ging der Wahl zum Bürgermeister gewöhnlich eine Einarbeitung in die Verwaltungspraxis durch "informativische Beschäftigung" oder Tätigkeit als "wissenschaftlicher Hilfsarbeiter" voraus.

Ich war den Berufsweg meines Vaters gegangen, obwohl er mir nie dazu geraten hatte. Er hatte einst in höheren Semestern das Studium der Theologie aufgegeben, in Heidelberg bei Karl Knies, dem Mitbegründer der älteren historischen Schule der Nationalökonomie, promoviert, war Hilfsarbeiter zuletzt mit der Dienstbezeichnung Magistratsassessor in Zeitz und dann neunzehn Jahre bis zu seinem Tode im Jahre 1919 Bürgermeister in Friedeberg in der Neumark gewesen. In den beiden andern Städten des Kreises Friedeberg, in Driesen und Woldenberg, waren damals Juristen mit Referendarexamen Bürgermeister; auch sie sind lange Jahre im Amt gewesen. Einer der besten Amtsvorgänger meines Vaters in Friedeberg war ein Oberstleutnant a.D., sein letzter Nachfolger ein Gerichtsassessor. In Pritzwalk waren meine unmittelbaren Amtsvorgänger Verwaltungspraktiker, nur wenige Jahre zwischendurch ein früherer Offizier. Die Nachbarstadt Wittstock hatte bis nach dem ersten Weltkrieg durch mehr als drei Jahrzehnte einen Gerichtsassessor zum Bürgermeister. Die erwähnten Städte lagen alle in der Größengruppe von 5 - 10 000 Einwohnern. Ihre Bürgermeister hatten in Stadt und Land eine angesehene Stellung. Das Amt konnte in seiner Vielseitigkeit einen Mann wohl ausfüllen; es bot sogar, wenn Unabhängigkeitssinn und eigener Gestaltungswille vorhanden waren, ein reicheres Wirkungsfeld als viele Staatsstellungen, bis dann die Weimarer Republik begann, die Selbstverwaltung dieser Städte Schritt für Schritt einzuschränken. Ich entsinne mich, daß mein Vater mir einmal sagte, er wolle lieber Bürgermeister sein als Regierungsrat. Und das war noch zu einer Zeit, als Regierungsrat nur hieß, wer wirklich Rat bei einer Regierung war.

Bei dem Überangebot von Kräften nach dem Weltkrieg und der wachsenden Einflußnahme der politischen Parteien auf die Stellenbesetzungen war es für

mich nicht leicht gewesen, zu einer angemessenen Stellung in der Kommunalverwaltung zu kommen. Ich hatte zu meiner Ausbildung in Driesen, Guben und Müncheberg gearbeitet und war dann bei den Stadtverwaltungen zu Allenstein und Görlitz vor allem in der Kommunalstatistik und verwandten Arbeitsgebieten tätig gewesen. Seit dem 16. November 1931 war ich Bürgermeister des ostpreußischen Städtchens Arys. In Pritzwalk kam ich nun in eine Stellung, die einer Tätigkeit im höheren Staatsdienst gleichwertig war; das kam auch durch die Einordnung in die entsprechende Besoldungsgruppe zum Ausdruck, die der Regierungspräsident den Stadtverordneten, die sparen wollten, ausdrücklich nahegelegt hatte.

Meine Wahl in Pritzwalk erfolgte mit einer Stimme Mehrheit gegen den Kandidaten der SPD. In Arys war ich vorher infolge besonderer Umstände einstimmig, auch mit der Stimmen der SPD gewählt worden. Ich hatte den Stadtverordneten in Pritzwalk bei meiner Vorstellung gesagt, daß bei der Verwaltungsarbeit politische Gesichtspunkte für mich ausschäiden, ohne zu verschweigen, daß ich in meinen persönlichen Anschauungen im allgemeinen auf dem Boden der bürgerlichen Rechten stand außerhalb jeder parteimäßigen Bindung. Auf dem Lande und in den kleineren Städten gaben damals noch weite Kreise wie auch ich bei den Wahlen ihre Stimmen der Deutschen Volkspartei oder der Deutschnationalen Volkspartei, nicht, weil deren Politik sie begeisterte, sondern weil für sie einfach keine andere Möglichkeit blieb. Sie lehnten die immer zunehmende Parteiwirtschaft ab. Sie wollten wieder eine saubere, einwandfreie Verwaltung. Für sie bedeutete Freiheit "wachsen lassen". Sie wollten keine immer neue Ausdehnung der Staatstätigkeit, keine ständige Gesetzmacherei ehrgeiziger Politiker. Sie hatten aber auch keine außenpolitischen Eroberungspläne; am wenigstens wollten sie einen neuen Krieg, unter dem sie doch erst gelitten hatten. Eben darum meinten sie freilich, die Reichswehr müsse stark genug sein, um die Grenzen gegen unruhige Nachbarn, wie etwa das damalige Polen, schützen zu können. Sie dachten an keine gewaltsame Rückführung der Monarchie; sie wußten, daß die Vergangenheit nicht wiederkehrt. Weil viele sich im Herzen noch der entschwundenen Zeit und dem alten Königshause verbunden fühlten, lehnten sie aber auch ab, die Wandlung der Dinge laut zu preisen und zu feiern. Sie wollten nur wieder in Ruhe auf festem Grund arbeiten können, um allmählich das Elend zu überwinden. Denn die Wirtschaftsnot, die Arbeitslosigkeit waren doch ungeheuer. Helfen konnte nur Sachlichkeit, nicht das Gezänk der Parteien. Wenn ich rein sachliche Verwaltungsarbeit versprochen hatte, so war es mir damit voller Ernst. Ich hatte in meinen zehn Jahren Kommunalverwaltung erfahren, daß es Beschränktheit und Eigensinn auf der Rechten wie auf der Linken gab. Ich wußte, daß es immer auf den Mann ankam, nicht auf sein Parteibuch. Ich hatte oft genug gesehen, daß sich bei der Kleinarbeit

der Verwaltung, die doch nicht Gesetzgebung ist, bei sachlicher Erörterung die richtige Lösung wie von selbst ergab. Es waren doch auch damals genug Magistrate, in denen eine Abstimmung zu den Seltenheiten gehörte.

In aller Not und in der Enttäuschung über die Weimarer Republik ging durch das Volk damals politisch ein großer Zug zur Rechten. Wäre es in Deutschland nach 1918 zur Bildung zweier großer politischer Parteien gekommen, etwa einer sozialistischen Linkspartei und einer bürgerlichen oder liberalen Rechtspartei, so hätte damals die Rechte nur die Linke in der Regierung abgelöst, und das Staatsschiff wäre wohl ohne Strandung durch die Klippen der Zeit gekommen. Diesen Drang nach rechts in weitesten Kreisen hatte Hitler erkannt und in seiner Propaganda ausgenutzt, so widerspruchsvoll sie oft war, weil jedem etwas versprochen werden sollte. Darum haben auch viele Hitler für einen Mann der Rechten gehalten. Ich erinnere mich, daß ich gegen Ende 1932 zu einem höheren Offizier meine Bedenken darüber äußerte, daß die Rechtsbewegung im Volk von Hitler mißleitet würde. Er verstand mich nicht und meinte, ich müßte doch zugeben, daß Hitler den nationalen Gedanken ins Volk getragen habe.

Wer aber Gefühl hatte für echt und unecht in der Politik, der konnte über das Wesen dieser Bewegung nicht im Unklaren sein. Unverkennbar war die innere Verwandtschaft mit ausländischen Erscheinungen, etwa in Polen und Italien. Ebenso unverkennbar war als treibende Kraft des Ganzen der rücksichtslose Wille zur Macht bei Hitler und seinen Anhängern, der sich über Recht und Gesetz hinwegsetzen und alle Andersdenkenden verfemen würde. Im politischen Tageskampf spielte damals der Bonze eine Rolle als Bezeichnung für den arrivierten Parteifunktionär. Ich entsinne mich, daß ich die äußerste sittliche Entrüstung eines jungen Korpsstudenten von der Danziger Hochschule, eines fanatischen Nationalsozialisten hervorrief, als ich ihm sagte, die Herrschaft der Nationalsozialisten würde eine Bonzokratie werden, wie sie die Welt noch nicht gesehen hätte. Und deutlich war auch, daß sich die Bewegung gegen alle gewachsene Ordnung in Staat und Gesellschaft wandte. Die kleine Schrift "Von der bürgerlichen Ehre und bürgerlichen Notwendigkeit", die 1932 Hans Grimm als Mahnung und Warnung zugleich an den Nationalsozialismus richtete, sprach viel von dem aus, was ich selbst dachte. Die Nationalsozialisten waren im Kern ihrer Anhängerschaft in der Wirtschaftsnot jener Jahre Gescheiterte und Bedrohte aus allen Schichten unseres Volkes. Selbstverständlich gab es auch Idealisten unter ihnen, wie in Deutschland jeder Weltverbesserer jederzeit begeisterte Anhänger haben wird. Namentlich in bäuerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen, aber auch unter der akademischen Jugend hatte der Nationalsozialismus solche gefunden.

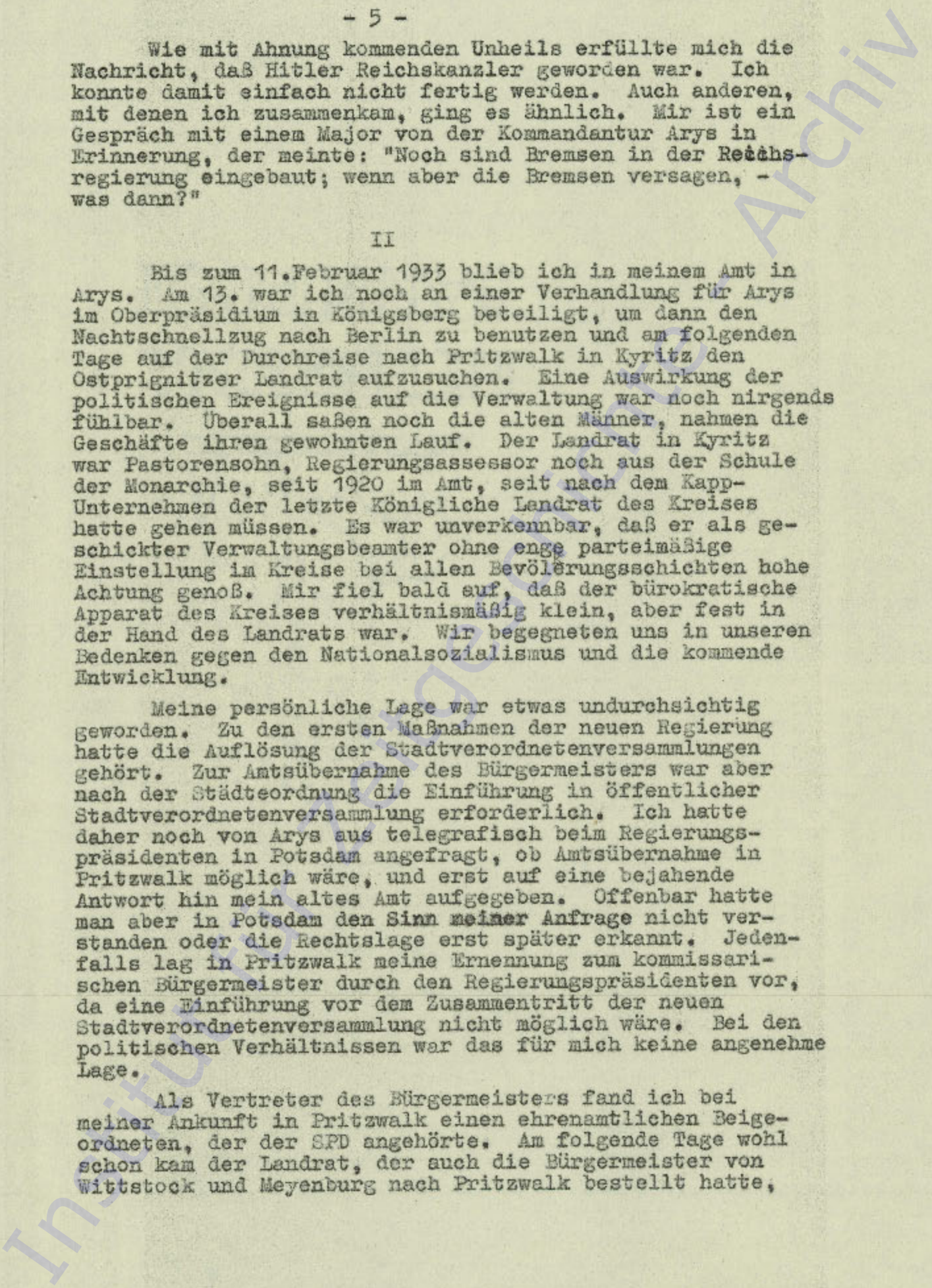
Wie mit Ahnung kommenden Unheils erfüllte mich die Nachricht, daß Hitler Reichskanzler geworden war. Ich konnte damit einfach nicht fertig werden. Auch anderen, mit denen ich zusammenkam, ging es ähnlich. Mir ist ein Gespräch mit einem Major von der Kommandantur Arys in Erinnerung, der meinte: "Noch sind Bremsen in der Reichsregierung eingebaut; wenn aber die Bremsen versagen, - was dann?"

II

Bis zum 11. Februar 1933 blieb ich in meinem Amt in Arys. Am 13. war ich noch an einer Verhandlung für Arys im Oberpräsidium in Königsberg beteiligt, um dann den Nachtschnellzug nach Berlin zu benutzen und am folgenden Tage auf der Durchreise nach Pritzwalk in Kyritz den Ostprignitzer Landrat aufzusuchen. Eine Auswirkung der politischen Ereignisse auf die Verwaltung war noch nirgends fühlbar. Überall saßen noch die alten Männer, nahmen die Geschäfte ihren gewohnten Lauf. Der Landrat in Kyritz war Pastorensohn, Regierungsassessor noch aus der Schule der Monarchie, seit 1920 im Amt, seit nach dem Kapp-Unternehmen der letzte Königliche Landrat des Kreises hatte gehen müssen. Es war unverkennbar, daß er als geschickter Verwaltungsbeamter ohne enge parteimäßige Einstellung im Kreise bei allen Bevölkerungsschichten hohe Achtung genoß. Mir fiel bald auf, daß der bürokratische Apparat des Kreises verhältnismäßig klein, aber fest in der Hand des Landrats war. Wir begegneten uns in unseren Bedenken gegen den Nationalsozialismus und die kommende Entwicklung.

Meine persönliche Lage war etwas undurchsichtig geworden. Zu den ersten Maßnahmen der neuen Regierung hatte die Auflösung der Stadtverordnetenversammlungen gehört. Zur Amtsübernahme des Bürgermeisters war aber nach der Städteordnung die Einführung in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Ich hatte daher noch von Arys aus telegrafisch beim Regierungspräsidenten in Potsdam angefragt, ob Amtsübernahme in Pritzwalk möglich wäre, und erst auf eine bejahende Antwort hin mein altes Amt aufgegeben. Offenbar hatte man aber in Potsdam den Sinn meiner Anfrage nicht verstanden oder die Rechtslage erst später erkannt. Jedenfalls lag in Pritzwalk meine Ernennung zum kommissarischen Bürgermeister durch den Regierungspräsidenten vor, da eine Einführung vor dem Zusammentritt der neuen Stadtverordnetenversammlung nicht möglich wäre. Bei den politischen Verhältnissen war das für mich keine angenehme Lage.

Als Vertreter des Bürgermeisters fand ich bei meiner Ankunft in Pritzwalk einen ehrenamtlichen Beigeordneten, der der SPD angehörte. Am folgende Tage wohl schon kam der Landrat, der auch die Bürgermeister von Wittstock und Meyenburg nach Pritzwalk bestellt hatte,



und eröffnete uns, daß auf Grund eines Ministerialerlasses die kommunale Polizei durch Angehörige der SA und des Stahlhelm verstärkt werden müsse. Unter uns war Übereinstimmung, daß bei der völligen Ruhe im Lande für eine solche Maßnahme keinerlei Bedürfnis bestände, ihr Zweck vielmehr offensichtlich wäre, die Behörden zu lähmen und zu überwachen.

Es kamen die ersten Schwierigkeiten mit der SA. Zwar hatte diese in der Stadt nur erst wenig Mitglieder. Überhaupt war hier die NSDAP noch nicht sehr stark, hatte durch mittelständische Propaganda vor allem unter den kleineren Handwerkern und Geschäftsleuten Fuß gefaßt. Ortsgruppenleiter war der Lehrer Zemper. Offensichtlich war in den bürgerlichen Kreisen der Einfluß des Stahlhelm stärker als der der NSDAP. In der wohlhabenden Landumgebung der Stadt aber hatte diese Partei namentlich unter der bäuerlichen Jugend viele Anhänger. Sie stellte auch vor allem die Mitglieder der SA. Kreisleiter war ein nachgeborener Bauernsohn Richard Kackstein aus Triglitz. Die SA führte in Pritzwalk als Sturmbannführer ein junger Mensch, der sonst beruflich nicht tätig war. Er war noch nicht lange zugezogen und hatte sich unter dem falschen Namen Clausen polizeilich angemeldet. Über ihm standen als Standartenführer der Landwirt Langhoff in Kehrberg, der das dortige stark verschuldete Rittergut seiner Mutter bewirtschaftete, und als Oberführer Graf Wedel in Lohm, ehemals Rittmeister im Regiment Garde-du-Corps. Clausen konnte in Pritzwalk in kürzester Zeit 100 bis 150 SA-Männer versammeln; es war noch Frostwetter und auf dem Lande wenig Arbeit. Am 18. Februar war in Pritzwalk eine größere Zahl Landjäger zum Schutze einer Wahlversammlung der SPD zusammengezogen. Kurz vor ihrem Beginn erklärte mir der Leiter der Landjägerei-Abteilung, kein Landjäger werde mehr einen SA-Mann anfassen. Im Kreise Ruppin hätten zwei Landjäger noch zugefaßt und wären sofort abgelöst worden. So blieb nichts übrig, als die schwach besuchte Versammlung aufzulösen, nachdem die SA in starkem geschlossenen Zuge in den Saal einmarschiert war, um sie zu sprengen.

In den folgenden Tagen verschlechterte sich die Lage zusehends. Durch den Tatendrang des jugendlichen Clausen, der im Hintergrund offenbar durch den Grafen Wedel gestützt wurde, trieben die Dinge hier schneller vorwärts als anderswo. Clausen bemächtigte sich des Kraftwagens des Gewerkschaftssekretärs Henkel und war in ihm ständig unterwegs. Die SA-Hilfspolizei - überwiegend Männer vom Lande - trat den Dienst an; ihr mußte ein Zimmer im Rathaus eingeräumt werden. Der SA gegenüber waren die acht städtischen Polizeibeamten, obwohl sie überwiegend die NSDAP mehr oder weniger ablehnten, machtlos. Wahlversammlungen der SPD, auch wenn sie behördlich genehmigt waren, machte Clausen unmöglich; mit Mühe war von ihm zu erreichen, daß er ein Vergnügen

des unpolitischen Arbeitergeselligkeitsvereins zuließ. Die Landstraßen im ganzen Umkreis wurden von der SA überwacht, Kraftwagen angehalten und durchsucht; verschiedene Wagen, die nicht sofort hielten, beschossen. Die SA wußte sich in zunehmendem Maße zu bewaffnen. Die Gegnerschaft gegen den Stahlhelm wurde kaum noch verhüllt. Die führende Persönlichkeit der SPD, der Gewerkschaftssekretär Henkel, Stadtrat und Kreisaußschußmitglied, hielt es für ratsam, sich - wohl außerhalb der Stadt - verborgen zu halten.

Der Landjägerhauptmann in Neuruppin, zu dessen Bezirk die Ostprignitz gehörte, war gelegentlich einer Landjäger-Dienstversammlung in Pritzwalk und sprach bei mir vor. Er war offensichtlich erschüttert über die Zustände, sah aber auch keinen Ausweg. In jenen Tagen war ich bei der Regierung in Potsdam, um mich vorzustellen. Meine Darstellung der Lage in der Prignitz fand größte Aufmerksamkeit. Der Regierungspräsident Jaenecke sagte mir, es nütze nichts, wenn die Herren bei ihm nur klagten; wenn er helfen sollte, müsse er Unterlagen haben. Da habe ich in seinem Vorzimmer einen Bericht über die Zustände in Pritzwalk diktiert.

Der Stahlhelm stand dem allen völlig ablehnend gegenüber; er hatte auch Männer für die Hilfspolizei offensichtlich nur gestellt, um das Feld nicht der SA allein zu überlassen. Der Führer des Stahlhelm, Rechtsanwalt Dr. Riep - ehemaliger aktiver Oberleutnant, später im Kriege zuletzt Regimentskommandeur an der Ostfront - äußerte gelegentlich zu mir, wenn das so weiterginge, würde schließlich noch der Stahlhelm gegen die SA eingesetzt werden müssen.

Die Zustände wurden immer ärgerlicher. Ich war tatsächlich machtlos. Wenn die Bremsen versagen, - was dann? Bremsen mußten auch wir sein. Kurz entschlossen ging ich zu Rechtsanwalt Riep in seine nicht weit vom Rathause gelegene Kanzlei und sagte ihm, es wäre an der Zeit, den Stahlhelm einzusetzen. Riep antwortete mir, das können nur der Baron zu Putlitz-Philippshof. Der käme aber heute nach Pritzwalk, um mit dem Grafen Wedel über alle diese Dinge zu verhandeln. Ich äußerte den Wunsch, an der Besprechung teilzunehmen. Am Nachmittag kamen zu Putlitz und ein Oberleutnant a.D. Heyne zu mir und meinten, sie hätten nun ihre Verhandlung mit dem Grafen Wedel bei mir vereinbart. Heyne war Verbindungsmann des Stahlhelm im Ministerium des Innern. Wedel erschien nicht zu der vereinbarten Zeit; da gingen die Herren wieder. Kurz danach aber kamen Wedel und Langhoff mit dem Reichstagsabgeordneten Hinz-Brüsenhagen, darauf auch nochmals Heyne. Putlitz war inzwischen abgefahren. Wir begannen zu verhandeln; es kam aber sofort zu scharfen Zusammenstößen. Wedel und Langhoff brachen die Besprechung ab; offensichtlich wollten sie keine Klärung; ihnen lag daran, möglichst schnell den Übergang aller Gewalt auf die SA als vollendete Tatsache

zu schaffen. "Mir als Reichstagsabgeordneten wagt man so etwas zu sagen" spielte Hinz-Brüsenhagen den Beleidigten. Als die anderen gegangen waren, blieb Heyne noch einen Augenblick und erwähnte beiläufig, daß er den Abendschnellzug von Wittenberge nach Berlin benutzen und noch einmal in das Ministerium gehen würde.

Ich hatte zu der Besprechung den Vorsteher des Polizeibüros, einen Stadtinspektor, zugezogen. Der riet mir nun, selbst nach Berlin zu fahren. Im Kraftwagen machte ich mich auf den Weg. Gegen 20 Uhr waren wir unter den Linden vor dem Ministerium; wenige Minuten später kam auch Heyne. Nun versuchten wir beide noch einmal gemeinsam bei dem Verbindungsmann der SA im Ministerium Major a.D. von Loeper, den wir noch antrafen, etwas zu erreichen. Er war aber nicht sonderlich geneigt, auf unsere Klagen einzugehen. Schon sah ich auch diesen Versuch als gescheitert an, als es an der Tür klopfte, und der Potsdamer Regierungspräsident Jaenecke eintrat. Er erkannte mich sofort und war augenscheinlich verwundert, mich um diese Stunde in dem kleinen Hinterzimmer des Ministeriums zu finden, fragte mich dann aber, ob ich wegen derselben Sache gekommen wäre, über die wir kürzlich zusammen gesprochen hätten. Ich bejahte und bat ihn um einen jungen Offizier der staatlichen Schutzpolizei, dabei bemerkend, daß jetzt wahrscheinlich noch das persönliche Einwirken eines Offiziers und die Autorität seiner Uniform genüge, um bei einer offenen Aussprache den jungen SA-Führer zu Verstand zu bringen. Jaenecke ließ sich fermündlich mit der Potsdamer Regierung verbinden und gab mir dann zum Bescheid: "Morgen früh 9 Uhr meldet sich ein Leutnant mit 5 Wachtmeistern bei Ihnen. Sie bleiben Ortspolizeiverwalter. Der Offizier ist Ihnen unterstellt." Loeper hörte sich alles schweigend an. Jaenecke nahm mich zu dem auch noch anwesenden Ministerialdirektor Grauert mit, auf den aber unsere Ausführungen offenbar nur wenig Eindruck machten.

Befriedigt kehrte ich in der Nacht nach Pritzwalk zurück. Pünktlich 9 Uhr fuhr am nächsten Morgen der Polizeiwagen am Rathaus vor, mitten in das bunte Treiben der SA hinein. Der Erfolg war ganz der, den ich erwartet hatte; die Ordnung war sofort wieder hergestellt. Die Schutzpolizei blieb etwa eine Woche in Pritzwalk, und die Wahlen Anfang März konnten ganz ordnungsgemäß verlaufen. Im Privatgespräch allerdings ließ der Leutnant durchblicken, daß er den Nationalsozialismus nicht ablehne. Er hätte geglaubt, in Pritzwalk gegen Kommunisten einschreiten zu sollen; es wäre ihm nicht angenehm, eigentlich gegen die SA eingesetzt zu sein. Er wäre zu einem Lehrgang kommandiert gewesen. Im Kameradenkreis in Königsberg, wohin er gehöre, hätten sie schon oft über den Nationalsozialismus diskutiert.

Regierungspräsident Jaenecke schied nicht lange

Ins

danach aus seinem Amt, um nach China zu gehen. Ich las in der Zeitung, daß er vor seiner Ausreise vom Reichspräsidenten von Hindenburg empfangen worden war.

III

Ich hatte angenommen, das Verhalten der SA, die dann allen sichtbar noch einmal durch die Staatsgewalt in ihre Grenzen zurückgewiesen war, würde die Wahlen in Pritzwalk zum Nachteil der NSDAP beeinflussen. Ich sollte mich getäuscht haben. Die alte Stadtverordnetenversammlung hatte aus je 11 Angehörigen der SPD und der "Bürgerlichen Vereinigung" und 2 Angehörigen der "Partei der Mitte" bestanden. Für die Neuwahl war an die Stelle der Bürgerlichen Vereinigung der "Block schwarz-weiß-rot" getreten, der alle bürgerlichen Kreise vom Stahlhelm bis zu durchaus liberal Eingestellten wie den Verleger des Prignitzer Tageblatts umfaßte; eine Partei der Mitte gab es nicht mehr. Der Block schwarz-weiß-rot hielt sich bei der Wahl gut und erreichte neun Sitze. Die SPD dagegen brachte es nur noch auf vier Stadtverordnete. Die übrigen elf neuen Stadtverordneten waren Anhänger der NSDAP. Sie war also die stärkste Partei geworden und hatte ihre Stimmen vor allem von früheren Wählern der Linken, insbesondere der SPD erhalten. Das war um so verwunderlicher als auf dem Wahlvorschlag der NSDAP kaum ein wirklicher Arbeiter stand, sondern fast ausschließlich Angehörige des kleinbürgerlichen Mittelstandes. So völlig hatten die regierenden Parteien der Weimarer Republik abgewirtschaftet, so allgemein war das Gefühl, daß ein grundlegender Wandel eintreten müsse. Die Wahl war in aller Ruhe und Ordnung vor sich gegangen; die Wahlvorstände waren noch wie bei früheren Wahlen zusammengesetzt gewesen, eine Verfälschung des Ergebnisses zu Gunsten der NSDAP also ausgeschlossen.

Dieses Wahlergebnis war für viele das Zeichen zum Eintritt in die NSDAP. Man hat später über die "Märzgefallenen" gespottet. Der Andrang wurde so groß, daß die Partei vom 1. Mai 1933 ab eine Mitgliedersperre einführte. Was damals, als "alle das Laufen bekamen", wie einer meiner Polizeibeamten später einmal sagte, eigentlich den Anstoß gegeben hat, ob es Furcht war vor der NSDAP, ob es das ehrliche Gefühl war, bei dieser verheißungsvollen Erneuerung der deutschen Dinge nicht zurückstehen zu dürfen, wer will das entscheiden? Es war, als hätte ein Taumel die Menschen erfaßt. Jedenfalls hat erst dieser Masseneintritt der NSDAP das Gefühl ihrer überlegenen Stärke gegeben, das sie bis dahin noch kaum hatte. Ein Gemisch von Frechheit und Angst hatte noch im Februar der Neuruppiner Landjäger-Hauptmann die Stimmung der SA genannt.

Am 24. März trat die neue Stadtverordnetenversammlung zum ersten Mal zusammen. Schon im Februar war der Landrat wie üblich vom Regierungspräsidenten

zum Kommissar für meine Amtseinführung bestellt worden. Auf meine Bitte nahm er die Einführung in dieser ersten Sitzung vor und zwar sofort, nachdem ich selbst die Stadtverordneten verpflichtet hatte. So wurde der NSDAP gar keine Zeit gelassen, überhaupt auf die Möglichkeit zu kommen, meine endgültige Amtsübernahme in Zweifel zu ziehen. Ich dachte damals nicht daran, etwa freiwillig auf mein Amt zu verzichten und in jener verworrenen Zeit zu kneifen, wie der Student gesagt hätte.

Der Zuhörerraum im Stadtverordnetensaal war bei dieser Sitzung überfüllt; auch vor dem Rathaus hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt. Die vier Sozialdemokraten hatten auf Verlangen der NSDAP in der ersten Reihe Platz genommen. Der zum Stadtverordnetenvorsteher gewählte Ortsgruppenleiter schloß die ruhig verlaufene Sitzung mit dem Deutschlandlied. Die Sozialdemokraten standen beim Absingen des Liedes nicht auf. Da fiel die Fraktion der NSDAP über sie her und riß sie hoch. Das alles spielte sich in wenigen Augenblicken ab. Dann hatten die Sozialdemokraten blitzschnell den Saal verlassen. Draußen aber wurde der flüchtende Stadtverordnete Henkel verfolgt und so geschlagen, daß er halb bewußtlos in die Polizeiwache gebracht wurde. Er kam zunächst in das Pritzwalker Johanniter-Kreiskrankenhaus. Dann aber ließen ihn der noch anwesende Landrat und ich in das Staatskrankenhaus nach Berlin überführen zu seiner eigenen Sicherheit und, um ähnlichen Tumulten vorzubeugen. Henkel hatte sich durch seine politische Tätigkeit viele erbitterte Gegner geschaffen.

Die vier Sozialdemokraten legte ihre Mandate nieder, und die auf dem Wahlvorschlag Nachrückenden verzichteten. So bestand die Stadtverordnetenversammlung nur noch aus zwanzig Mitgliedern, elf Angehörigen der NSDAP und neun bürgerlichen Stadtverordneten. Der bisher nicht unbedeutende Einfluß der SPD auf die Stadtverwaltung war geschwunden.

Auf Antrag der NSDAP setzte die Stadtverordnetenversammlung einen Untersuchungsausschuß ein, der die ganze Stadtverwaltung überprüfen sollte. Er hat viele Akten durchgestöbert und Protokolle geschrieben, doch nichts von Belang gefunden. Mit seiner Tätigkeit steht aber der plötzliche Tod des schon erwähnten Stadtinspektors des Polizeibüros in Zusammenhang, der mich damals sehr erschüttert hat. Von diesem Beamten war bekannt, daß er kein Freund der NSDAP war. Er ist deren Haß, als sich der Ausschuß mit seinem Arbeitsgebiet befassen wollte, vermutlich durch Gift aus dem Wege gegangen, obwohl das nicht nachgewiesen werden konnte. Ich habe nie etwas von Verfehlungen des Beamten gefunden, der durch mehrere Jahrzehnte im Dienst der Stadt gestanden hatte. Die Verhältnisse waren immer schwieriger geworden. Verschiedene führende Persönlich-

lichkeiten der SPD waren nach einer ministeriellen Anweisung durch Schutzhaftbefehle des Landrats festgesetzt worden. Der bisherige Landrat hatte gegen seinen Wunsch Kyritz verlassen und nach Schneidemühl als Vizepräsident gehen müssen. Er war zunächst durch einen Bauern aus Zernitz, den späteren Landesbauernführer ersetzt worden. Für mich aber hieß es durchhalten. Und ich glaube wohl, ich habe manches verhütet und mäßigend gewirkt, allein schon dadurch, daß ich noch da war und doch nicht immer zu umgehen war. Mir ist damals oft das Bibelwort durch den Kopf gegangen: "Seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben." (Matth. 10, 16)

So manches Mal habe ich in der Hitlerzeit die historischen Szenen des Grafen Gobineau aus der Renaissance in der Hand gehabt und über die Herrschaft des Mönches Savonarola in Florenz nachgelesen. Da war so lebensnah geschildert, was wir selbst erlebten. Einem fanatischen Mann war es gelungen, die Menge zu fanatisieren und mit ihrer Hilfe eine drakonische Herrschaft zu errichten. Da klagt nun der Altertumsforscher, den seine Magd mahnt, zur Perdigt Savonarolas zu gehen: "Ist es nicht entsetzlich, daß man sich beim Studium einer so schwierigen Stelle unterbrechen lassen muß, um die Albernheiten mit anzuhören, an denen sich der Pöbel delektiert... Elende Knechtschaft, in die fanatische Nichtswisser uns gebracht haben! Wann endlich werden wir das Joch vom Nacken werfen? Wann, ihr unsterblichen Götter, ihr Musen und Nymphen? ... Aber ich muß mich spüren, sonst gibt es Unannehmlichkeiten. Es ist ein wahres Wunder, daß die Polizei mich bisher in Ruhe gelassen! Wann wird die Tyrannei ein Ende haben? Wann? ..." Und dann predigt der Mönch: "Ihr werdet mir Glauben schenken, wenn ich euch heute sage: Die Volksherrschaft ist für euch die einzig richtige! Gott gab sie euch durch meine Hand - haltet an ihr fest! Erlaubt keinem, daran zu rühren. Wer es tut, beleidigt Gott und begeht eine Ruchlosigkeit; er höhnt Jesus, unseren König, und verübt Hochverrat, verletzt die Majestät. Könntet ihr je dem Schurken verzeihen, der so ungeheurer Verbrechen fähig wäre? (Ausrufe des Zorns bei den Zuhörern) Ihr Herren vom hohen Rat, ich sage euch, solche Freveltaten müssen geahndet werden! Stört einer die öffentliche Eintracht und nennt sich Weißer oder Grauer wie in früheren Zeiten, so fackelt nicht: Zehn Gulden Strafe! Wird er rückfällig, gebt ihm das Tau zu schmecken! Zeigt er sich obstinat, dann in den Kerker mit ihm! Auf Lebenszeit! Und nun, Florenz, gib deinen Armen Speise, sie sind unseres Herren Jesu Kinder! Das Volk darf nicht hungern, wenn die Reichen satt werden..." Auf dem Platz vor der Kirche fällt eine Schar von Kindern über zwei junge Mädchen her; die entgegen den Geboten des asketischen Mönches noch prächtig gekleidet sind, und zerreißen ihnen Kleidung und Kopfputz. Ein Kind jubelt: "Da haben wir eine Masse Zeug für die Armen. Zwei Halsketten, Ohrringe, Armbänder und Ringe! Das ist fein!" Aus einem andern Haufen Kinder, der

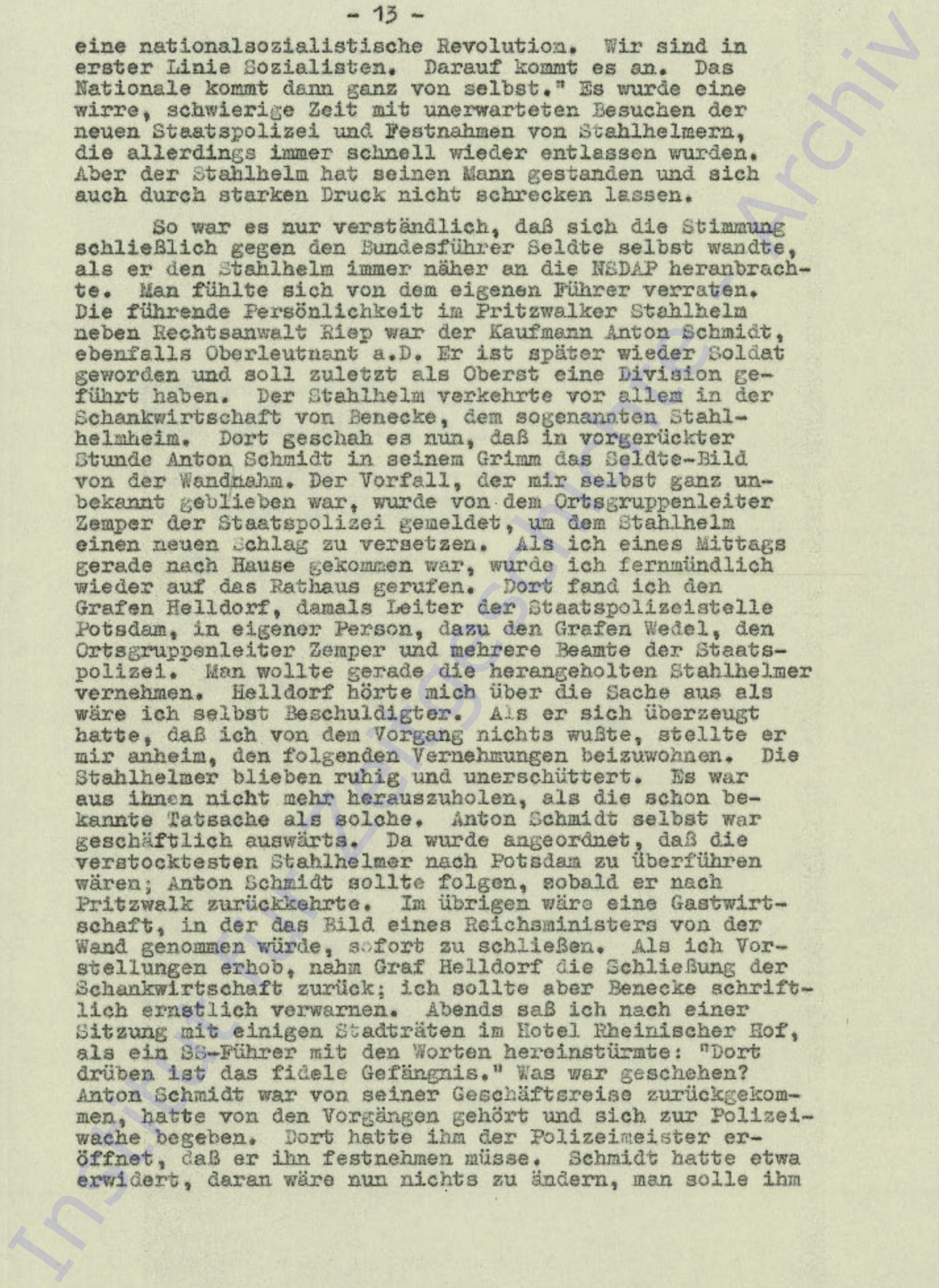
hinzugelaufen kommt, tönt es: "Wir sind sammeln gewesen. Fünfzig Dukaten! Bann haben wir Spieler ausgezogen. Aber jetzt weiß ich noch was. Paßt mal auf! In einem Hause, ganz in der Nähe, haben die Leute schlechte Bücher versteckt und ein Schachbrett und eine Laute und, ich glaube, auch einen Spiegel. Aber das weiß ich nicht genau. Den Stall wollen wir ausfegen! Alle zusammen! Kommt!" Und aus dem davonestürmenden Haufen schreit ein Sohn dem Vater zu, der ihn nach Hause ruft: "Ich kann nicht! Ich muß Jesu dienen und Sünder bessern!" Da erscheint Savonarola mit anderen Eiferern. Die Menge begrüßt sie voll Begeisterung; Männer und Frauen sinken in die Knie und küssen unter Tränen Savonarolas Kutte. Im Hause aber streitet der Mann mit Frau und Kind: "Siehst Du, Mutter, er hat das Buch, das Bruder Girolamo verboten hat. Und noch andere! Ich weiß es ganz genau. Wir wollen die bösen Bücher in den Ofen stecken!" eifert das Kind, und die Frau droht endlich dem Mann: "Und ich werde euch beim hohen Rat anzeigen und bitten, daß man euch für euren Frevelmut bestraft!" "Ja, Mutter, ja! Laß Vater bestrafen!" ruft das Kind. (Nach der Übersetzung von Bernhard Jolles, Leipzig 1912) Das war soziologisch gesehen dasselbe, was auch wir erlebten. So manche, die heute davon nichts mehr wissen, müßten wenigstens im stillen Kämmerlein bekennen: Wir sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhmes, den wir haben wollen. Auch das Volk von Florenz wußte nichts mehr von dem, was es getan hatte, als Savonarola zum Tode geführt wurde.

Der SA-Oberführer Graf Wedel wurde Landrat. Er hat mir unseren Gegensatz vom Februar nicht nachgetragen. Ich habe mit ihm ernstere Reibungen nicht mehr gehabt, zumal er die Verwaltung, von der er nichts verstand, in den gut eingefahrenen Geleisen weiterlaufen ließ. Im Rahmen der damaligen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurde von ihm der dringend erforderliche Erweiterungsbau des Pritzwalker Kreiskrankenhauses durchgeführt, für den auch die Stadt einen Kostenanteil übernahm. Die Passion des Grafen Wedel war, die Freiwilligen Feuerwehren im Kreise zu alarmieren und die Feuerwehrmänner, die damals so etwas noch nicht gewöhnt waren, dann möglichst militärisch zu behandeln.

Sein grimmiger Haß aber richtete sich gegen den Stahlhelm. Dieser konnte sich damals mit Recht neben der NSDAP als Träger des neuen Staates fühlen. Und in den Kreisen des Pritzwalker Stahlhelm hielt man mit Kritik an dem Verhalten und den Maßnahmen des großen Bundesbruders durchaus nicht zurück, der seinerseits mit Angriffen auf die "Wühlmäuse" antwortete, die dem Neubau des Reiches störten. Konnte man zunächst noch annehmen, es handele sich um örtliche Meinungsverschiedenheiten, so wurde das Bild bald anders. Es ging sicher schon auf Weisungen höherer Parteistellen zurück, als der Ortsgruppenleiter Zemper äußerte: "Man spricht immer nur von der nationalen Revolution. Wir haben aber

eine nationalsozialistische Revolution. Wir sind in erster Linie Sozialisten. Darauf kommt es an. Das Nationale kommt dann ganz von selbst." Es wurde eine wirre, schwierige Zeit mit unerwarteten Besuchen der neuen Staatspolizei und Festnahmen von Stahlhelmern, die allerdings immer schnell wieder entlassen wurden. Aber der Stahlhelm hat seinen Mann gestanden und sich auch durch starken Druck nicht schrecken lassen.

So war es nur verständlich, daß sich die Stimmung schließlich gegen den Bundesführer Seldte selbst wandte, als er den Stahlhelm immer näher an die NSDAP heranbrachte. Man fühlte sich von dem eigenen Führer verraten. Die führende Persönlichkeit im Pritzwalker Stahlhelm neben Rechtsanwalt Riep war der Kaufmann Anton Schmidt, ebenfalls Oberleutnant a.D. Er ist später wieder Soldat geworden und soll zuletzt als Oberst eine Division geführt haben. Der Stahlhelm verkehrte vor allem in der Schankwirtschaft von Benecke, dem sogenannten Stahlhelmheim. Dort geschah es nun, daß in vorgerückter Stunde Anton Schmidt in seinem Grimm das Seldte-Bild von der Wand nahm. Der Vorfall, der mir selbst ganz unbekannt geblieben war, wurde von dem Ortsgruppenleiter Zemper der Staatspolizei gemeldet, um dem Stahlhelm einen neuen Schlag zu versetzen. Als ich eines Mittags gerade nach Hause gekommen war, wurde ich fernmündlich wieder auf das Rathaus gerufen. Dort fand ich den Grafen Helldorf, damals Leiter der Staatspolizeistelle Potsdam, in eigener Person, dazu den Grafen Wedel, den Ortsgruppenleiter Zemper und mehrere Beamte der Staatspolizei. Man wollte gerade die herangeholten Stahlhelmer vernehmen. Helldorf hörte mich über die Sache aus als wäre ich selbst Beschuldigter. Als er sich überzeugt hatte, daß ich von dem Vorgang nichts wußte, stellte er mir anheim, den folgenden Vernehmungen beizuwohnen. Die Stahlhelmer blieben ruhig und unerschüttert. Es war aus ihnen nicht mehr herauszuholen, als die schon bekannte Tatsache als solche. Anton Schmidt selbst war geschäftlich auswärts. Da wurde angeordnet, daß die verstocktesten Stahlhelmer nach Potsdam zu überführen wären; Anton Schmidt sollte folgen, sobald er nach Pritzwalk zurückkehrte. Im übrigen wäre eine Gastwirtschaft, in der das Bild eines Reichsministers von der Wand genommen würde, sofort zu schließen. Als ich Vorstellungen erhob, nahm Graf Helldorf die Schließung der Schankwirtschaft zurück; ich sollte aber Benecke schriftlich ernstlich verwarnen. Abends saß ich nach einer Sitzung mit einigen Stadträten im Hotel Rheinischer Hof, als ein SS-Führer mit den Worten hereinstürmte: "Dort drüben ist das fidele Gefängnis." Was war geschehen? Anton Schmidt war von seiner Geschäftsreise zurückgekommen, hatte von den Vorgängen gehört und sich zur Polizeiwache begeben. Dort hatte ihm der Polizeimeister eröffnet, daß er ihn festnehmen müsse. Schmidt hatte etwa erwidert, daran wäre nun nichts zu ändern, man solle ihm



aber aus dem Stahlhelmheim etwas zu essen holen und aus der dem Rathaus gegenüber gelegenen Konditorei ein Glas Bier und für die Kameraden - und dabei hatte er auf die in der Wache anwesenden Polizeibeamten gezeigt - auch jeden eins. So war es geschehen, und die Beamten hatten mit Schmidt also auf der Wache einen Schoppen getrunken. Die Aufregung über die Polizei war groß; aber sie sollte schnell etwas gedämpft werden. Mit dem Transport der mittags festgenommenen Stahlhelmer nach Potsdam, der im Kraftwagen erfolgte, war ein Hauptwachmeister beauftragt worden, der der besondere Vertraute des Ortsgruppenleiters war. Er war von der Schutzpolizei Magdeburg gekommen, hatte schon vor 1933 der NSDAP angehört oder ihr wenigstens nahegestanden. Seine Anstellung in Pritzwalk, die der Magistrat zunächst abgelehnt hatte, war erst auf ausdrückliches Verlangen der Regierung erfolgt, und der Beamte längere Zeit außer Dienst gewesen. Der Ortsgruppenleiter hätte ihn gern zum Polizeimeister gemacht. Auf dem Transport hatten nun die Stahlhelmer den Wunsch nach einer Rast geäußert, und der Wachtmeister hatte bei einem Gasthaus halt gemacht und mit ihnen ein oder zwei Glas Bier getrunken, die die Stahlhelmer bezahlten. Dieser anerkannte Nationalsozialist hatte sich also desselben Vergehens schuldig gemacht wie seine politisch weniger gern gesehenen Kameraden. Immerhin war eine Verletzung des verantwortlichen Polizeimeisters nicht zu umgehen. Er kam nach Brandenburg und hat es dort bis zum Revier-Hauptmann gebracht. Ich trennte mich nur ungern von ihm. Für ihn kam aus Brandenburg ein tüchtiger Beamter, der den Nationalsozialisten anrühlig war, weil er im Vorzimmer des sozialdemokratischen Polizeidirektors gesessen hatte. Mir selbst wurde das Befremden der Aufsichtsbehörde über den Zustand der städtischen Polizei ausgesprochen.

Ich hatte den Gastwirt Benecke, wie mir von Helldorf aufgetragen war, schriftlich verwarnt. Benecke ließ meine Verwarnung säuberlich einrahmen und hing sie im Hinterzimmer seiner Wirtschaft auf, in das damals kaum ein Anhänger der NSDAP kam. Glücklicherweise wurde ich rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht. So konnte ich Benecke unter vier Augen veranlassen, diese Sehenswürdigkeit zu entfernen, ehe neuer Lärm entstand. Der Stahlhelm hat in Pritzwalk zusammengehalten, bis er von Seldte selbst aufgelöst wurde. Der Überführung in die verhaßte SA haben sich die Stahlhelmer fast sämtlich entzogen. Von der ihnen nach dem ersten Mai 1937 gegebenen Möglichkeit des Parteieintritts haben aber die meisten Gebrauch gemacht. Man wollte sich nicht ganz beiseite drücken lassen.

So ernst und unruhig die Zeit war, der Humor hat ihr nicht ganz gefehlt. Da störte der Führer der SS in eine Magistratssitzung hinein mit der Anschuldigung, der Gutsbesitzer in Neuhoft verhöhne den Führer, er habe seinen Bullen Adolf Hitler genannt. Ich ließ den Besitzer holen. Der meinte, er habe mit der Angelegenheit nichts zu

tun; die Benennung der Tiere wäre Sache des Schweizers. Dieser wieder gab an, den Namen des Führers habe sein Sohn am Stand des Bullen angebracht. Der Junge war Angehöriger der Hitlerjugend und Lehrling bei einem Nationalsozialistischen Schmiedemeister. Als er gehört wurde, erklärte er treuherzig, das wäre keine Verhöhnung, sondern eine Ehrung des Führers. Es würden jetzt überall Hitler-Eichen gepflanzt und Straßen nach dem Führer benannt; da habe er auch den Führer ehren wollen, und weil der Bulle doch das Haupt im Kuhstall wäre, habe er ihn Adolf Hitler genannt.

Manchmal ist von einem bevorstehenden Eingreifen der Reichswehr gesprochen worden. Ich gehörte zu denen, die das wünschten; ein solches Unternehmen hätte damals noch Aussicht auf Erfolg gehabt. Nach dem Verschwinden des Stahlhelm konnte von einem wirklichen Widerstand gegen die NSDAP nicht mehr gesprochen werden. Man hatte im Gegenteil den Eindruck, daß die Bewegung immer mehr an Boden gewönne, namentlich unter der Arbeiterschaft und der Jugend.

Der Kirchenkampf hat Pritzwalk nicht berührt, zumal die Stadt wohl nie sehr kirchlich war. Die NSDAP war anfänglich nicht kirchenfeindlich, hat vielmehr die ganze Bevölkerung wiederholt in die Kirche geführt. Von den drei evangelischen Geistlichen, die damals amtierten, schieden zwei bald aus Pritzwalk. Der eine ging nach Berlin; er hatte sich den Zorn der NSDAP dadurch zugezogen, daß er im Stahlhelm über seine Erlebnisse in englischer Kriegsgefangenschaft gesprochen hatte. Der Superintendent trat in den Ruhestand, als die kirchlichen Auseinandersetzungen begonnen hatten. Mir ist noch erinnerlich, wie er sich im Gemeindegemeinderat verabschiedete, dem ich als Vertreter des städtischen Patronats angehörte; er gab der Hoffnung Ausdruck, es möge einmal eine Zeit kommen, die der Kirche ihre Freiheit zurückgäbe. Auch ein neuer Pfarrer, der nach Pritzwalk kam und schon hoch in den Fünfzigern war, ging gebrochen durch die ganze Entwicklung bald in Pension. Ich habe nur einen Bekenntnispfarrer kennengelernt, den Pfarrer des benachbarten Dorfes Kemnitz. Er hat veranlaßt, daß in Pritzwalk einmal Pfarrer Niemöller im Saale des Hotels Schwarzer Adler predigte. Ich konnte keinen tieferen Eindruck seiner Worte auf die Zuhörer beobachten, von denen auch viele wohl nur aus politischen Gründen gekommen waren. Der Kemnitzer Pfarrer wurde später von der Gendarmerie festgenommen; die Zusammenhänge blieben mir unbekannt. Er hat einige Tage im Pritzwalker Polizeigefängnis zugebracht. Als ich den Polizeimeister fragte, wie es dem Pfarrer ginge, erhielt ich zur Antwort, der wäre ganz zufrieden, festgenommen zu sein. Diese Neigung zum Märtyrertum ging über mein Verständnis.

Über die Vorgänge des 30. Juni 1934 habe ich

damals kein klares Bild erlangen können; ich habe es auch heute noch nicht. Es war offensichtlich, daß Hitler mindestens nicht die volle Wahrheit sagte. Es war ausgeschlossen, daß Männer wie Schleicher oder Kahr mit Röhm zusammengegangen waren. Der Rachgier der Partei mußten bei dieser Gelegenheit auch alte Gegner zum Opfer gefallen sein, die mit der Röhm'sache nichts zu tun hatten. Aber unter den Toten war der SA-Gruppenführer Ernst, der noch wenige Tage vorher den Pritzwalker Stahlhelm in unglaublicher Weise beschimpft hatte. Die Machtstellung der SA wurde gebrochen; sie mußte ihre Waffen abliefern. Mit unverhehlter Befriedigung erzählte mir ein Pritzwalker Bürger, er habe gesehen, wie in Havelberg Reichswehr die Gewehre der SA in Lastkraftwagen abgeholt hätte. Das war für uns das Wichtige. So haben wir das damals empfunden, als Befreiung von einem Druck, als Rückkehr zu gesetzlichen Verhältnissen. Tatsächlich hat auch seitdem die SA keine bedeutende Rolle mehr gespielt. Angesichts des vergossenen Blutes konnte sich Hitler damals noch darauf berufen, daß keine große Revolution so unblutig verlaufen wäre wie die nationalsozialistische. Und daß wir mitten in einer Revolution standen, die viel tiefer als die Novemberrevolution 1918 in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unseres Volkes eingreifen würde, darüber konnte kein Zweifel sein.

IV

Nach der Märzwahl 1933 hatte ich nicht "das Laufen bekommen" und mich nicht zur Aufnahme in die NSDAP gemeldet. Die Mitgliedersperre vom 1. Mai ab überhob mich sehr erwünscht jeder weiteren Beschäftigung mit dieser Frage.

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das im Sommer 1933 zur Durchführung kam, wurde mit Mäßigung angewandt. Ich konnte von ihm nicht betroffen werden, da ich Verwaltungsfachmann war und mich politisch nie betätigt hatte. Nur Beamte wurden entfernt - unter Gewährung des vollen Ruhegehalts -, die ohne fachliche Vorbildung allein durch Parteibeziehungen in ihre Ämter gelangt waren, oder die sich politisch sehr stark in einer dem neuen Staat feindlichen Richtung exponiert hatten. Bloße Zugehörigkeit zur SPD genügte keineswegs. Meines Wissens ist in Pritzwalk nur ein Beamter entlassen worden, ein Stadtsekretär. Er gehörte zu den SPD-Funktionären, die in Schutzhaft genommen waren. Ursprünglich - schon vor 1918 - Polizeiwachmeister, war er zunächst Stahlhelmer, dann ein sehr scharfer SPD-Mann gewesen. Aus welchen Gründen er aus der Polizei ausgeschieden war, weiß ich nicht. Jedenfalls wurde er, als ich nach Pritzwalk kam, in der Stadtparkasse beschäftigt, wo für ihn keine rechte Verwendung war. Aus Malchow zog nach Pritzwalk damals ein auf Grund

dieses Gesetzes entlassener Stadtrat. Wohl aus der Konsumvereinsbewegung hervorgegangen, war er als Angehöriger der SPD berufsmäßiger Stadtrat geworden. Die Stadt Malchow zahlte ihm ein monatliches Ruhegehalt von 200.-RM.

Nach preußischem Kommunalrecht, das auch unter Hitler nicht geändert wurde, war der Bürgermeister während seiner 12-jährigen Wahlzeit gegen seinen Willen nur im Wege eines Dienststrafverfahrens aus dem Amte zu entfernen. Seine Stellung war also recht stark und unabhängig. Voraussetzung für fruchtbare Arbeit war freilich, daß der Bürgermeister sich im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung durchsetzen konnte und bei einer für ihn ungünstigen politischen Zusammensetzung dieser Körperschaften stark blieb und die dann unausbleiblichen Reibungen und Auseinandersetzungen nicht scheute. Der Pritzwalker Magistrat bestand außer dem Bürgermeister aus einem Beigeordneten und sechs Stadträten. Die Arbeit wurde für mich nicht leicht, als nach der Neuwahl ein fast ausschließlich nationalsozialistischer Magistrat ins Amt kam. Seine Mitglieder standen ganz unter dem Einfluß der Massenpsychose, die in Hitler den Retter aus aller Not sah, waren gegen politisch Andersdenkende von sehr scharfem, oft ungerechten Urteil und vermochten schwer einzusehen, daß sich die Verwaltung im Rahmen der Gesetze halten mußte. Bei meiner weiter grundsätzlich überparteiischen Haltung war eine ständige Spannung unausbleiblich. Sie war so stark, daß ich mehrere Jahre hindurch einen längeren Urlaub vermied. Es gehörte schon Geduld und Zähigkeit dazu, sich zu behaupten.

Zuweilen waren es wahre Schildbürgerstreiche, die von mir verlangt wurden. Das alte Renaissance-Rathaus der Stadt, dessen Giebel auf dem Merian'schen Stich noch zu sehen sind, war 1821 dem großen Brand der Stadt zum Opfer gefallen. An seine Stelle war damals ein Bau in den schlicht vornehmen Formen des Klassizismus getreten. Den sollte ich nun mit sogenanntem Edelputz, auch Tera-kotta genannt, in brauner Farbe versehen lassen; er sollte also ein braunes Haus werden. In der Weimarer Zeit, als aus Magdeburg die Parole Farbe im Stadtbild kam, hatte der Bau einen etwas rötlich wirkenden Anstrich erhalten. Ich habe aus dem rötlichen Rathaus kein braunes gemacht. Ich habe die Dinge reifen lassen und dann kurz vor dem Kriege unter voller Wahrung der alten Formen und Entfernung aller Amtsschilder die Fassade in hellem Weiß wieder herstellen lassen, so wie sie vor hundert Jahren gewesen war.

Der Fanatismus der Zeit kannte kein Privatleben mehr. Wenn meine Frau und ich regeren geselligen Verkehr in den Kreisen unterhalten hätten, zu denen wir gehörten, so hätten wir für reaktionär gegolten, und ich hätte mir meine ohnehin schwierige Stellung noch erschwert. So haben wir auf Geselligkeit so gut wie ganz verzichtet und mit den

Kindern still für uns gelebt, so weit uns das öffentliche Leben nicht in seine Strudel riß. Es war noch 1933. Da waren wir eines Sonntags in den nahen Stadtwald, das Hainholz, gegangen. Zufällig war in der Waldwirtschaft dort draußen unter den schattenden Buchen der Stahlhelm. Als wir durch die Tischreihen gingen, rief man uns an und lud uns ein, Platz zu nehmen. Und wir haben dort mit Stahlhelmen an einem Tisch gesessen. Es war wohl auch ein junger Reichswehroffizier dabei, der an jenem Tage in Pritzwalk in Quartier lag. Schon das wurde mir übel genommen. In Dezember 1933 meinte man, mit mir nur noch zusammen arbeiten zu können, wenn meine Frau sich der NS-Frauenschaft anschliesse. Es wurde das durchaus freundlich und wohlmeinend vorgebracht und war schlecht abzulehnen. Meine Frau, die bis dahin der Frauenschaft sowohl wie dem Luisenbund, der dem Stahlhelm nahestand, fern geblieben war, brachte mir dieses Opfer. Es kam immer hinaus auf das: Seid klug wie die Schlangen...

Die beiden bürgerlichen Stadträte, die noch im Magistrat saßen, konnten mir keine Stütze sein. Sie gehörten zu den besten Männern, wie sie vor 1918 der städtischen Selbstverwaltung das Gesicht gegeben hatten, angesehene Kaufleute, für die es eine Ehre war, an den Geschicken der Heimatstadt leitend teil zu nehmen. Beide gehörten seit Jahrzehnten den städtischen Körperschaften an. Aber der eine war damals schon 71 Jahre, der andere 64 Jahre alt. Dieser hat kaum noch an einer Sitzung des neuen Magistrats teilgenommen. Er erkrankte bald ernst und starb nach längerem Siechtum. In seiner Leidenszeit traf es ihn besonders schwer, daß die Nationalsozialisten seine uneigennützigste Arbeit für die Stadt in Zweifel ziehen wollten. Die Witwe ließ sich damals von ihrem Sohn versprechen, niemals ein städtisches Ehrenamt zu übernehmen.

Die nationalsozialistischen Magistratsmitglieder waren Neulinge in der Stadtverwaltung; nur einer war vorher schon Stadtverordneter. Sie ließen deutlich den mittelständischen, überwiegend kleinbürgerlichen Charakter erkennen, den die Bewegung ursprünglich in Pritzwalk hatte. Beigeordneter, das war Vertreter des Bürgermeisters, wurde der Inhaber einer Tabakwarengroßhandlung, Stadträte ein Rentier, früherer Bäckermeister, ein Schmiedemeister, ein weiterer Bäckermeister und ein Mann, der sich damals als Arbeiter bezeichnete. Er war Pastorensohn aus Pommern, zunächst landwirtschaftlicher Inspektor gewesen, aber in der Not der Zeit aus seiner Bahn geworfen. Er war das einzige alte Parteimitglied, Träger des Goldenen Parteiabzeichens. Die anderen waren wohl 1932, höchstens 1931 zur Partei gekommen. Bei dem Beigeordneten mußten sogar seine Aufstellung für die Stadtverordnetenwahl und die Meldung zum Parteieintritt zeitlich etwa zusammengefallen sein. Für die NSDAP war es offenbar nicht leicht gewesen, einen als Vertreter des Bürgermeisters geeigneten Mann zu finden bei den Anforderungen, die man damals noch stellte.

Trotz der Wandlungen der Zeit war der Gedanke der städtischen Selbstverwaltung in der bodenständigen Bevölkerung noch fest verwurzelt. Auch diesen Nationalsozialisten war der Magistrat noch die Ortsobrigkeit, um einen altertümlichen Ausdruck zu gebrauchen. Sie konnten es sich nicht anders denken, als daß die Stadt das Recht hatte, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu verwalten. Und sie waren stolz darauf, nun dabei mitwirken zu können. Nur bei dem Träger des Goldenen Parteiabzeichens, der dann Kreisobmann der Arbeitsfront wurde, hatte ich den Eindruck, daß ihm die Mitarbeit in der Stadtverwaltung im Grunde fremd blieb und ohne eigentliches Interesse war. Ganz allmählich minderte sich bei den Stadträten die nationalsozialistische Maßlosigkeit. Man wurde sachlicher und nüchterner. Mir war es manchmal, als hätten diese Männer zwei Seelen in der Brust, eine ihnen angeredete Parteiseele und ihre wahre, die des ordentlichen Bürgers und Hausvaters. Langsam näherten sie sich meinem eigenen Standpunkt. Ich konnte in unseren Sitzungen nun auch kritische Äußerungen über die Partei hören. Es wurde doch manchmal zu deutlich, daß die NSDAP kein ehrlicher Freund des Mittelstandes war, daß sie ganz andere Wege ging, als diese Männer einst gemeint hatten. Es schien ihnen unsinnig, wenn sich die Hitlerjugend nun auch gegen die Autorität von Lehrherren, Schule und Eltern wandte. Sie wollten keine Herrschaft der Parteibürokratie, die sich in ihren Anfängen abzeichnen begann. Im Grunde waren die meisten von ihnen wie ich der Meinung, daß die Partei in unsere städtischen Dinge nicht hineinzureden habe. Und sie suchten keine persönlichen Vorteile; daß die Verwaltung sauber bleiben müsse, war auch ihnen selbstverständlich. Damit unterschieden sie sich sehr von vielen ihrer Parteigenossen, namentlich den sogenannten alten Kämpfern. Denen war es aus der Seele gesprochen, als der Gauleiter Kube im Sommer 1933 bei einem Heimatfest in Heiligengrabe verkündete: "Nur die Lumpen sind bescheiden." Durch die neue Gemeindeordnung wurden aus den sieben ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern vier Beigeordnete - drei Handwerksmeister und der bisherige Beigeordnete nun als "Erster Beigeordneter". Und langsam kam es für mich zu einer reibungslosen Zusammenarbeit mit den Beigeordneten, aber auch mit den Ratsherren, die die Gemeindeordnung an Stelle der früheren Stadtverordneten gebracht hatte. War aber zu Anfang die Meinung der nationalsozialistischen Stadträte auch die Stellung der Partei gewesen, so wurde das nun anders. Die Beziehungen meiner Beigeordneten zur Parteileitung wurden lockerer. Dort kamen neue Götter auf.

Zunächst freilich waren das keine sehr mächtigen Götter. Für den Ortsgruppenleiter Zemper, der im Herbst 1934 als Rektor nach Potsdam ging, hat die Partei keinen vollen Ersatz wieder finden können. Der Kreisleiter Kackstein, der Kreisbauernführer geworden und durch eine damals in Perleberg bestehende kleine Siedlungsgesellschaft

zu einer schönen Bauernwirtschaft gekommen war, wurde im Frühjahr 1934 durch einen hauptamtlichen Kreisleiter ersetzt, der seinen Sitz in Pritzwalk nahm. Dieser Kreisleiter, ein ehemaliger Landwirtschaftslehrer, war ein Freund von Bachus und Venus; er hat sich wenigstens um die Pritzwalker Verhältnisse nicht sehr gekümmert. Schließlich wurde sein Treiben selbst dem Grafen Wedel zu bunt, sodaß er ihn im Spätsommer 1935 zu Fall brachte. Die letzte Handhabe dazu gab ein Vorkommnis in Pritzwalk. Hier war eine kleine Einheit der Reichswehr ins Quartier gekommen unter Führung eines Hauptmanns, eines ehemaligen Regimentskameraden des Grafen Wedel. Der angetrunkene Kreisleiter geriet in einem öffentlichen Vergnügungslokal mit dem Hauptmann aneinander, und der wandte sich an Wedel. In einem Ferngespräch mit der Gauleitung, das ich mit anhörte, drohte Wedel mit seinem Rücktritt, wenn der Kreisleiter nicht abgelöst würde. In derselben Nacht hatte es übrigens auch einen Zwischenfall zwischen dem Kreisleiter und einem Polizeimeister gegeben. Der Kreisleiter hatte in seiner Trunkenheit den Polizeimeister in befehlsmäßigem Ton zu sich herangerufen. Der hatte eine solche Behandlung für unvereinbar mit seiner Stellung als Polizeibeamter gehalten und der Aufforderung des Kreisleiters nicht Folge geleistet. Kreisleiter wurde wieder der Kreisbauernführer Kackstein, dessen Interessen aber überwiegend der Landwirtschaft galten. Im folgenden Jahr wurde Wedel Polizeipräsident in Potsdam. Für ihn kam wieder ein Fachmann nach Kyritz, Dr. Prange, ebenfalls Pastorensohn, ehemaliger königlicher Regierungsassessor, in der Weimarer Zeit Landrat in Hofgeismar, zuletzt in gleicher Stellung in Schwerin an der Warthe und damals wie auch ich noch nicht Mitglied der NSDAP. Diese Jahre etwa vom Herbst 1934 bis zum Herbst 1937 waren die besten Jahre meiner Amtszeit. Ich konnte meine Stellung der Partei gegenüber durchaus behaupten. Reibungen fehlten nicht, waren aber doch verhältnismäßig selten. Dabei legte ich wenig Wert darauf, in der Öffentlichkeit hervorzutreten; mir kam es vor allem darauf an, daß die Verwaltung in allen wesentlichen Punkten in meinem Sinne lief.

Die damalige Lage beleuchtet gut ein kleines Vorkommnis. Zu mir kam der Bannführer der Hitlerjugend und wollte den Rathaussaal für die Feier der Eheschließung des früheren Bannführers, der nun bei der Gebietsleitung der Hitlerjugend in Frankfurt tätig war. Die Feier sollte an die Stelle der kirchlichen Trauung treten; die Braut war die Tochter eines alten Pritzwalker Parteimitgliedes. Es widerstrebte mir, den Rathaussaal für diesen Zweck herzugeben; ich hatte das Gefühl, man könne in der Öffentlichkeit auf die Absicht einer Ehrung des Bannführers durch die Stadt oder gar auf eine Abhängigkeit von der Hitlerjugend schließen. Und sämtliche Beigeordnete schlossen sich meinem Standpunkt an; wir lehnten die Hergabe des Saales ab. Die Eheschließung ist darauf am 11. Oktober 1936 im Rathaussaal der Nachbarstadt Wittstock erfolgt.

Hätte man damals meine nationalsozialistischen Stadträte befragt, sie hätten sich gegen die neue Gemeindeordnung und für die Beibehaltung der alten Städteordnung ausgesprochen. Sie konnten es kaum fassen, daß es keine Beschlußfassung in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung mehr geben und alle Entscheidung allein beim Bürgermeister liegen sollte. Ich bin bemüht gewesen, sie das möglichst wenig fühlen zu lassen und im Sinne der alten Städteordnung weiter zu arbeiten, um Beigeordneten und Ratsherren die Freude an ihrer Tätigkeit nicht zu nehmen. In einem Punkte freilich bin ich abgewichen; ich habe keine öffentlichen Sitzungen der Ratsherren abgehalten, wie früher öffentliche Stadtverordnetenversammlungen, obwohl die Gemeindeordnung die Möglichkeit dazu gab. Aber öffentliche Sitzungen hätten nicht nur der Bevölkerung, sondern auch den Parteistellen ständig Einblick in die Stadtverwaltung gegeben, und Ratsherren wie Beigeordnete hätten sich bewegt gefühlt, ihre Stellungnahme in viel stärkerem Maße nach den Wünschen der maßgebenden Parteigrößen zu richten. Sachliche Arbeit wäre viel schwieriger, wenn nicht unmöglich geworden. Dafür habe ich immer wieder Gelegenheit genommen, Pläne und Arbeiten der Stadtverwaltung in den beiden örtlichen Tageszeitungen unter meinem Namen eingehend zu erörtern. Aber ich habe das Gefühl gehabt, daß die alte Verbindung zwischen Stadtverwaltung und Bürgerschaft, wie sie unter der Städteordnung bestanden hatte, sich lockerte. Die Ursache sehe ich vor allem darin, daß es keine Stadtverordnetenwahlen mehr gab, daß Ratsherren und Beigeordnete durch den Kreisleiter berufen wurden. Hauptamtliche Bürgermeister blieben für ihre Wahlzeit im Amt, sodaß für mich eine Neuberufung nach Inkrafttreten der Gemeindeordnung nicht in Frage kam.

In der städtischen Beamtenschaft änderte sich nicht mehr als sonst wohl im Ablauf der Jahre. Besonders leidenschaftliche Nationalsozialisten haben sich in Pritzwalk nicht wohl gefühlt und gingen anderswo hin. Von den städtischen Beamten und Angestellten waren bei Kriegsausbruch knapp die Hälfte Mitglieder der NSDAP, später nach Einstellung zahlreicher Hilfskräfte noch weniger.

V

Es ist, als hätten die Menschen unserer Zeit den Blick verloren für den reichen Mikrokosmos einer richtigen kleinen Stadt. Der Großstädter, der heute Denken und Fühlen bestimmt, ist an Massen, Lärm und den Reiz des täglich Neuen gewöhnt. Er kann die Feinheiten des Lebens in einer kleinen Stadt nicht mehr erkennen, wie sie etwa in Theodor Storms Novellen lebendig sind. Die Kleinstadt erscheint heute oft lächerlich. Zu Goethes Zeit aber war auch Weimar eine Stadt mit nur 6000 Einwohnern.

Fritzwalk hatte, als ich 1933 dorthin kam, noch sein Eigenleben, war nicht verkümmert, wie so häufig die kleinen Städte in der Nähe einer Großstadt. Es war Mittelpunkt einer recht reichen Landumgebung. Ansehnliche Einzelhandelsgeschäfte boten auch höheren Ansprüchen gute Auswahl an Waren aller Art. Dazu kam ein nicht unbedeutender Großhandel in Baumaterialien, Eisen und Getreide. Fünf Mühlen arbeiteten in der Stadt; besonders die Gebr. Fuchs hatten recht weitreichende Handelsbeziehungen. Ein altes Unternehmen waren die staatlichen Schraube'schen Betriebe, die als Gründungsjahr 1795 angaben; sie umfaßten Bierbrauerei, Kornbrennerei, Likörfabrik und Hefefabrik. Angesehen war auch die Likör- und Essigfabrik von Julius Krüll. Ihr hundertjähriges Bestehen feierte 1939 die Tuchfabrik Gebr. Dräger, die sich noch aus der alten handwerklichen Tuchmacherei entwickelt hatte. In der Druckerei Albert Koch erschien das Prignitzer Tageblatt, in der Druckerei Adolf Tienken, die auch heimatkundliche Literatur verlegt hatte, der Kurier für die Prignitz. Landmaschinenhandlungen, eine Vulkanisieranstalt, Sägewerke, zahlreiche zum Teil recht ansehnliche Handwerksbetriebe, Genossenschaftsbanken und Sparkassen rundeten das Bild des Wirtschaftslebens der Stadt, die auch eine Reichsbanknebenstelle hatte. Das alles war aus eigener Kraft aus der reichen Heimaterde herausgewachsen. Besondere Gunst hoher und höchster Behörden hatte Fritzwalk nie gelächelt. Dafür gab es Selbstbewußtsein und Unabhängigkeitssinn in der wohlhabenden Stadt, in der trotz ihrer verkehrsgünstigen Lage nur wenige Behörden saßen.

Bis nach der Jahrhundertwende war in Fritzwalk lange Jahre hindurch der tüchtige spätere Geheime Regierungsrat Doerfel Bürgermeister, der aus seiner Fritzwalker Stellung zum Direktor der Brandenburgischen Städtefeuersozietät gewählt wurde. Seine Nachfolger sind weniger glücklich in ihrer Arbeit gewesen. Jedenfalls fand ich ungemein viel Aufgaben vor, als ich 1933 mein Amt antrat. Ich habe sie auch nur zu einem Teil erledigen können.

Es ist ein Irrtum etwa anzunehmen, die Hitlerzeit wäre der kommunalen Verwaltungsarbeit günstig gewesen. Ganz abgesehen davon, daß nach sechs Jahren schon der Krieg kam, zeigte der nationalsozialistische Staat in immer steigendem Maße die Neigung, alles zu zentralisieren und von oben her zu lenken. Städtische Selbstverwaltung in dem bei uns überkommenen Stein'schen Sinne war ihm dabei hinderlich. Denn ihr Wesen bestand ja gerade darin, unabhängig von oben aus eigener Kraft und aus eigenem Willen die örtlichen öffentlichen Aufgaben zu lösen. Das bedeutete aber auch, daß sie für ihre örtliche Arbeit Kapital und Arbeitskraft in Anspruch genommen hätte, die die weisen Lenker der deutschen Geschichte und ihre nachgeordneten Stellen vielleicht anders

einzusetzen wünschten. Darum ist auch das 1931 unter ganz anderen Verhältnissen erlassene Kommunalkreditverbot im Hitlerstaat nie aufgehoben worden. Man wollte die Städte vom Kapitalmarkt fernhalten, denn man wollte keine Erfüllung kommunaler Aufgaben, die man als zweitrangig ansah, sondern man wollte Autobahnen, Flugplätze und andere militärische Anlagen, die künstliche Entwicklung gewisser Industrien zur Förderung der wirtschaftlichen Autarkie Deutschlands; man wollte den Westwall und die neue Reichskanzlei und den Umbau Berlins, das man schon vor dem Kriege in Trümmer zu legen begann. Sicher gab es Stellen, die meinten, auch die Städte sollten nur noch auf Befehl tätig sein, heute Stadtrandsiedlungen bauen, und morgen Volkswohnungen und was sonst die zentralen Stellen wünschten. Die Selbstverwaltung war aber noch zu lebenskräftig, ihre Mittel noch zu reich, und das seit 1933 ständig wachsende Steueraufkommen kam auch ihr zugute. So hat doch manches geschaffen werden können.

Schon vor dem ersten Weltkrieg waren in Pritzwalk Projekte für den Bau eines Wasserwerks und einer Schmutzwasser-Kanalisation aufgestellt worden. Zur Ausführung solcher Pläne war es aber bis 1933 nicht gekommen. Hier lagen nach einer in der Bürgerschaft weit verbreiteten Meinung die dringendsten Aufgaben des neuen Bürgermeisters. Die Hitlerregierung führte die schon vorher eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung durch Darlehen der zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaft für öffentliche Arbeiten durch. In Pritzwalk meinte man auf diesem Wege die für Wasserleitung und Kanalisation benötigten etwa 900 000.- RM erhalten zu können; auf solche Darlehen fand das Kommunalkreditverbot keine Anwendung. Die Anträge wurden eingereicht; aber meine erste Rücksprache bei der Regierung in Potsdam zeigte schon, daß die zuständigen Stellen nicht geneigt waren, eine so hohe Summe an eine einzige kleine Stadt zu geben. Ich hatte lange gelernt, daß Bismarcks Wort, Politik sei die Kunst des Möglichen, auch für die Kommunalpolitik gilt. Sollte überhaupt etwas erreicht werden, so mußte auf die Kanalisation zunächst verzichtet werden. Das Wasserwerk allein erforderte nach meiner Erinnerung etwa 235 000.-RM. Ich warf sämtliche bei der Stadt vorhandenen Fonds, die irgend flüssig gemacht werden konnten, zu einem Wasserwerksbaufonds zusammen; es waren gegen 50 000.-RM. Den Rest der Bausumme - wohl 186 000.-RM beantragte ich als Darlehen und erhielt ihn bewilligt; so viel war gerade noch verfügbar. Der Mangel an Mitteln war so groß, daß die Beschaffung von Wassermessern zurückgestellt werden mußte. Aber am 1. Februar 1934 begannen wir mit den Bauarbeiten; im Dezember desselben Jahres schon konnten wir den Betrieb aufnehmen. Hundert Arbeitslose hatten willkommene Beschäftigung gefunden. Für mich war dieser Bau ein Erfolg, der meine Stellung der NSDAP gegenüber wesentlich stärkte.

Deutlicher Ausdruck der Not Anfang 1933 waren die Räumungsurteile, die beim Amtsgericht ständig gegen säumige Mietezahler ergingen, die wiederum bei dem Mangel an Kleinwohnungen kein anderes Unterkommen finden konnten. Die Stadt hatte schon zwei Baracken für solche Obdachlose erstellt; in den städtischen Grundstücken war jeder irgend als Notwohnung verwendbare Raum belegt. Aber das reichte nicht hin. Die Ortspolizeibehörde mußte immer wieder und oft wiederholt die bisherigen Wohnungen beschlagnahmen, wenn der Gerichtsvollzieher kam, die zur Räumung Verurteilten hinauszusetzen. Sie wären sonst obdachlos geworden. Das war eine Not, mit der damals fast jede Ortspolizeibehörde zu kämpfen hatte. Sie war zurückzuführen auf die große Arbeitslosigkeit, andererseits oft auch auf Leichtfertigkeit, die die Verpflichtung zur Mietzahlung nicht ernst nahm und sich darauf verließ, daß die Behörde im Notfall doch eingreifen müßte. Letzten Endes aber kam nur der Mangel an Wohnungen, insbesondere an Kleinwohnungen zur Auswirkung. Daß man in den vielen Jahren seit dem Weltkrieg mit der Wohnungsnot nicht fertig geworden war, war nicht zuletzt eine Folge der weitgehend durch die Gedankengänge des Bodenreformers Adolf Damaschke beeinflussten, dem Grundeigentum feindlichen Mietgesetzgebung der Weimarer Republik. Sie hatte bewirkt, daß sich das Privatkapital vom Bau von Mietwohnungen fast völlig zurückhielt. Durch die Bauten der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und der Gemeinden allein aber hatte der Wohnungsbedarf nicht gedeckt werden können. Darin ist auch in der Hitlerzeit keine Änderung eingetreten, und die Sorge für den Bau von Wohnungen die besondere Aufgabe der Kommunen geblieben.

Im Jahre 1933 standen Reichsmittel für sogenannte Stadtrandsiedlungen zur Verfügung. Diese Maßnahme, die schon 1932 eingeleitet war, sah vor, daß Arbeitslose bei Fortbezug der Arbeitslosenunterstützung ihre Zeit und Arbeitskraft nutzbringend verwandten dadurch, daß sie zu Gruppenvereinigten für sich selbst Eigenheime erstellten. Zur Beschaffung der Baumaterialien dienten die Reichsmittel. Dieses kleine Eigentum sollte seine Besitzer durch Gartenbau und Kleintierzucht zugleich wirtschaftlich widerstandsfähiger machen; darum war eine Mindestgröße der Grundstücke von 1200 qm. vorgesehen. Unter Betreuung durch die Stadt, die auch das Baugelände bereitstellte, sind in Pritzwalk damals zwanzig solcher Kleinsiedlungen erbaut worden. Die Siedler wurden vom Magistrat unter Zurückstellung politischer Gesichtspunkte nach ihrer sachlichen Eignung ausgesucht, und sie haben unter Anleitung des Stadtbaumeisters wirklich Gutes geschaffen. Im nächsten Jahr gab es aber schon keine für ein solches Unternehmen geeignete Arbeitslose mehr.

Wegen des Baues weiterer Kleinhäuser nahm ich Verbindung mit der provinziellen Wohnungsbaugesellschaft, der Brandenburgischen Heimstätte in Berlin, auf. Ich sah

aber bald, daß die Heimstätte durch andere große Bauten so in Anspruch genommen sein mußte, daß sie für kleine Bauvorhaben nicht mehr genügend Zeit hatte. Es dauerte jedenfalls sehr langen, bis wir zu einem greifbaren Ergebnis kamen. Schließlich wurden durch die Heimstätte weitere vierundzwanzig Kleinhäuser erstellt; mehr geeignete Bewerber für derartige Eigenheim waren damals nicht vorhanden. Die Stadt half durch Baugelände, Straßenbau und bei der Finanzierung. Inzwischen trat man an mich mit der Frage heran, ob die Stadt bereit wäre, ein Bauvorhaben der damals neu errichteten Siedlungsgesellschaft der NS-Kriegsopferversorgung zu fördern. Wir gaben kostenlos Gelände für vierzehn Siedlungen und übernahmen die Bürgerschaft für die zweiten Hypotheken, sodaß eine hohe Beleihung durch die Stadtparkasse möglich wurde. Diese Häuser wurden dann noch vor den Bauten der Heimstätte fertig.

Es war nun der Bau von zusammen achtundfünfzig Kleinwohnungen vollendet oder gesichert. Aber das genügte nicht, und ich sah noch nicht recht, wie ich weiterkommen sollte. Da war es mir sehr willkommen, als eines Tages der Glasermeister Pohlmann zu mir kam, der Vorstandsmitglied einer örtlichen Baugenossenschaft, der Gemeinnützigen Wohnungsfürsorge, war. Die Genossenschaft mußte befürchten, die mit steuerlichen Vorteilen verbundene Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu verlieren, wenn sie ihre Bautätigkeit nicht wieder aufnahm. Pohlmann fragte, ob ich ihr dabei helfen könnte. Es wurde damals gefordert, daß sich leistungsfähige industrielle Unternehmen um die Verbesserung der Wohnverhältnisse ihrer Arbeiter bemühten. Ich setzte mich mit der Tuchfabrik Gebr. Dräger in Verbindung und schlug Zusammenarbeit der Firma, der Wohnungsfürsorge und der Stadt vor. Auf diesem Wege wurden dann drei Achtfamilienhäuser erstellt. Alle Vorarbeiten wurden durch die Stadt erledigt, die auch die Bauplätze bereitstellte und durch das Stadtbauamt die eigentliche Bauausführung betreuen ließ. Bauherrin wurde die Wohnungsfürsorge. Die Beleihung nahm die Stadtparkasse vor unter Reichsbürgerschaft für die zweiten Hypotheken. Als verlorenen Bankkostenzuschuß stellten die Gebr. Dräger für jedes der drei Häuser je 10 000.-RM zur Verfügung. Diese Zusammenarbeit zwischen der Stadt, der Stadtparkasse und der Wohnungsfürsorge unter weitgehender Einschaltung des Stadtbauamtes bewährte sich so, daß auf diesem Wege noch vierzig weitere Kleinhäuser entstanden, als dann durch neue Maßnahmen des Reiches der Bau sogenannter Volkswohnungen eingeleitet wurde.

Die Firmen Gebr. Dräger, Gebr. Fuchs, Julius Krüll und die Kathfelder Mühle führten Erweiterungsbauten durch. Es entstanden auch zwei neue Geschäftshäuser. Sonst war die private Bautätigkeit im wesentlichen auf die Erstellung etwas größerer, zum Teil sogar stattlicher Einfamilienhäuser gerichtet; Mietwohnungen wurden nur recht wenige gebaut. Es war in Pritzwalk

damals schwer, Grundstücke, und sei es auch nur ein Bauplatz, zu kaufen. Wer Grundbesitz besaß, hielt ihn möglichst fest; es war, als hätte die Bürgerschaft die Inflation noch nicht vergessen. Da hat die Stadt zur Förderung der Bautätigkeit aus ihrem Besitz Bauplätze zu mäßigen Preisen verkauft. Die Stadtparkasse gab Baugeld auf Hypotheken, gegebenenfalls auch auf zweite Hypotheken gegen Reichsbürgerschaft. Pritzwalk gehörte zu den sogenannten privilegierten Städten, die Baugenehmigungsbehörde geblieben waren. Das erleichterte die Erledigung aller Baugesuche wesentlich. Allmählich wurde auch die private Bautätigkeit ganz lebendig. So manches Bauvorhaben ist damals in meinem Amtszimmer, was Bauplatz, Finanzierung und Bauzeichnung anbelangte, gegebenenfalls unter Heranziehung des Stadtbaumeisters und des Sparkassenleiters geklärt worden. Besonders lag mir daran zu erreichen, daß auch ausgesprochene Kleinhäuser von den Baulustigen selbst erstellt wurden, und ich hatte die Freude, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit fünfzehn solcher Häuser erstanden ohne weitere Hilfe als die Bauberatung der Stadt. Und diese Häuser waren bestimmt nicht schlechter und nicht teurer als die Häuser, die die Wohnungsbaugesellschaften errichteten. Aber ich glaube, sie haben ihren Besitzern mehr Freude gemacht, wie wenn sie ihnen schlüsselfertig übergeben worden wären. Gerade im selbständigen Arbeiten und Schaffen ruht für den Menschen ein unendlicher Wert. Ich habe den Eindruck gehabt, daß der Wunsch, ein eigenes kleines Haus zu besitzen, von Jahr zu Jahr häufiger wurde. Dazu mag beigetragen haben, daß es für viele allmählich leichter wurde, kleine Ersparnisse zu machen. Jedenfalls war die Zahl der Baulustigen vor Kriegsbeginn trotz der inzwischen fertiggestellten Häuser größer als einige Jahre vorher, als ich die Bauten der Brandenburgischen Heimstätte vorbereitete.

Alle diese hoffnungsvollen Anfänge wurden aber durch den nationalsozialistischen Staat selbst bald wieder erstickt. Das begann damit, daß die größeren Fritzwalker Baugeschäfte Aufträge für auswärtige Flugplätze erhielten. Damit ließ das Interesse an den kleineren heimischen Arbeiten schon nach. Dann kam der Vierjahresplan, und das Arbeitsamt zog in immer zunehmendem Maße Bauarbeiter heraus, um sie auf auswärtigen Großbaustellen einzusetzen. Es folgten die Bewirtschaftung der Baustoffe und das grundsätzliche Bauverbot, das schließlich auch auf kleinste Bauvorhaben ausgedehnt wurde. Es ist noch in geringem Umfange bis in den Krieg hinein gebaut worden; aber es erforderte unendliche - oft genug vergebliche - Mühe, eine Ausnahmegenehmigung vom Bauverbot zu erreichen. Mit dem Jahre 1937 war die Bautätigkeit in Pritzwalk im wesentlichen schon wieder vorbei. Nur wenige von denen, die damals die an vielen Orten emporwachsenden Riesenbauten des nationalsozialistischen Staates bestaunten, werden sich darüber klar gewesen sein, daß das alles nur

möglich war, weil man an unzähligen anderen Orten die gesunde organische Entwicklung rücksichtslos unterband. Insgesamt sind in Pritzwalk von 1933 bis in den Krieg hinein etwa hundertfünfzig Häuser mit hundertneunzig Wohnungen erbaut worden. Nach der Zahl der Wohnungen gerechnet, entfiel davon gut ein Drittel auf private Bauten.

Gegenstand besonderer Sorge war mir von Anfang an das Schulwesen. Pritzwalk hatte eine große achtklassige Volksschule mit getrennten Zügen für Knaben und Mädchen. Es hatte weiter eine anerkannt gute Mittelschule, mit ebenfalls besonderen Knaben- und Mädchenklassen. Ich fand weiter die Anfänge einer Berufsschule vor. Sie wurde zu einer gut gegliederten Anstalt mit Planstellen für sechs hauptamtliche Lehrkräfte ausgebaut und nahm auch die Lehrlinge aus der ländlichen Umgebung und den kleineren Nachbarstädten Meyenburg und Putlitz auf. Später verlangte allerdings der Ehrgeiz des Perleberger Landrats, daß die Putlitzer über Pritzwalk noch 45 Minuten länger bis Perleberg fahren, um dort die Westprignitzer Kreisberufsschule zu besuchen. Bei dem Mangel an Berufsschullehrern machte manchmal die Stellenbesetzung Schwierigkeiten, ebenso übrigens auch bei der Mittelschule, weil die Ablegung der Mittelschullehrerprüfung durch Volksschullehrer seit Jahren gesperrt war.

Alle diese Schulen mußten sich in ein einziges großes Schulgebäude, das noch unter Doerfel erbaut war, teilen. So hörte ich bald Klagen über Raummangel, und ich konnte ihre Berechtigung nicht verkennen. Es war ein Neubau für die Mittelschule erforderlich; das sah ich schon 1933, aber zugleich keine Möglichkeit, ihn so schnell durchzuführen. Ich suchte dadurch zu helfen, daß ich für die Mädchenklassen der Mittelschule ein geeignetes Wohnhaus im Eigentum der Stadt ausbaute. Später sind noch zwei Schulbaracken mit je zwei Klassen für die hauswirtschaftliche Abteilung der Berufsschule und für die Hilfsschule errichtet worden. Gelöst waren damit die Schwierigkeiten nicht.

Aus der Stadt und ihrer Umgebung haben immer verhältnismäßig viele Schüler auswärtige höhere Schulen besucht. Die Regel war, daß sie zunächst einige Klassen der Pritzwalker Mittelschule durchliefen. In den Jahren um 1933 gingen die meisten dann auf das Reformrealgymnasium nach Wittstock. Der Übergang erfolgte verhältnismäßig spät, meist erst in die Obertertia oder selbst Untersekunda. Die Mittelschulen hatten damals nämlich die Wahl zwischen verschiedenen Lehrplänen, unter denen auch ein Plan war, der sich dem der höheren Schulen sehr annäherte. Dadurch machte sich das Fehlen einer solchen Schule in Pritzwalk nicht so stark bemerkbar. Nun begann der nationalsozialistische Staat auch auf dem Gebiete des Schulwesens zu reformieren und zwar in der Richtung einer Vereinheitlichung der höheren Schulen, die

nun Oberschulen hießen, und zugleich einer schärferen Differenzierung von Oberschulen und Mittelschulen. Jedenfalls durften die letzteren nicht mehr nach dem den höheren Schulen angeglichenen Lehrplan unterrichten; es sollten möglichst keine Beziehungen mehr zwischen Mittelschulen und Oberschulen bestehen. Das bedeutete, daß Kinder, die die Reifeprüfung anstrebten, schon in sehr jugendlichem Alter das in mehr als einer Hinsicht bedenkliche Leben des sogenannten Fahrschülers führen oder schon sehr früh das Elternhaus verlassen mußten. So etwas aber kümmerte die Theoretiker im Ministerium wenig; als ich dort vorsprach, hatte man nur ein Achselzucken. Für den gesunden Menschenverstand war klar, daß eine kleine Stadt nur eine über das Ziel der Volksschule hinausführende Schule - entweder Mittelschule oder Oberschule - haben konnte, und daß diese Schule - sei es nun Mittelschule oder Oberschule - gleichzeitig die doppelte Aufgabe erfüllen mußte, einmal für gehobene Laufbahnen des praktischen Lebens vorzubereiten, dann aber auch Kindern, die die Universitätsreife erstrebten, wenigstens eine Reihe von Jahren hindurch Unterricht zu geben. Die Schule mußte also sozusagen zweigleisig sein. Da das die Mittelschule nach dieser Reform nicht mehr sein konnte, wurde für Pritzwalk ihre Umwandlung in eine zunächst vielleicht auch nur sechsklassige Oberschule, also eine Nichtvollanstalt, notwendig. Das war finanziell für die Stadt tragbar. Ich fand dafür auch das Verständnis des früheren Provinzialschulkollegiums, nachdem der zuständige Oberschulrat die Verhältnisse an Ort und Stelle geprüft hatte. Es wurde nur die Bedingung gestellt, daß die Stadt möglichst schnell ein besonderes Schulgebäude für die Oberschule erstellte. Diese Verpflichtung konnte übernommen werden; ein Schulbau war auf alle Fälle notwendig; die Finanzlage der Stadt besserte sich ständig, und die allgemeine Entwicklung ließ die Hoffnung auf Lockerung des Kommunalkreditverbots wenigstens für derartige Sonderfälle berechtigt erscheinen. Aber im Ministerium kam und kam die Sache zu keiner Entscheidung. Ich habe wiederholt dort vorgesprochen. Die Abteilung Mittleres Schulwesen sträubte sich gegen eine Umwandlung der Pritzwalker Mittelschule. Es hieß immer, es müsse die in Vorbereitung befindliche Neugestaltung der Mittelschulen abgewartet werden. Mein Hinweis, daß ein solcher Schwebezustand unmöglich lange andauern könne, daß die Schule sowohl wie Eltern und Kinder Klarheit haben müßten, fruchtete nichts. Die geduldigen Untertanen hatten zu warten. Endlich kamen die neuen Bestimmungen; sie arbeiteten die Aufgabenteilung zwischen Mittelschule und Oberschule noch schärfer heraus. Die Mittelschule sollte grundsätzlich die Vorbildung für alle gehobenen Stellungen im praktischen Leben geben, die Oberschule möglichst auf die Vorbereitung für die Universität beschränkt werden. Die Freunde der Mittelschule sahen darin einen großen Erfolg; ich war skeptischer. Inzwischen hatte Hitlers Vierjahresplan voll zu laufen begonnen; von seinen Auswirkungen auf

das Baugewerbe sprach ich schon. Es war unmöglich geworden, in absehbarer Zeit an einen Schulbau zu denken. So mußte auch die Umwandlung der Mittelschule zurückgestellt werden, ohne daß ich diesen Gedanken aufgegeben hätte. Ich begann Mittel für einen Schulbau anzusammeln und ließ noch im Anfang des Krieges einen Bauentwurf aufstellen. Dabei stellte ich dem Architekten die Aufgabe, dieses Mittelschulgebäude so zu lösen, daß es auch für eine Oberschule verwendbar wäre.

Als dringendste Sorge blieb aber immer der Kanalisationsbau. Seine Erledigung war die Voraussetzung für die sehr notwendige Neupflasterung einer ganzen Reihe von Straßen. Er bot gewisse technische Schwierigkeiten einmal wegen des hohen Grundwasserstandes in der Stadt, sodann weil für die Aufnahme der Abwässer nur der kleine Wasserlauf der Dömnitz zur Verfügung stand. Die Regierung verlangte daher sowohl mechanische wie biologische Klärung, also in Bau und Betrieb verhältnismäßig teure Kläranlagen. Die Umstände bedingten das sogenannte Trennsystem, d.h. besondere Kanäle für das Schmutzwasser und besondere Kanäle für Regen- und gegebenenfalls Grundwasser. Eine Regenwasserkanalisation war in gewissem Umfang schon vorhanden. Das Steueraufkommen stieg während der ganzen Hitlerzeit; es hing das sicher zum Teil mit inflationistischen Auswirkungen der Währungspolitik zusammen. Jedenfalls wurde es mir dadurch möglich, mit der allmählichen Ansammlung von Mitteln für den Kanalisationsbau zu beginnen. Ich nahm in Aussicht, die Arbeiten nach Maßgabe der verfügbaren Mittel in einzelnen Abschnitten auszuführen. Zu Beginn hätten aber sofort die Kläranlagen erstellt werden müssen. Die aber waren nach meiner Erinnerung allein mit einer Bausumme von etwa 100 000.-RM veranschlagt. Das war ein Hindernis. Die Pläne für den Bau des Wasserwerks sowohl wie der Kanalisation hatte der beratende Ingenieur Dr. Weiland in Berlin aufgestellt. Der machte darauf aufmerksam, daß es möglich wäre, die Abwässer einer landwirtschaftlichen Verwertung zuzuführen, anstatt sie zu klären und in die Dömnitz zu leiten. Die Mittel für einen solchen Bau würden wohl vom Reich zu erlangen sein. Wir besichtigten die Verregnungs- und Verrieselungsanlagen für die Abwässer der Städte Leipzig, Delitzsch und Zeitz. Der Weg war offenbar gangbar. Ich nahm zunächst das Stadtgut Kammermark in Aussicht; aber dessen Pächter machte Schwierigkeiten. Geeigneter waren im Stadtbezirk auch zweifellos die leichten Böden bei dem Ortsteil Birkenfelde. Das Wasserwirtschaftsamt Charlottenburg erbot sich, die Pläne aufzustellen. Es hatte in dem Oberlandwirtschaftskammerrat a.D. Lilla einen auf diesem Gebiet erfahrenen Fachmann zur Verfügung. Die Birkenfelder Bauern stimmten grundsätzlich zu. Das Wasserwirtschaftsamt stellte den Entwurf auf, der nach Prüfung vom Regierungspräsidenten dem Landrat in Kyritz zugeleitet wurde, der als Kommissar die

beteiligten Grundeigentümer zu einer Wassergenossenschaft zusammenschließen sollte. In Kyritz aber kam die Sache zunächst einmal in die Hand des Kreiswiesenbaumeisters. Der aber hatte nichts anderes zu tun, als sich in seinen Kraftwagen zu setzen, nach Birkenfelde zu fahren und dort wie auch anderswo abfällige Bemerkungen über das ganze Vorhaben zu machen. Ich erfuhr davon durch einen fernmündlichen Anruf des Stabsleiters der Kreisbauernschaft, der über unsere Pläne unterrichtet war. Ich setzte mich sofort mit dem Landrat in Verbindung. Aber das Unglück war schon geschehen; das Mißtrauen der Bauern war wachgerufen und in der Versammlung lehnten sie den Plan, für den sie schon gewonnen waren, ab. Für die Stadt ging dadurch viel kostbare Zeit verloren. Landrat Prange hielt sich für verpflichtet, seinen Beamten zu decken. Da haben der Vorsteher des Wasserwirtschaftsamt Charlottenburg Regierungsbaurat Seidel, Oberlandwirtschaftskammerrat Lilia, Dr. Weiland und ich ihm in einer eingehenden Erörterung dargelegt, daß in der Frage der Abwasserwertung auch noch eine andere Stellungnahme möglich wäre wie die des Kreisbaumeisters.

Nun erboten sich - wohl zu Beginn des Sommers 1937 - die Bauern in Schönhagen, die von der Sache gehört hatten, die Fritzwalker Abwässer abzunehmen. Das Wasserwirtschaftsamt und Dr. Weiland stellten neue Pläne auf. Diesmal gab es bei der Regierung einen Bauerrat, der die Vorlage an das Ministerium hinauszögerte. Ich mußte erst - im März 1938 - bei dem zuständigen Ministerialrat vorsprechen, der das Projekt dann in Potsdam anforderte. Ein Jahr später konnte ich den Franke-Werken in Bremen den Auftrag für den großen Sammelbrunnen geben, den die Stadt mit der Pumpstation zu bauen hatte. Auch der neugegründete Wasser- und Bodenverband Schönhagen begann mit der Verlegung der Druckrohrleitung. Für die gesamte Anlage wurden Reichsmittel bereit gestellt teils als verlorener Zuschuß, teils als Darlehen.

So blieben die eigenen Mittel der Stadt für das eigentliche Kanalnetz. Den ersten Abschnitt mit einer Bausumme von 120 000.-RM hatte schon 1937 eine Charlottenburger Firma übernommen. Aber es war ganz anders als 1934; es fehlte einfach an den notwendigen Arbeitskräften. Dadurch zögerte sich schon die Aufnahme der Arbeit reichlich hinaus. Später brachte der hohe Grundwasserstand manche Erschwernis, zumal wir Wert darauf legen mußten, jedes Eindringen von Grundwasser in die Kanäle auszuschließen, um unnötige Kosten beim Betrieb der Pampstation zu vermeiden. Die Fortführung der Arbeiten übernahmen die Franke-Werke. Bei der recht günstig gewordenen Finanzlage der Stadt konnte ich immer neue Mittel für das Kanalnetz bereitstellen. Die Arbeiten wurden bis weit in den Krieg hinein fortgesetzt. Schließlich zwang die Unmöglichkeit, Schachtdeckel und geeignetes Dichtungsmaterial zu bekommen, zur Einstellung

der Arbeiten. Der bei weitem größte Teil der Stadt war aber nun mit Schmutzwasserkanalisation versehen. Dabei war außer dem Reichsdarlehen für die Pumpstation, das ich noch während des Krieges zurückzahlte, für den Bau keinerlei Kredit in Anspruch genommen. Besondere Schwierigkeiten machte die Beschaffung der Pumpen und Motore für die Pumpstation. Aber auch das gelang endlich. Im Dezember 1941 konnten wir den Betrieb aufnehmen, nachdem die Hefefabrik, die durch ihr vieles Abwasser die Dömnitz besonders stark verunreinigte, wenn auch zunächst nur provisorisch an das Kanalnetz angeschlossen war. Weitere Grundstücke folgten. Die überwiegende Mehrzahl der Hausanschlüsse fehlte freilich bei Kriegsende noch.

Es ließe sich noch manches erzählen von dem, was damals in den Jahren vor dem Kriege meine Zeit ausfüllte. Da war die schöne kleine Stadtforst, das Hainholz, dessen Bestände wir schonten, so weit und so lange das möglich war. Es waren für mich Stunden der Erholung, wenn ich mit dem Forstdezernenten und dem Revierförster oder auch dem staatlichen Forstmeister, der uns beriet, draußen im Walde war, und wir Hauungs- und Kulturpläne besprachen. Da waren die Grünanlagen, die der Stadtgärtner betreute. Ich konnte gerade noch vor dem Kriege ihren Ring um den alten Stadtkern schließen. Damals ließ ich auch den Rest der alten Stadtmauer ausbessern und den letzten noch vorhandenen Weichturm mit einem Dach versehen. Der Friedhof mußte erweitert werden; der Erwerb des dafür benötigten Geländes gab Schwierigkeiten; ich mußte für die Stadt erst das Enteignungsrecht erwirken. Bei den Stadtwerken hat das Gaswerk vorübergehend Sorge gemacht, bis die Werke wieder einen wirklich geeigneten Leiter erhalten konnten. Das Verhältnis zu dem Märkischen Elektrizitätswerk, von dem wir den elektrischen Strom bezogen, war nie recht erfreulich. Dieses Werk, das in der Hand der Provinz und der Kreise war, ging ganz offensichtlich darauf aus, die Gemeinden aus der Stromversorgung hinauszudrängen. Sein Steckenpferd war damals der Grundgebührentarif, der durchaus nicht als besonders sozial angesehen werden kann. Aber das Werk ging nur auf Vergrößerung seines Stromabsatzes aus; wenn es ihn dann während des Krieges so rücksichtslos droßeln mußte, ist das auch mit eine Folge dieser Tarifpolitik gewesen. Es ging ziemlich hart zu, als ich wohl 1938 einen neuen Stromlieferungsvertrag abschließen mußte. Bei dem Schlachthof gab es immer Mühe, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Anstelle der ständig verschlammten Badeanstalt in der Dömnitz war ein neuzeitliches Betonschwimmbecken geplant. Aber seine Ausführung wurde mir nicht mehr zugelassen; Hitler brauchte den Zement am Westwall. Ebenso war nicht mehr an den Bau des Altersheimes zu denken, für das der in Amerika in Kansas City zu Wohlstand gekommene Adolf Ellfeldt seiner Vaterstadt die Mittel geschenkt hatte.

Nebenher gingen die laufenden Aufgaben der eigentlichen Verwaltung. Die Stadt hatte einen guten Stamm von Beamten und Angestellten, die bei ihr zum Teil schon ihre Ausbildung erhalten hatten. Die jüngeren hatten die Verwaltungsprüfungen abgelegt. Allein drei Beamte und Angestellte der Stadt wurden damals als Regierungsinspektoren von der Luftwaffe übernommen. Der Stadtbaumeister war sogar als so gut qualifiziert befunden worden, daß man der Stadt die Bearbeitung der Baugenehmigungen belassen hatte, die sonst auf die staatlichen Hochbauämter übergegangen war. Aber ohne Rücksicht auf die schwebenden umfangreichen Bauvorhaben wurde dem Bauamt schon lange vor dem Kriege der Techniker genommen und beim Bau des Westwalls eingesetzt. Dabei hätten gut zwei Techniker Beschäftigung finden können. Als ich, um vorwärts zu kommen, eine zweite Stelle einrichten wollte, ließ der Regierungspräsident eine solche Änderung des Stellenplanes nicht zu. Man wollte damals gar keine rege Bautätigkeit der kleineren Städte.

VI

Ich habe mich nie mit der Ideologie des Nationalsozialismus befaßt. Ich habe weder den Mythos, noch die Brechung der Zinsknechtschaft, noch Blut und Boden, noch sonst so etwas gelesen. Ich habe auch den Kampf nur flüchtig durchgesehen. Ich fand Stellen darin, die für mich einfach unlesbar waren; das Ganze schien mir belanglos. Nur was Hitler über seine Herkunft und seinen Entwicklungsengang sagte, war mir wichtig. Ideologien haben mich überhaupt nie gefesselt. Ich habe da immer gedacht wie Uhlend:

"Ich schwör' auf keinen einzeln Mann,
Denn einer bin auch ich."

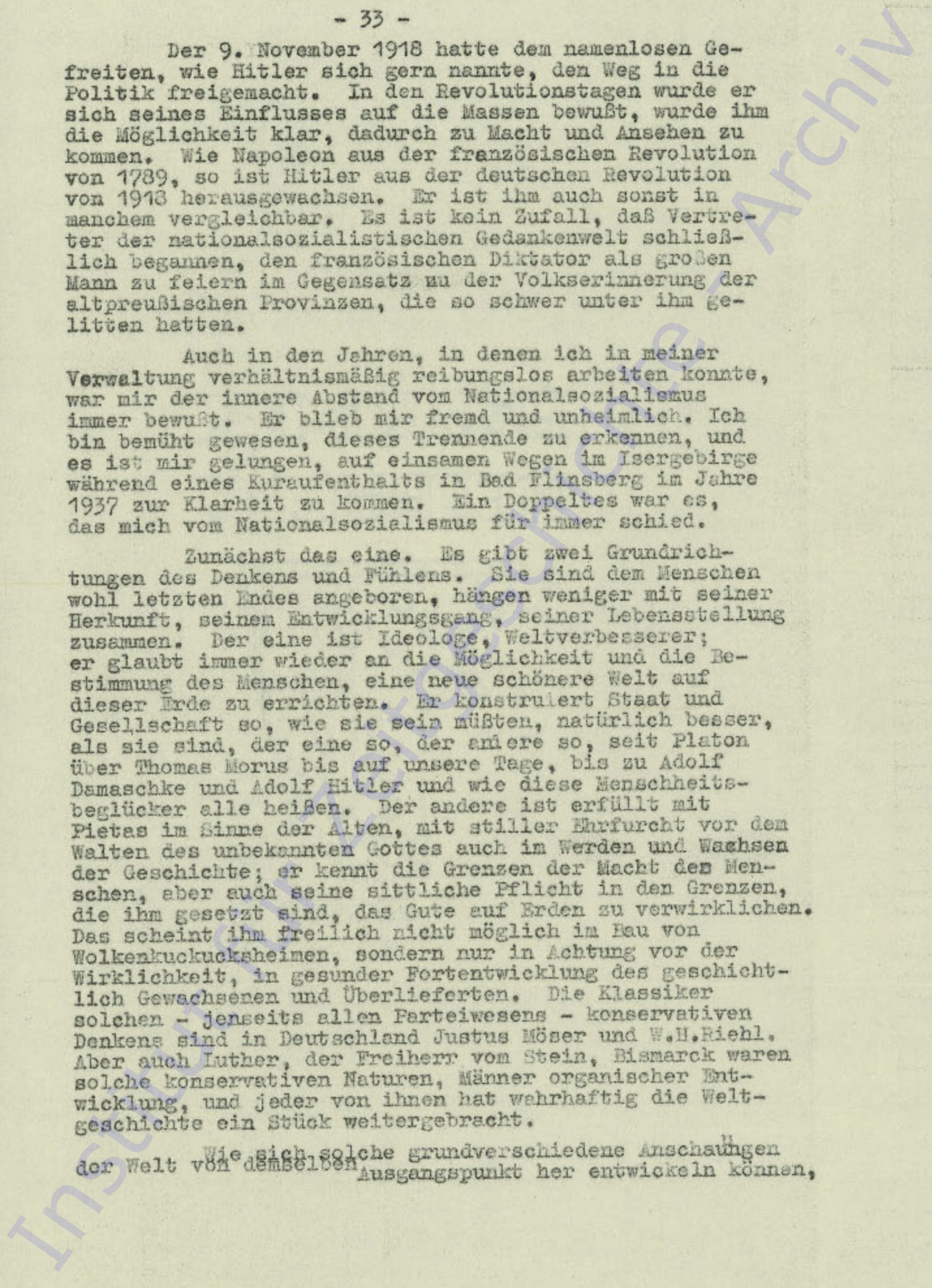
Aber der Nationalsozialismus trat mir nicht nur, wie jedem anderen, täglich entgegen in Versammlungen, im Rundfunk, in der Presse, in allem, was gedruckt wurde. Sondern mir flatterten darüber hinaus jeden Tag Verfügungen und Erlasse hoher und höchster Behörden auf den Tisch. Und ich habe zwölf Jahre hindurch in ständiger Auseinandersetzung mit den verschiedensten Parteistellen gelebt und gerade dadurch einen Einblick in die wirkliche Natur des Nationalsozialismus bekommen, wie sie nicht eben viele erlangt haben, so bescheiden die Stelle war, an der ich stand. Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Ideologie hätte meinen Blick nur trüben können. Denn der Nationalsozialismus ist aus keiner Idee erwachsen, sondern allein aus dem rohen Willen zur Macht. Was man seine Ideologie nennt, ist nichts als ein Werkzeug gewesen, eines der Mittel Staat und Volk zu beherrschen. Erst beschloß Hitler Politiker zu werden, und dann entstand im Kreise seiner Anhänger die Ideologie mit manchem Widerspruch in sich und nicht ohne manche Entlehnung und Umdeutung fremden Gedankengutes.

Der 9. November 1918 hatte dem namenlosen Gefreiten, wie Hitler sich gern nannte, den Weg in die Politik freigemacht. In den Revolutionstagen wurde er sich seines Einflusses auf die Massen bewußt, wurde ihm die Möglichkeit klar, dadurch zu Macht und Ansehen zu kommen. Wie Napoleon aus der französischen Revolution von 1789, so ist Hitler aus der deutschen Revolution von 1918 herausgewachsen. Er ist ihm auch sonst in manchem vergleichbar. Es ist kein Zufall, daß Vertreter der nationalsozialistischen Gedankenwelt schließlich begannen, den französischen Diktator als großen Mann zu feiern im Gegensatz zu der Volkserinnerung der altpreußischen Provinzen, die so schwer unter ihm gelitten hatten.

Auch in den Jahren, in denen ich in meiner Verwaltung verhältnismäßig reibungslos arbeiten konnte, war mir der innere Abstand vom Nationalsozialismus immer bewußt. Er blieb mir fremd und unheimlich. Ich bin bemüht gewesen, dieses Trennende zu erkennen, und es ist mir gelungen, auf einsamen Wegen im Isergebirge während eines Kuraufenthalts in Bad Flinsberg im Jahre 1937 zur Klarheit zu kommen. Ein Doppeltes war es, das mich vom Nationalsozialismus für immer schied.

Zunächst das eine. Es gibt zwei Grundrichtungen des Denkens und Fühlens. Sie sind dem Menschen wohl letzten Endes angeboren, hängen weniger mit seiner Herkunft, seinem Entwicklungsgang, seiner Lebensstellung zusammen. Der eine ist Ideologe, Weltverbesserer; er glaubt immer wieder an die Möglichkeit und die Bestimmung des Menschen, eine neue schönere Welt auf dieser Erde zu errichten. Er konstruiert Staat und Gesellschaft so, wie sie sein müßten, natürlich besser, als sie sind, der andere so, der andere so, seit Platon über Thomas Morus bis auf unsere Tage, bis zu Adolf Damaschke und Adolf Hitler und wie diese Menschheitsbeglucker alle heißen. Der andere ist erfüllt mit Pietas im Sinne der Alten, mit stiller Ehrfurcht vor dem Walten des unbekanntes Gottes auch im Werden und Wachsen der Geschichte; er kennt die Grenzen der Macht des Menschen, aber auch seine sittliche Pflicht in den Grenzen, die ihm gesetzt sind, das Gute auf Erden zu verwirklichen. Das scheint ihm freilich nicht möglich im Bau von Wolkenkuckucksheimen, sondern nur in Achtung vor der Wirklichkeit, in gesunder Fortentwicklung des geschichtlich Gewachsenen und Überlieferten. Die Klassiker solchen - jenseits allen Parteiwesens - konservativen Denkens sind in Deutschland Justus Möser und W.H.Riehl. Aber auch Luther, der Freiherr von Stein, Bismarck waren solche konservativen Naturen, Männer organischer Entwicklung, und jeder von ihnen hat wahrhaftig die Weltgeschichte ein Stück weitergebracht.

Wie sich solche grundverschiedene Anschauungen der Welt von demselben Ausgangspunkt her entwickeln können,

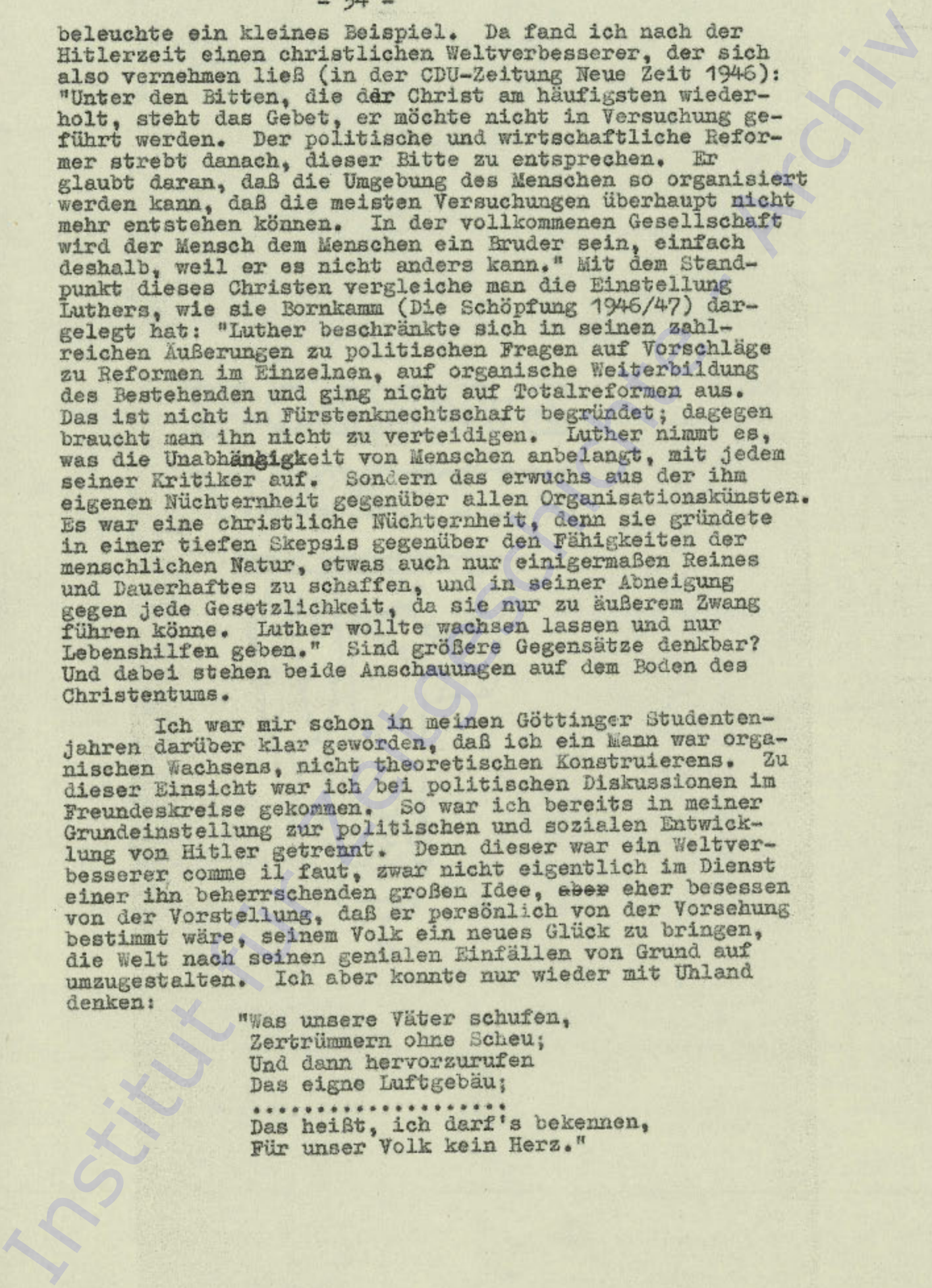


beleuchte ein kleines Beispiel. Da fand ich nach der Hitlerzeit einen christlichen Weltverbesserer, der sich also vernehmen ließ (in der CDU-Zeitung Neue Zeit 1946): "Unter den Bitten, die der Christ am häufigsten wiederholt, steht das Gebet, er möchte nicht in Versuchung geführt werden. Der politische und wirtschaftliche Reformers treibt danach, dieser Bitte zu entsprechen. Er glaubt daran, daß die Umgebung des Menschen so organisiert werden kann, daß die meisten Versuchungen überhaupt nicht mehr entstehen können. In der vollkommenen Gesellschaft wird der Mensch dem Menschen ein Bruder sein, einfach deshalb, weil er es nicht anders kann." Mit dem Standpunkt dieses Christen vergleiche man die Einstellung Luthers, wie sie Bornkamm (Die Schöpfung 1946/47) darlegt hat: "Luther beschränkte sich in seinen zahlreichen Äußerungen zu politischen Fragen auf Vorschläge zu Reformen im Einzelnen, auf organische Weiterbildung des Bestehenden und ging nicht auf Totalreformen aus. Das ist nicht in Fürstenknechtschaft begründet; dagegen braucht man ihn nicht zu verteidigen. Luther nimmt es, was die Unabhängigkeit von Menschen anbelangt, mit jedem seiner Kritiker auf. Sondern das erwuchs aus der ihm eigenen Nüchternheit gegenüber allen Organisationskünsten. Es war eine christliche Nüchternheit, denn sie gründete in einer tiefen Skepsis gegenüber den Fähigkeiten der menschlichen Natur, etwas auch nur einigermaßen Reines und Dauerhaftes zu schaffen, und in seiner Abneigung gegen jede Gesetzlichkeit, da sie nur zu äußerem Zwang führen könne. Luther wollte wachsen lassen und nur Lebenshilfen geben." Sind größere Gegensätze denkbar? Und dabei stehen beide Anschauungen auf dem Boden des Christentums.

Ich war mir schon in meinen Göttinger Studenten-jahren darüber klar geworden, daß ich ein Mann war organischen Wachsens, nicht theoretischen Konstruierens. Zu dieser Einsicht war ich bei politischen Diskussionen im Freundeskreise gekommen. So war ich bereits in meiner Grundeinstellung zur politischen und sozialen Entwicklung von Hitler getrennt. Denn dieser war ein Weltverbesserer comme il faut, zwar nicht eigentlich im Dienst einer ihn beherrschenden großen Idee, aber eher besessen von der Vorstellung, daß er persönlich von der Vorsehung bestimmt wäre, seinem Volk ein neues Glück zu bringen, die Welt nach seinen genialen Einfällen von Grund auf umzugestalten. Ich aber konnte nur wieder mit Uhland denken:

"Was unsere Väter schufen,
 Zertrümmern ohne Scheu;
 Und dann hervorzurufen
 Das eigne Luftgebäu;

 Das heißt, ich darf's bekennen,
 Für unser Volk kein Herz."



Zum anderen hing mein innerer Gegensatz zum Nationalsozialismus zusammen mit meiner Herkunft aus einem schlichten Akademikerhause einer kleinen Stadt, in der noch mehr vom Denken vergangener Generationen lebendig war als im Lärm der Großstädte. Es hat wohl in Deutschland einmal eine Zeit gegeben, in der die humanistische Schule und das Universitätsleben Menschen zu formen vermochten. Ich selbst habe so etwa auf der Universität nicht mehr erfahren. Aber ich habe solche geformten Männer noch erblickt. Ich denke vor allem an meinen Vater und an meinen letzten Gymnasialdirektor Dr. Bock, der als junger Lehrer in den siebziger Jahren nach Livland gegangen und erst nach Kriegsbeginn aus Riga nach Deutschland zurückgekehrt war. Sie sind die Vorbilder meiner Jugend gewesen und mir auch für das Leben geblieben. Es waren feste Männer; sie nahmen nichts für wahr und gut, was sie nicht bei eigener Prüfung als echt befunden hatten. Das neunzehnte Jahrhundert hatte nicht nur akademische Standesehre und Standes- sitte entwickelt; es war vielen alten Studenten auch eine gemeinsame Lebensanschauung erwachsen, die noch in der Zeit der Befreiungskriege und weiter zurück in Martin Luthers Werk wurzelte, und die - man kann geradezu sagen - das Gegenteil der späteren Forderungen des Nationalsozialismus war, wenigstens der Ansprüche, die er vielleicht nicht in seiner Ideologie, aber im Alltag des Lebens stellte. Diese akademische Lebens- auffassung ist auch heute noch aus Liedern und Sprü- chen abzulesen und bewegt sich im Kern immer um die freie, im letzten nur sich selbst verantwortliche Persönlichkeit, die aber gebunden ist an das, was sie als recht und gut erkannt hat. Da klingt es aus alten Studentenliedern:

"Ein Herz, in Kampf und Streit bewährt
Bei strengem Schicksalswalten,
Ein freies Herz ist Goldes wert;
Das müßt ihr fest erhalten."

oder

"Stoß an! Freies Wort lebe! Hurra hoch!
Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht,
Der bleibt ein ehrlos erbärmlicher Wicht!
Frei ist der Bursch.
Stoß an! Kühne Tat lebe! Hurra hoch!
Wer die Folgen ängstlich zuvor erwägt,
Der beugt sich, wo sich die Übermacht regt!
Frei ist der Bursch."

weiter

"Du sollst Dich nie vor Menschen beugen;
Vor Deinem Gott nur beug' Dich still."

und ahnungsschwer

"Doch ernster wird das Leben und ernster wird der Sinn,
Und dunkle Schatten schweben um Roß und Reiter hin.
Es weicht der goldnen Träume Pracht der Wirklichkeit:

Nun Herz, hab' acht, den Schatz aus Jugendjahren zu
wahren.

Die argen Sorgen quälen, die Welt strebt Tag für Tag,
Wie sie aus freien Seelen Philister schaffen mag;
Allein es wahrt der freie Mann des Ideales Talisman,
Wie auch die Wetter dräuen, in Treuen."

Da sind weiter goldene Worte etwa des Juristen und Dichters Theodor Storm:

"Der eine fragt, was kommt danach,
Der andere, was ist recht,
Und also unterscheidet sich,
Der Freie und der Knecht."

oder

"Was Du immer kannst, zu werden,
Arbeit scheue nicht und Wachen,
Aber hüte Deine Seele
Vor dem Karrieremachen.
Wenn der Pöbel aller Sorten
Tanzelt um die goldnen Kälber,
Halte fest, Du hast vom Leben
Doch am Ende nur Dich selber."

Zu meiner Einsegnung sandte einer meiner Lehrer, meinem Vater befreundet, später Direktor unseres Friedeberger Gymnasiums, ein Gedicht, in dem es hieß:

"Denk' an den Vater, an den Ahn
Und an ihr tapfres Ringen
Und trät der Teufel in die Bahn,
Lass' nimmer Dich bezwingen.-
Dein Eikard ruft: Steh' fest im Strauß,
Halt' aus voll Trutz und Treue."

Hohe Stellung, der kein innerer Wert entsprach, konnte diese Männer nicht blenden. Sie nahmen so etwas mit der Überlegenheit des Weltweisen hin, als eine der Kuriositäten dieser zuweilen wunderlichen Welt. Bei meinen Irrfahrten im Bereich der Staatsbürokratie habe ich manchmal an Bocké denken müssen, der in seinen Lebenserinnerungen (Vom Niederrhein ins Baltenland, Hannover 1925) meint: "Vor Geheimräten habe ich zeit- lebens - ich will nicht sagen Abneigung - aber doch immer das Gefühl gehabt, daß das, was sie reden, Gottes Wort nicht gleich zu achten sei." Und weiter erzählt: "Ich habe es immer im Gespräch mit vorgesetzten Behörden für richtig und klug gehalten, zunächst ihre Bedenken und Gründe, die immer feil sind wie Brombeeren im Herbst, mit einem gleichwürdigen Schein von Überzeugung zu billigen und mit einem schamhaften Seufzer zu begleiten. Das gefällt und macht den Eindruck eines verständnisvollen Mannes, der es wohl zu schätzen weiß, wie schwer die Herren es im Amt haben. Man hüte sich in der dann entstehenden Pause zu sprechen und etwa mit Gedanken und Vorschlägen zu kommen; die vorgesetzten Behörden haben

selbst Gedanken und machen selbst Vorschläge; man schlage am besten die Augen nieder und denke an die Wahl des Bratens beim Mittagessen; dieser Gedanke veredelt die Züge des Bittstellers, ohne eine Spur von Ungeduld oder Anmaßung aufkommen zu lassen."

Ich hätte mir meinen Vater oder Bocké nie in einem nationalsozialistischen Staat denken können, der blinden Glauben an den Führer verlangte und seine unfehlbare Weisheit. Parlamentarismus freilich haben sie nicht für Deutschland gewollt. Die verderblichen Mängel unseres Parteiwesens waren ihrem klaren Blick nicht entgangen. Sie standen zu Bismarcks Werk. Als mein Vater bald nach dem Weltkrieg starb, hieß es in dem Nachruf eines Mannes, der ihm freundschaftlich nahe gestanden hatte: "Nie hat er ein Hehl daraus gemacht, daß er nur in einem starken Volkskaisertum das Heil für Deutschland erblicken könne, nicht in einer dem Auslande nachgeahmten Staatsform, deren Regierung der Erfahrung, der Kraft und des Ansehens entbehre." Aber Byzantiner sind diese Männer nie gewesen. Bei aller Treue zum Herrscherhaus war ihnen selbstverständlich, was Uhland sagt:

"Der Deutsche ehrt zu allen Zeiten
D er Fürsten hohen, heiligen Beruf,
Doch liebt er frei einherzuschreiten
Und aufrecht, wie ihn Gott erschuf."

Der Nationalsozialismus ist mir vorgekommen wie ein Zurück in die Zeit vor Luther, der geschrieben hatte: "Wo weltliche Gewalt sich vermißt, der Seele Gesetz zu geben, da greift sie Gott in sein Regiment und verführt und verderbet nur die Seelen. Das wollen wir so klar machen, daß man's greifen solle, auf daß unsere Junker, die Fürsten und Bischöfe sehen, was sie für Narren sind, wenn sie die Leute mit ihren Gesetzen und Geboten zwingen wollen, so oder so zu glauben." ("Von weltlicher Obrigkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei." 1523).

Gegen Ende des ersten Weltkrieges war ich ein Jüngling, der aus der Schule in das Leben treten sollte. Deutlich stand vor meinen Augen damals das Bild von der Blüte und vom Untergang der alten Welt. Ich wußte um die Verwilderung und Verrohung des politischen Lebens, dem Ende von Zucht und Sitte in der sterbenden Antike. Unwillkürlich verglich ich manche Erscheinung der eigenen Zeit mit Vorgängen des Altertums. Ich stellte Bismarck neben Perikles, unser 19. Jahrhundert neben das fünfte vorchristliche in Griechenland. Ohne Spengler dachte ich Spenglersche Gedanken. Sie mußten damals wohl in der Luft liegen. Schwere Ahnung für die Zukunft bedrückte mich zuweilen. Im Sommer 1917 schrieb ich - den Gottesacker des Heimatdorfes meines Vaters vor mir sehend - die Verse nieder:

"Ich möchte bei Euch ruhen, ihr Väter,
Auf stillem Plan,
Wo über Grabeshügeln
So ernst die Kreuze stahn.

Ihr saht die goldenen Zeiten,
Als Recht und Treu noch galt,
Und Redlichkeit in Ehren
Noch stand bei Jung und Alt.

Ihr saht des Reiches Werden,
Ihr bautet selber mit,
Die ihr dem Pfluge folgtet
Mit schwerem Bauernschritt.

Ich sah des Reiches Untergang,
Ich sah der Ehre Tod.
Nimmer kann ich erwarten
Ein neues Morgenrot.

Nur Sorg' ist mir geblieben,
Der kein Erfolg mehr winkt,
Vergebliches Bemühen,
Bis auch mein Leben sinkt."

Derartige Gedanken bin ich nie ganz los geworden. Als dann Hitler an die Macht gekommen war, ist es mir oft wie eine Bestätigung dessen gewesen, was ich als Jüngling schon geahnt hatte. Ich habe Hitler nie anders begreifen können als eine Kraft der Auflösung, als ein Anzeichen schwerer Krankheit, vielleicht der Todeskrankheit unseres Volkes. Man findet im untergehenden Altertum Ähnliches, panem et circenses für die Masse und göttliche Verehrung für den caesar, an der auch für Hitler nicht viel gefehlt hat, und entsetzliche Grausamkeit in den politischen Kämpfen.

Hitler war ein Demagoge im wahrsten Sinne des Wortes, ein Mann, der in ganz seltenem Maße die Gabe besaß, auf die Massen einzuwirken. Das gilt ebenso von Goebbels, der neben Hitler der eigentliche Schöpfer des Nationalsozialismus gewesen ist. Während meiner Aryser Amtszeit, also 1932, hat Hitler in Lyck unter freiem Himmel gesprochen. Ich bin nicht dort gewesen; aber ich entsinne mich noch recht gut der wahren Völkerverwanderung, die mit allen möglichen Beförderungsmitteln nach Lyck ging. Keiner der damaligen Politiker hat es so wie er verstanden, unmittelbare Fühlung mit dem in seiner Not verzweifelnden Volk zu bekommen. Jeder einzelne fühlte sich angesprochen, wenn er nach dem 30. Januar 1933 immer wieder Hitler und Goebbels und andere führende Männer im Rundfunk hören konnte. Eine solche unmittelbare Verbindung zwischen der Spitze des Staates und dem letzten Mann und der letzten Frau war überhaupt noch nicht dagewesen. Die Massen mußten glauben, nun endlich wären einmal Männer an die Regierung gekommen, die wirklich Verständnis für ihre Not hätten. Ich habe damals das Gefühl gehabt, daß die in diesem

Ausmaße jedenfalls neue Heranziehung des Rundfunks eine der Voraussetzungen sowohl der immer wachsenden Popularität Hitlers wie der Art seiner Volksführung gewesen ist. Diese technische Erfindung konnte tatsächlich das alte Repräsentativ-System der Demokratie, konnte die Parlamente als überlebt erscheinen lassen. Denn nun war - ergänzt durch Wahlen und Volksentscheide - gewissermaßen eine unmittelbare Auseinandersetzung zwischen den Massen und dem von ihnen erkorenen Führer möglich. Daß das alles nur Schein war, blieb den meisten verborgen. Der Einfluß auf die Massen ist Hitler geblieben bis zuletzt. Wer in jenen Jahren in der Verwaltung tätig gewesen ist, weiß aus der Unzahl von Eingaben aller Art, daß Hitler, Goebbels, Göring und andere Sterne minderer Größe damals wirklich populäre Männer gewesen sind. Als im Sommer 1943 nach den großen Fliegerangriffen auf Hamburg sich auch nach Pritzwalk der Strom der Flüchtlinge ergoß, habe ich immer wieder den Namen des Reichsstatthalters Kaufmann gehört, und man wunderte sich nur, daß dieses Wort bei uns keine Zauberkraft besaß.

Hitler hatte eben ein geradezu wunderbares Empfinden für das, was in den breiten Schichten des Volkes im Wechsel der Jahre wiederholt finden konnte. Er hat seinen Weg begonnen mit Waffen aus dem Arsenal der Rechten; das entsprach der Zeitstimmung insbesondere der Jahre vor 1933. Aber er hat von Anfang an auch den Gedanken der Überwindung des Klassenkampfes durch die Volksgemeinschaft in den Vordergrund gerückt. Damit entsprach er dem Gefühl weitester Kreise und stellte zugleich eine sittliche Forderung an die oberen Schichten, der sie sich mit gutem Gewissen kaum entziehen konnten. Er kannte die starke Kraft sozialistischer Gedankengänge im deutschen Volke, und er hat ihnen in immer wachsendem Maße nachgegeben trotz allen Wetterns gegen den Marxismus. Ebenso wie diesen lehnte man ja auch den Kapitalismus ab. Mir ist erinnerlich, daß ich in einer der ersten Listen des unerwünschten Schrifttums das nach dem ersten Weltkrieg erschienene kleine Büchlein "Kapitalismus und Sozialismus" des Leipziger Professors L. Pohle fand. Es handelte sich um eine ganz sachliche und ungemein klare Darstellung dieses ganzen Gebietes, die freilich auch den Kern des sogenannten Kapitalismus herauschälte als das Zusammenwirken freier Einzelwirtschaften und darlegte, daß Gemeinwohl kein Monopol der Gemeinwirtschaft ist und sittliche Kräfte - die Sorge für die Familie - auch im vielgeschmähten Egoismus der Einzelwirtschaften wirksam sind. So etwas war damals schon unerwünscht. Wohl im letzten Kriegsjahre erzählte man bei uns, in Berlin wäre an den Anschlagssäulen ein Vortrag über den Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Bolschewismus angekündigt worden. Da hätte jemand auf das Plakat geschrieben: "Erdäpfel und Tüpfken sind dasselbe." Aber auch schon vor dem Kriege fanden sich in Reden Hitlers Sätze, die durchaus an die Revolutionsjahre von

von 1918 und 1919 erinnerten. Und von niemand ist häßlicher gegen deutsches Bürgertum gehetzt worden als von den Parteirednern der NSDAP. Während des Krieges wurde dann der Kampf gegen die Plutokratie geradezu als der Sinn allen Geschehens hingestellt; dem "internationalen Finanzkapital" war man ja schon immer feindlich gesinnt. Über Juden und Rassentheorie habe ich in Pritzwalk nicht viel gehört. Auch in der Tagespresse fand sich darüber eigentlich selten etwas. Noch weniger ist von Kriegs- und Eroberungsplänen gesprochen worden. Im Gegenteil, Hitler hat oft laut seine Friedensliebe betont unter Hinweis auf das, was er als einfacher Musketier vier schwere Jahre hindurch erlebt habe.

Während ich diese Sätze niederschreibe, tritt mir wieder das innerlich Widerspruchsvolle und Unklare aller dieser Predigten des Nationalsozialismus deutlich vor Augen. Ich habe lange nach einer Antwort gesucht auf die Frage: was wollen denn diese Leute eigentlich? Hitler trat mit dem Anspruch auf, dem deutschen Volke eine neue unfehlbare Lehre für sein Glück auf dieser Erde zu bringen. Und er hat es bis zuletzt verstanden, etwas Mystisches über diese Lehre zu breiten, den Nymbus eines Geheimnisses, das man dem profanen Volke nie ganz preisgeben könne. Allmählich habe ich aber dann die Überzeugung gewonnen, daß Hitler selbst im Anfang seiner Regierung durchaus kein wirklich klares Bild von dem hatte, was werden sollte - das zeigten mancherlei Schwankungen seiner Politik - und daß er gerade durch den geringen Widerstand, den er fand, zu immer radikaleren Maßnahmen gekommen ist. In Hitler befestigte sich offensichtlich immer mehr die Überzeugung, daß alles Vorhandene in Deutschland, daß nicht nur der Staat, daß die ganze Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung morsch und faul wären und durch einen völligen Neubau ersetzt werden müßten. Es trat ihm - mit Ausnahme vielleicht im Heere - nirgends lebendige Tradition entgegen. Soweit Widerstand war, beschränkte er sich im wesentlichen auf einzelne Persönlichkeiten. Hätte sich die evangelische Kirche nicht in einander bekämpfende Gruppen gespalten, wäre sie in sich einig gewesen und im wesentlichen fortätter in re, so hätte sie auch bei einer Haltung suaviter in modo, wie sie bei den Zeitverhältnissen nicht zu vermeiden war, auf Hitler Eindruck gemacht. Er hätte das Gefühl gehabt, daß in ihr starke Tradition lebte, daß sie eine Macht war, mit der er rechnen mußte. Die Streitereien innerhalb der Kirche aber brachten ihn trotz des Märtyrermutes einzelner zu der Auffassung, daß auch sie überlebt, nur noch leere Form wäre, die allmählich in sich selbst zerfallen würde, insbesondere, wenn ihr erst die Staatszuschüsse entzogen wären. Darum war er der Ansicht, daß es genüge, die Kirche auf den rein sakralen Bezirk zu beschränken und von jeder Möglichkeit einer Einwirkung auf die öffentlichen Dinge auszuschließen. Einen Kampf mit der Kirche hat er - wie ich aus Erlassen weiß, die mir zugänglich wurden - für

unklug gehalten und nicht gewollt. Auf den Universitäten hätten sich nach meinem damaligen Empfinden die studentischen Korporationen durchaus halten können. Aber auch sie fielen - mit wenigen Ausnahmen - zusammen, als der erste Wind zu säuseln begann. Auch hier ist die Entwicklung wohl weitergegangen als Hitler anfangs selbst angenommen und vielleicht persönlich gewollt hatte.

Ich weiß auch von der Ablehnung des Nationalsozialismus und den Bedenken gegen ihn. Parteimitglieder und Nicht-Parteimitglieder haben sich mir gegenüber sehr offen ausgesprochen. Es war in meinem Amtszimmer, als vielleicht ein Jahr vor Kriegsende der Architekt Schorrkopf als Witz erzählte: "Der Krieg ist aus. Hitler und Göring werden gehängt; sagt Göring zu Hitler: Du, Adölf, ich habe dir immer gesagt, der Krieg wird in der Luft entschieden." Schorrkopf ist deswegen selbstverständlich kein Haar gekrümmt worden. Gewöhnlich waren freilich solche Gespräche ernster und tiefer. Aber diese Ablehnenden waren doch nur wenige, vor allem Angehörige der gebildeten Kreise. Der Vertreter der Näher A.G. in Chemnitz sprach mir einmal davon, daß die Bauräte der Reichsbahn ihm gegenüber gern ihrem Herzen Luft machten, daß sie ihn als "Gefühlsklosett" benutzten, wie er sich ausdrückte. Man hatte immer das Empfinden, in einer hoffnungslosen Minderheit zu sein, der Entwicklung machtlos gegenüber zu stehen. Ich kann mich nicht entsinnen, daß nach Auflösung des Stahlhelm die Polizei in Pritzwalk noch mit politischen Fällen befaßt worden wäre. Erst im Spätsommer 1944 wurde Schorrkopf in ein staatspolizeiliches Verfahren verwickelt und etwa drei Wochen in Pritzwalk in Polizeihaft gehalten. Er hatte seine Witze sehr unvorsichtig verbreitet. "Wollen Sie Hitler-Schinken kaufen?" hatte er die Leute gefragt, um fortzufahren: "Das Schwein muß aber erst geschlachtet werden." Die Anzeige gegen ihn war mitten aus der Bevölkerung heraus bei der Staatspolizei erstattet. Die gab die Sache später an das Sondergericht ab; sie ist nicht mehr zur Entscheidung gekommen; Schorrkopf wurde auf freiem Fuß belassen. Noch wenig vor Kriegsende kamen dann ebenfalls aus der Bevölkerung einige Anzeigen wegen Abhörens von Feindsendern und sogenannter defätistischer Äußerungen. Sie haben wirklich ernste Folgen nicht gehabt. Ein Pritzwalker Arzt wurde von der Staatspolizei einige Tage im Pritzwalker Polizeigefängnis festgesetzt; er hatte um 1933 recht gute Beziehungen zur NSDAP gehabt, ohne ihr anzugehören.

Ich habe Hitler und den Nationalsozialismus eigentlich nie als Widerspruch zum Zeitgeist empfunden. Unwahrhaftigkeit und Heuchelei hatten Presse und Politik auch schon in der Weimarer Zeit beherrscht. Und immer mehr war schon damals das Leben unter den Einfluß der politischen Parteien gekommen. Die Sitzungen des Reichstages wie der Landtage bis zu den Stadtverordnetenversammlungen waren nicht selten nur noch Schauspiel gewesen,

dessen Ergebnis vorher durch die Entschlüsse der Parteigewaltigen feststand. Kaum verhüllt hatten die Parteien Einfluß auf die wichtigeren Stellenbesetzungen bei den Behörden genommen, die schon vielfach nicht nach wirklicher Eignung, sondern nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgten. Duldsamkeit und Achtung vor dem Andersdenkenden waren schon in jenen Jahren sehr selten. Gerade durch seine Angriffe auf diese Zustände hatte der Nationalsozialismus Stimmen gewonnen, - und er hat dann die Parteiherrschaft in solchem Ausmaße verwirklicht, daß alles Vorhergegangene dagegen wie ein leiser Anfang war. Nun hatte die eine Partei alle anderen verdrängt; aber sie arbeitete mit den Mitteln, die die anderen Parteien, als sie regierten, zu entwickeln begonnen hatten. Neben den Behörden bis hinauf zu den Ministerien stand die Parteibürokratie der NSDAP. Und ganz offen hieß es nun: "Die Partei befiehlt dem Staat". Aber es war doch einige Zeit seit dem 30. Januar 1933 vergangen, als dieses Wort fiel, und ganz ist es, wenn überhaupt, erst in den letzten Wochen des Zusammenbruchs Wirklichkeit geworden. Denn es ist ein dauernder Kampf zwischen Behörden und Parteistellen geblieben. In diesem absoluten Herrschaftsstreben der Partei, das deutlicher etwa seit dem Jahre 1937 hervortrat, muß aber das eigentliche Wesen des Nationalsozialismus gesehen werden.

Es war mir manchmal, als hätten wir eine feindliche Besatzungsmacht im Lande. So fremd stand die Partei mit ihrem Anspruch, in alles hineinzureden und alles zu bestimmen, neben und außerhalb der alten Ordnung der Dinge. Dieser Anspruch der Partei wurde in dem Maße ausgeprägter, in dem die besoldete Parteibürokratie zunahm. Sie besetzte allmählich alle wichtigen Stellen. Bei dem Führerprinzip, das in der Partei bestand, wurden die ehrenamtlichen Amtsträger, wie man sie nannte, langsam zu bloßen Handlangern heruntergedrückt. Sie durften noch nach außen den großen Mann spielen; im Grunde hatten auch Ortsgruppenleiter meist wenig selbst zu bestimmen. Wenn ich von besoldeter Parteibürokratie spreche, so muß dieses Wort im weitesten Sinne genommen werden. Es fallen darunter alle besoldeten Amtsträger, ganz gleich, ob sie in den eigentlichen Parteistellen saßen oder in der Arbeitsfront, der Volkswohlfahrt, dem Reichsnährstand oder auch in beamtete Stellen gekommen waren. Sie warfen sich gegenseitig die Bälle zu. Es war ein Kreis, den ich oft so ähnlich wie eine geschlossene Kaste empfunden habe. Sie selbst nannten sich wohl gelegentlich "die alten Rabauken". Die meisten waren vor 1933 im bürgerlichen Leben nichts Rechtes gewesen. Aber sie hatten sich als politische Agitatoren für Hitler bewährt und waren nun mit Posten und Ämtern versorgt worden. Als der Ausbau der Parteiorganisation seinen Höhepunkt erreicht hatte, gehörten in diesen Kreis in Pritzwalk, wo die Kreisleitung saß, etwa der Kreisleiter, ein ehemaliger Schneidergeselle, der Kreisgeschäftsführer, der vorher wohl nie einen

richtigen Beruf gehabt hatte, der Kreisobmann der Arbeitsfront, einst Musiker in Berliner Cafés, der Kreisamtsleiter für Volkswohlfahrt, von dem niemand wußte, was er eigentlich gewesen war, der Führer der SA-Standarte, der Beauftragte des Sicherheitsdienstes der SS, der Kreisbauernführer, der die Diäten eines Reichstagsabgeordneten bezog, und von auswärtigen Angehörigen der Kreisleitung der Ortsgruppenleiter in Wittstock, ein ehemaliger kaufmännischer Angestellter, der dort Bürgermeister geworden war, und der Kreisbauoberinspektor in Kyritz, der ohne hinreichende Vorbildung in seine Stellung gekommen war. Es bleibt merkwürdig, wie diese Männer so großen Einfluß auf die Bevölkerung haben konnten. Aber die einen sahen in ihnen die Verkörperung der Partei, an die sie glaubten wie an ein Evangelium. Die anderen hielten es wenigstens für klug, sich gut mit ihnen zu stellen. Denn diese alten Rabauken waren keine vornehmen Gegner und immer bereit, dem, der ihnen nicht paßte, zu schaden. Ebenso leicht aber waren sie auch geneigt, einen Günstling zu unterstützen ohne viel zu fragen, ob die Sache das auch wert war. Man muß die geradezu unwürdige Zu-vorkommenheit beobachtet haben, die sonst sehr selbstbewußte Landwirte zeigten, wenn sich der Kreisbauernführer etwa im Pritzwalker Hof an ihren Tisch setzte. Aber es hing auch zu viel für sie alle von dem Wohll wollen dieses Mannes ab. Denn die Entwicklung ging doch dahin, die ganze Wirtschaft in zunehmende Abhängigkeit vom Staat zu bringen und dabei die wichtigsten Entscheidungen immer mehr in die Hände der von mir umrissenen Parteibürokratie und ihrer partei- und berufsständischen Organisationen zu legen unter Zurückdrängung der alten ordentlichen Behörden.

Durch die ganze Hitlerzeit zog sich der Gegensatz von Partei und Behörden. Die Bevölkerung hat das sehr bald gemerkt und für sich zu nutzen gewußt. Wer bei einer Behörde etwas nicht erreichte, lief nur zu oft zur Partei, die meist geneigt war, sich einzumischen, teils um ihren Einfluß zu erweitern, teils um ihr Wohll wollen für die Bevölkerung zu zeigen. Man möchte fast annehmen, daß solcher Dualismus ein Grundsatz des Hitler-schen Staatsaufbaues war. Er wiederholte sich in dem Nebeneinander von SA und SS, von Staatspolizei und Sicherheitsdienst der SS, von Schule und Hitlerjugend, von Wehrmacht und Waffen-SS. Immer begegneten sich zwei Organisationen auf demselben Arbeitsgebiet. Sie standen miteinander in einem gewissen Wettbewerb und überwachten sich gleichzeitig gegenseitig. Und die Staatsführung hatte es in der Hand, die eine gegen die andere einzusetzen, etwa die SS gegen die Wehrmacht oder auch umgekehrt.

Letzten Endes aber lag im Hitlerstaat das Schwergewicht durchaus bei der Parteibürokratie. Sie war die herrschende Schicht, die sich aus den Junkern der Ordens-

burgen ergänzen sollte. Sie hatte den Staat erobert, in dem sie aber noch immer wie ein Fremdkörper stand. Sie wollte sich Raum schaffen, die alten Autoritäten herunterdrücken, Behörden und Gerichte, Kirche und Schule, Meister und Betriebsleiter und sogar die Autorität des Elternhauses. Die geschichtlich gewordene Gesellschaft sollte nivelliert werden, damit dann über der gestaltlosen Masse die Parteibürokratie absolut herrsche. Darum wandte man sich auch gegen jede lebendige Überlieferung. Man wollte auch in der Vergangenheit keine Größe anerkennen, die noch nachwirken konnte. In meiner Heimatstadt Friedeberg stand auf dem Markt eine Germania-Denkmal zur Erinnerung an die Gefallenen der deutschen Einheitskriege. Man hat es in der Hitlerzeit entfernt, genau so wie der Kreisleiter Kobert in Pritzwalk gern das kleine Kriegerdenkmal an der Nikolai-kirche versetzt haben wollte. In Pritzwalk hatten die Kriegervereine der Ostprignitz einst einen Bismarckturm errichtet. Herkömmlich wurde dort am Vorabend des Geburtstages des Altreichskanzlers ein Feuer abgebrannt, während der Stadtkriegerverband unter größter Beteiligung der Bevölkerung zu einer Gedenkfeier hinaufzog. Bei dieser Feier des Jahres 1933 habe ich die letzte Bismarckrede in Pritzwalk gehalten. Im nächsten Jahre schon durften die Kriegervereine nicht mehr ausmarschieren. Es wurde noch ein oder zwei Jahre still ein Feuer abgebrannt. Dann unterblieb auch das. Man wollte von großer Vergangenheit nichts wissen; man wollte nur die eigene Gegenwart. Ich hatte zuweilen das Gefühl, als träten wir nun in eine Zeitepoche ohne Geschichte ein. Es sollte nichts mehr wachsen unbewußt nach seinen eigenen Gesetzen; es sollte nirgends mehr Entwicklung geben aus eigener Kraft. Das geschichtliche Werden, das dem Menschen freilich immer geheimnisvoll und rätselhaft bleiben wird, sollte abgelöst werden durch klare, logische und gerechte Organisation, die alles regelte, dessen der Mensch nur bedarf auf dieser Erde. Das konnte dann aber nur Willkür werden der jeweils Herrschenden, heute so und morgen so und darum ohne tieferen Sinn. Eine solche Zeit würde kein Studium ihrer Geschichte mehr lohnen.

Wer damals dem Nationalsozialismus widerstrebte, der mußte dem Herrschaftsanspruch der Parteibürokratie widerstehen an der Stelle, an der er gerade stand. Der mußte versuchen, das Leben ringsumher in seiner bunten Mannigfaltigkeit zu erhalten, wie es immer wieder aus sich selbst herauswuchs, sich ständig ändernd und neue Formen entwickelnd. Der mußte ohne alles Aufsehen die Menschen abwehren, die alles regieren und beherrschen wollten. Denn noch war so vieles in Fluß, noch war nicht entschieden, ob es der Parteibürokratie wirklich gelänge, die absolute Herrschaft zu gewinnen. Noch stand nicht fest, wie weit innerhalb des großen Apparates der Partei auch andere Strömungen zu Einfluß kämen. Es war wohl

1936, als ein kluger Mann zu mir sagte, wenn wir auch nur noch eine Partei hätten, so wäre damit der Gegensatz zwischen den Kräften organischer Entwicklung und denen theoretischer Konstruktion des Staates nicht verschwunden. Dieser Gegensatz bestände nun innerhalb der Partei fort. Er wollte damit sagen, der Widerstrebende dürfe sich nicht beiseite drängen lassen oder gar freiwillig sich ausschalten, sondern müsse versuchen, sich Stellung und Einfluß auch unter den veränderten Verhältnissen zu bewahren. In diesem stillen Ringen standen damals der Richter oder Verwaltungsbeamte, der sich bei seinen Entscheidungen Sachlichkeit und Unabhängigkeit von Parteieinflüssen zu wahren wußte, so gut wie der Geistliche, der, mochte er der Bekenntniskirche noch so fern stehen, um Erhaltung christlichen Geistes in seiner Gemeinde rang, ja, jeder schlichte Hausvater, der im engen Kreis der Seinen seine Stellung und Würde, alte Zucht und Sitte zu wahren wußte gegenüber dem zersetzenden Spott über das verkalkte Alter und die rückständigen Eltern.

Von irgendeiner und sei es nur der losesten Organisation zur Änderung der pöchtlichen Verhältnisse ist in der Prignitz nie etwas zu spüren gewesen. Ein solcher Versuch war auch damals von vornherein aussichtslos. Das Volk stand in seiner überwiegenden Mehrheit durchaus hinter Hitler. Mit dem Schlagwort von der Reaktion hätte die Partei die Massen auch leicht gegen einen Umsturzversuch von militärischer Seite in Bewegung gesetzt. Er wäre nicht anders verlaufen als das Unternehmen des Generals von Lüttwitz im März 1920. Das Offizierkorps war zwar für Hitler immer die größte Gefahr. In ihm war noch der alte Tradition lebendig, galten noch Anschauungen, die mit denen der Partei in nur zu vielen Punkten unvereinbar waren. Das weiß jeder, der in jenen Jahren auch nur lose Berührung mit Offizieren gehabt hat. Ich erhielt einmal vom Bezirkskommando in aller Form eine Aufforderung für ein Abendessen im Pritzwalker Hof gelegentlich einer Geländebesprechung mit den Reserveoffizieren. Bei Tisch sagte mir der Kommandeur, er bäte die Einladung als ganz inoffiziell zu betrachten; es wären nur einige Herren gebeten, die ihnen näher ständen; sonst hätte auch der Kreisleiter eingeladen werden müssen, und das käme natürlich nicht in Frage. Aber mit dem Neuaufbau der Wehrmacht und ihrer unendlichen Vergrößerung verlor das Offizierkorps in immer stärkerem Maße seine alte Geschlossenheit. Es kamen neue Kräfte hinein, die für den Nationalsozialismus aufgeschlossener waren.

Wenn in einem Staat die politischen Parteien zur Herrschaft gekommen sind, dann treten nicht nur die ehrlichen Anhänger einer politischen Richtung der entsprechenden Partei bei, sondern es kommen leicht auch andere, die durch ihr Parteibuch zu Einfluß oder zu einer Versorgung zu kommen hoffen, an die Futterkrippe, wie das Volk sagt. In Deutschland war das schon in der

Weimarer Republik so. Da gab es schon "die, die sich zu jedem Staat bekennen. Das sind die Praktiker der Welt. Man könnte sie auch Lumpe nennen." (B.v.Selchow) Und es sind dann noch andere, die fühlen sich zu einem Parteieintritt gezwungen aus Sorge um ihre Stellung, um ihren Betrieb, um das Dasein von Frau und Kind. Denn die echten Parteipolitiker sind Fanatiker und kennen keine Toleranz gegen Andersdenkende. Nachdem 1937 die Mitgliedersperre der NSDAP gelockert war, meinte ein Witz, es gäbe nun drei Arten von Pgs, einmal die wirklichen Parteigenossen, die überzeugten, treuen Gefolgsmänner ihres Führers, sodann die Parteigenießer, die von ihrem Parteieintritt für sich Vorteile erhofften und endlich - Parteigegner. Ich weiß, daß weder die Kreisleitung noch die Staatspolizei die Mitgliedschaft in der Partei als Nachweis der politischen Zuverlässigkeit werteten.

Im Jahre 1937 war die Partei im vollen Besitz der Macht. Zur Stärkung ihrer Stellung bedurfte sie keiner weiteren Mitglieder. Aber Hitler hatte in der theoretischen Konstruktion seines Staates vorgesehen, daß ein gewisser Hundertsatz der Bevölkerung der Partei angehören sollte. Und dieser Satz war noch nicht erreicht. So nahm man wieder Mitglieder auf, aber nicht wahllos. Es gab keine freie Meldung zum Parteieintritt. Sondern die Partei forderte unter Aushändigung von Formularen zur Meldung auf, zunächst nach bis ins einzelne gehenden Bestimmungen gewisse Gruppen wie ehemalige Stahlhelmer, Angehörige der SA und anderer Gliederungen und angeschlossener Verbände der Partei, dann auch angesehene und geachtete Einzelpersönlichkeiten. Die Partei hätte sich nicht etwa durch die Aufnahme eines in der Bevölkerung als unsozial angesehenen Unternehmers belastet oder sonstiger Personen, die keinen einwandfreien Ruf hatten. Wem die Partei aber die Möglichkeit zum Eintritt anbot, der konnte schlecht ablehnen, ein kleiner Handwerksmeister oder Geschäftsmann, ein praktischer Arzt oder ein Rechtsanwalt noch am ehesten, ein größerer Unternehmer oder gar ein Beamter kaum. Die Parteimitgliedschaft erschöpfte sich damals aber beinahe in der Verpflichtung, das Parteiabzeichen zu tragen und Beiträge zu zahlen. Die Parteiversammlungen waren - wenigstens in Prätzwalk - öffentlich und sollten und sind auch von Nichtparteimitgliedern besucht worden. Von einem Orden, von einer verschworenen Gemeinschaft, von der in den Zeitungen zu lesen war, habe ich nichts bemerkt.

In den Kreis derer, die Mitglieder der Partei sein sollten, gehörten auch die leitenden Beamten. Ich erhielt eine gedruckte Mitteilung des Gauschatzmeisters der NSDAP, der Gauleiter sei auf Vorschlag des Regierungspräsidenten bereit, für meinen Parteieintritt die Bürgschaft zu übernehmen; er bäte, das Beitritts-gesuch auszufüllen. Übrigens bot mir auch die Ortsgruppe den Eintritt an. Ich war noch nicht amtsmüde; so trat ich der NSDAP bei wie auch der Landrat Frange. Wie bedeutungslos das im Grunde war,

ergibt sich daraus, daß ich unmittelbar danach meine schärfste Auseinandersetzung mit der NSDAP hatte. Das erste Parteiabzeichen, das ich getragen habe, hat mir vor einer Besprechung in diesem Streit der Sparkassenleiter geholt. Er hatte gehört, daß nun auch Partei-anwärter, wie ich einer geworden war, das Parteiabzeichen tragen dürften und müßten. Und wir glaubten beide, daß es für unsere Sache günstiger wäre, wenn ich so äußerlich dokumentierte, daß ich ein loyaler Bürger des Hitlerstaates wäre.

VII

Im Spätsommer 1937 war der ehemalige Schneidergeselle Kobert als Kreisleiter nach Pritzwalk gekommen. Ich sprach schon davon, daß um diese Zeit die Stellung der Partei in der Stadt nicht sonderlich stark war. Mochten auch die Beigeordneten und Ratsherren in der großen Mehrzahl Nationalsozialisten sein oder sich dafür halten, so fühlten sie sich doch überwiegend zugleich als Bürger, nicht anders als die, die fünfzig oder hundert Jahre vorher an derselben Stelle das Wohl der Stadt beraten hatten. Der Überschwang von 1933 war schon stark verflogen. Das Leben scheidet eben nicht so schön die Böcke von den Schafen, wie in den Karteien der Parteien, die braunen, roten, schwarzen und sonstigen Couleuren gegeneinander aufmarschiert sind.

Ich merkte bald nach Koberts Ankunft, daß ich vor scharfen Auseinandersetzungen stand, daß die Partei versuchen würde, nun auch in Pritzwalk den Satz, "die Partei befiehlt dem Staat" durchzusetzen. Der Stoß traf zunächst den Ersten Beigeordneten, der mir eine wesentliche Stütze der Partei gegenüber geworden war. Einige kritische Äußerungen über die landwirtschaftliche Umschuldung und Ähnliches genügten, ihn in ein Parteigerichtsverfahren zu verwickeln und zu erreichen, daß er sein Amt als Beigeordneter niederlegte. In die freigewordene Stelle berief der Kreisleiter nach einiger Zeit seinen Kreisgeschäftsführer, wie überhaupt freie Stellen von Beigeordneten und Ratsherren in Pritzwalk nun mit Vorliebe mit Angehörigen der Parteibürokratie besetzt wurden. Zur richtigen Auswirkung ist diese Taktik infolge des Krieges und der Einberufungen zur Wehrmacht nicht gekommen.

Zugleich aber versuchte der Kreisleiter in diese oder jene Sache der laufenden Verwaltung einzugreifen. Zur Machtprobe kam es um den Bau eines Sparkassengebäudes. Ich erwähnte, wie wichtig mir die Stadtparkasse für die Förderung der Bautätigkeit war. Von Anfang an hatte ich mich um die Entwicklung der Kasse besonders bemüht. Sie hatte einen neuen tüchtigen Leiter erhalten; ein eigenes Geschäftsgebäude sollte folgen.

Wir hatten in sehr günstiger Lage in unmittelbarer Nähe des Rathauses ein abbruchreifes Gebäude erwerben können. Aber die allgemeine Einschränkung der Bautätigkeit kam dazwischen. Ein Gesuch um Ausnahmegewilligung vom Bauverbot wurde abgelehnt. In mühevoller Arbeit gestaltete der Stadtbaumeister den Entwurf so um, daß nicht mehr als 20 to. Eisen benötigt wurden. Anstelle von Zentralheizung wurde Gasheizung vorgesehen, anstelle von Betondecken Gewölbe im Keller und Balkenlagen in den oberen Stockwerken. Das hatte seine Bedenken. Aber nun dürfte ohne Ausnahmegewilligung gebaut werden. Darauf kam es mir an; ich hatte immer das Gefühl, es müsse jeder Augenblick genutzt werden, etwas zu schaffen. Im Frühjahr 1936 wurde das alte Haus abgebrochen. Es ergab sich nun vom Markt ein erweiterter Durchblick auf die schöne alte Nikolaikirche. Da meinten manche, das müsse so bleiben; es dürfe dort kein Haus wieder errichtet werden. Aber auch der Blick über den Giebel des abgebrochenen Hauses mit seinem Krüppelwalm auf den Kirchturm war recht reizvoll gewesen. Und gerade dieses Motiv hatte unser Entwurf, den Professor Rüster von der Technischen Hochschule Charlottenburg überarbeitet hatte, beibehalten.

Kreisleiter Kobert saß an größerer Runde im Parteilokal; in vorgerückter Stunde erklärte er, der Sparkassenbau würde nicht durchgeführt; dafür werde er sorgen. Ich hörte davon schon am nächsten Morgen streng vertraulich durch einen Ratsherrn. Wirklich stellte Kobert an mich das Ansinnen, auf den Bau an der vorgesehenen Stelle zu verzichten, einmal wegen des Blicks auf die Kirche, sodann auch, weil bei dem wachsenden Kraftwagenverkehr ein Parkplatz in der Stadtmitte dringend erforderlich und der Kirchplatz unter Hinzunahme des für die Sparkasse gekauften Grundstücks für diesen Zweck sehr geeignet wäre. Ich versuchte zunächst, einen offenen Konflikt zu vermeiden, ließ den Neubau noch nicht beginnen und verhandelte wegen des Ankaufs eines weiteren angrenzenden Grundstücks, um das Sparkassengebäude etwas zurückzurücken. Dann wäre der erweiterte Blick auf die Kirche frei geblieben. Andererseits hätte der Bau nach dem Entwurf durchgeführt werden können. Aber die Eigentümer forderten einen Preis, den ich unmöglich bewilligen konnte. Ich überprüfte den eigenen Standpunkt, besprach die Sache noch einmal mit Professor Rüster; wir kamen zu dem Ergebnis, daß unser Plan einwandfrei und richtig war. Nun konnte es ein Zurückweichen nicht mehr geben. Das Ganze entwickelte sich immer mehr einfach zu einem Zweikampf zwischen Kobert und mir. Wer sollte künftig in der Verwaltung die maßgebenden Entscheidungen treffen, der Kreisleiter oder der Bürgermeister? Kobert ließ den Provinzialkonservator Professor Blunck nach Pritzwalk kommen. Der stand damals schon in vorgerückten Jahren und mußte bald in den Ruhestand treten. Unsere Pläne waren von ihm geprüft und gebilligt worden; eigentlich konnte er gar nicht

anders, er mußte zu dem von ihm bisher eingenommenen Standpunkt stehen. Aber der Mann fand nicht den Mut zu einer klaren Entscheidung. Mit der salomonischen Feststellung, es wären beide Ansichten vertretbar, verschwand er wieder. Danach holte der Kreisleiter den Gauamtsleiter für Technik, einen Ministerialrat, nach Pritzwalk. Dieser frühere Hochbaubeamte konnte sich wohl der Richtigkeit meines Standpunktes nicht verschließen, wollte aber auch der Partei nicht schaden. So sagte er eigentlich nichts. Ich beharrte auf dem Bauvorhaben. Der Unternehmer kam aber nicht zum Anfang; die Arbeitskräfte waren knapp. Es waren Tage voller Spannung. Die Beigeordneten und Ratsherrn, die Bürgerschaft sahen schweigend zu, wie dieses Ringen zwischen Bürgermeister und Kreisleiter wohl ausgehen würde. Kaum, daß jemand mir einmal unter vier Augen zustimmte; nur der Stadtbaumeister und der Sparkassenleiter standen zu mir und meine Frau, die sang:

"Komm her, du Schneidergesell',
Fahr mit mir in die Höll'."

Nun versuchte es der Kreisleiter mit politischen Mitteln. Er griff mich in öffentlicher Parteiversammlung an, wenn er auch meinen Namen nicht nannte.

Es mußte Entscheidendes geschehen. Ich erwog einen Bericht an den Minister. In jenen Tagen war eine Aufsichtsratssitzung der Prignitzbahn. Bei der Gelegenheit sprach ich mit Landrat Prange. Der riet mir ab, sofort an den Minister heranzutreten; ich solle mich zunächst an den Regierungspräsidenten wenden; er wolle meinen Bericht dem Vizepräsidenten, mit dem er sehr gut stand, persönlich übergeben. So geschah es dann. Ich legte dar, daß nach der Gemeindeordnung der Bürgermeister die Verwaltung unter seiner ausschließlichen Verantwortung ohne Mitwirkung der Partei zu führen habe, schilderte dann die Eingriffsversuche des Kreisleiters bis zu seinen Angriffen in der Parteiversammlung und schloß mit der Feststellung, daß es mir bei Fortdauer dieser Verhältnisse unmöglich wäre, die Verwaltung ordnungsgemäß und in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen zu führen. Ich gab meine Anschrift in Bad Flinsberg an, wohin ich gerade in Urlaub gehen wollte. Als mich dort meine Frau, die vorausgefahren war, auf dem Bahnhof erwartete, sagte ich ihr, ich rechnete kaum damit, ins Amt nach Pritzwalk zurückzukehren. Dennoch verlebten wir einige schöne Wochen in Flinsberg; nichts störte uns. Als wir nach Pritzwalk zurückkamen, war die Lage völlig unverändert, der Bau trotz des Auftrages, den der Unternehmer hatte, nicht begonnen. Da wurde ich fernmündlich zum Regierungspräsidenten Graf Bismarck, einem Enkel des Reichskanzlers, bestellt. Er sprach mit mir die Dinge durch, ohne seine eigene Stellung deutlich erkennen zu lassen; dennoch hatte ich den Eindruck, daß er meine Haltung billigte. Ohne eigentlichen Bescheid wurde ich entlassen, erhielt einen solchen auch nicht nach Pritzwalk, sondern hörte überhaupt

nichts auf meinen Bericht. Endlich fand sich der Unternehmer bereit, die Arbeiten aufzunehmen. Am Vortage gab ich den beiden örtlichen Tageszeitungen einen Aufsatz, in dem ich der Bürgerschaft noch einmal die Gründe für den Sparkassenbau auseinandersetzte. Und er wurde abgedruckt. Der Schriftleiter des Kurier war vorher beim Kreisleiter gewesen, der einige kleine Streichungen gewünscht hatte, denen ich zustimmte. Dem Bau aber legte er nichts mehr in den Weg. Ich vermute, daß Graf Bismarck die Sache mündlich bei der Gauleitung vorgebracht hat, und daß dem Kreisleiter von dort größere Zurückhaltung angeraten worden ist. So etwas war aus seinem ganzen Verhalten zu spüren. Der Sparkassenbau wurde gerade in den ersten Kriegstagen bezugsfertig. Nun stand er am Markt, für mich als ein Zeichen, daß ich den Angriff der Partei auf die Freiheit der Stadt abgewehrt hatte. Merkwürdig war, daß auch jetzt aus der Bürgerschaft kein Echo kam. Es war mir damals, wie heute auch, als wüßten die meisten Menschen im lauten Lärm der Schlagworte gar nicht, wo in den Kämpfen unserer Zeit eigentlich die Fronten laufen, um was es sich wirklich handelt.

VIII

Als Hitler im Frühjahr 1939 unmittelbar nach Errichtung des Protektorats Böhmen-Mähren mit Polen die Korridorfrage anschnitt, bedeutete das unverkennbar höchste Kriegsgefahr; er hatte den Bogen überspannt. Der Sommer verging mit Bangen und Hoffen, ob doch noch der Frieden erhalten bliebe. Es war durchaus keine Kriegsstimmung in Pritzwalk. Ich hatte bei Rechtsanwalt Riep zu tun. "Alle Leute reden von Krieg," meinte der alte Offizier, "und ich bin gar nicht kriegslustig." Bleiern-schwer lagen die ersten Mobilmachungstage über der Stadt. Es war, als stünde hinter allem der Schatten des ersten Weltkrieges. In Pritzwalk hatten sich Reservisten zu sammeln. Der Kreisleiter ging in Uniform zum Bahnhof, sie zu verabschieden. Es soll nicht dazu gekommen sein. Aus dem Zuge rief ihm eine Stimme entgegen: "Snieder, komm mit, kannst uns die Hosen flicken." Man atmete auf, als der Feldzug in Polen so glatt verlief; aber die ganze Entwicklung brachte neue Sorgen. Mir war klar, daß die letzte eigentliche Ursache des Krieges der Nationalsozialismus als solcher war, den die angelsächsische Welt ablehnte, vor dem sie sich schützen wollte. Ich empfand, daß mir und auch anderen in Deutschland im Grunde viele englische Anschauungen näher waren als nationalsozialistische. Und dennoch waren wir durch die unbegreifliche Verkettung der Dinge gezwungen, in diesem Kriege an der Seite des nationalsozialistischen Volkes zu stehen. Denn sein Schicksal war das Schicksal Deutschlands, war auch unser und unserer Kinder Schicksal.

Mobilmachungsgeschäfte mußten erledigt werden; Einberufungen zur Wehrmacht machten manche Umstellung in

in der Behörde notwendig. Die Kriegswirtschaft begann; noch war ihr ganzer großer Apparat nicht da; die örtlichen Behörden mußten viel aus sich selbst handeln; über den Rundfunk kam manches schneller als auf dem Dienstwege. Die ersten Feindflieger wurden gemeldet und brachten den zivilen Luftschutz in Bewegung. Es waren Tage und Wochen, in denen man kaum zur Besinnung kam.

Dann wurde es allmählich ruhiger. Die Verwaltung war auf den Krieg umgestellt; die Bürokratie arbeitete auf vollen Touren, regelte von oben herab alles und jedes. Den Städten waren mit der Ausgabe der Lebensmittelkarten und der Bezugscheine umfangreiche und oft unerfreuliche Aufgaben zugefallen. Aber es war doch das alles nur Apparat, keine Möglichkeit mehr, zu schöpferischer Gestaltung. Die Maschine meiner Verwaltung lief wieder glatt. Ich kam mir zuweilen recht überflüssig vor. Zunächst wurde noch an Plänen und Entwürfen für die Zeit nach dem Kriege gearbeitet; dann gab man das als zwecklos auf. Das Gaswerk begann wohl 1943 den Bau eines neuen Vertikal-Kammerofens; er kam über die Anfänge nicht viel hinaus. Das Stadtgut Kammermark aber stellte mir noch einmal eine Aufgabe.

Die Kammermark war uralter Besitz der Stadt, den sie wenige Jahre nach Verleihung der Stadtrechte vom Markgrafen erworben hatte. Sie hatte der Bürgerschaft zur gemeinsamen Weide und Holznutzung gedient. Bei der Separation wäre sie beinahe unter den Berechtigten aufgeteilt worden. Aber der Magistrat hatte sich widersetzt und in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen erreicht, daß der Besitz der Stadt verblieb. Die Berechtigten mußten aber abgefunden werden. Um die Mittel dafür zu bekommen, schlug man die vorhandenen Holzbestände; die ganzen 1200 Morgen sollten landwirtschaftlich genutzt werden. Es war in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Der meist schwere Boden war ertragreich, aber für die frühere Ackertechnik wohl zu schwierig gewesen. Nun begann die Stadt in der Kammermark einen Gutshof aufzubauen. Ehe aber die Arbeiten noch recht in Gang gekommen waren, fand sich schon ein Pächter, der einen sehr langfristigen Pachtvertrag schloß und auch die Errichtung der Gebäude übernahm. Der Pächter und sein Sohn haben bis in die Zeit der Agrarkrise der neunziger Jahre gewirtschaftet. Als damals eine Verlängerung des Pachtverhältnisses notwendig wurde, kam es mit den Stadtverordneten zum Bruch; die Pacht, die noch geboten wurde, war diesen zu niedrig. Ein neuer Pächter mußte aber das Gut bald wieder abgeben. Da übernahm die Stadt unter Bürgermeister Doerfel selbst die Bewirtschaftung. Sie hat sie gut zwanzig Jahre geführt, und es sind nach Ablauf der ersten Jahre ganz schöne Überschüsse erzielt worden. Mit Ende des ersten Weltkrieges gab es aber manche Schwierigkeiten; die Stadt entschloß sich wieder zur Verpachtung.

Der neue Pachtvertrag wurde auf achtzehn Jahre von 1920 bis 1938 geschlossen. Die Pachtsumme war also in Inflationsmark vereinbart. Das mußte bald zu Auseinandersetzungen über die Höhe der Pacht führen, die schließlich vor dem Pachteinigungsamt ausgetragen wurden. W.H.Riehl hat einmal gesagt, man könne den Bauern das Klagen so wenig abgewöhnen, wie den Wölfen das Heulen. In dieser Hinsicht war der Pächter ein richtiger Bauer. Fragte ihn jemand nach seinem Ergehen, so antwortete er: "Kümmerlich, kümmerlich." Unter den Landwirten der ganzen Gegend hieß er daher: "Kümmerlich auf Jammermark." Aber er erreichte, daß das Pachteinigungsamt die Pacht sehr niedrig festsetzte; von dem ganzen Gut blieb der Stadt nach Abzug der Steuern ein jährlicher Ertrag von 5 600.-RM. Als ich 1933 nach Pritzwalk kam, war der Pächter in der Umschuldung. Damit die durchgeführt werden konnte, verlängerten wir die Pachtung um drei Jahre bis 1941. In der Unruhe der Zeit habe ich damals die Sache nicht weiter nachprüfen können. Aber der Pächter erholte sich sehr schnell und hatte bald ein recht hohes Einkommen. Dabei überließ der etwas kränkliche Mann, der die Sechzig überschritten hatte, die Bewirtschaftung des Gutes fast ganz dem Inspektor. Die 5600.-RM aber, die der Stadt als Pacht verblieben, waren nicht viel mehr als ein Ausgleich für die Abnutzung der Gebäude. Ihre laufende Unterhaltung hatte der Pächter nach dem Muster des preußischen Domänenvertrages zu bewirken; aber er ließ immer nur das Notwendigste unter dem Druck des Stadtbauamtes und oft auch noch unzureichend ausführen. So wurden die Baulichkeiten immer schlechter; ein neues Gebäude war seit Jahren nicht errichtet. Bei Fortdauer dieses Zustandes mußte das schöne Gut an Wert verlieren. Der Pächter hatte mehrfach geäußert, daß er nach Ablauf seines Vertrages 1941 abziehen und sich zur Ruhe setzen würde. Für diesen Zeitpunkt mußte ich eine bessere Lösung finden als eine neue Verpachtung, die doch nur zu dem alten Pachtpreis erfolgen durfte.

Die Märkische Landschaft besaß in ihrer Wirtschaftsberatung unter Direktor Thiele eine sehr erfolgreiche Organisation für die Bewirtschaftung von Gütern. Es waren ausgesucht tüchtige Landwirte, die als Beamte im Dienst der Landschaft standen und unter Oberleitung der Wirtschaftsberatung eine ganze Anzahl von Gütern in der Provinz bewirtschafteten. Die Güter, die die Wirtschaftsberatung längere Zeit in der Hand hatte, waren fast durchweg Mustergüter. Dabei war die Entschädigung, die sie beanspruchte, sehr gering. Eine Einflußnahme des Eigentümers auf die Bewirtschaftung wurde allerdings vertraglich ausgeschlossen. Das konnte mir aber nur erwünscht sein, um unsachlichen Einwirkungen etwa unter dem Druck der Partei vorzubeugen. Direktor Thiele fand sich zur Bewirtschaftung des

Stadtgutes bereit, obwohl er sonst nur Güter übernahm, die von der Landschaft beliehen waren. Der Regierungspräsident stimmte zu. Am 1. Juli 1941 sollte die Wirtschaftsberatung das Gut übernehmen, um es für Rechnung der Stadt zu bewirtschaften.

Da beantragte der Pächter ein Vierteljahr vor Ablauf der Pachtzeit beim Pachtamt die Verlängerung seines Vertrages. Nicht sehr lange vorher war der Pachtschutz, den bis dahin kleine Pächter genossen hatten, auch auf große Güter ausgedehnt worden. Ein führender Mann des Reichsnährstandes soll persönliches Interesse daran gehabt haben. Das Verfahren vor dem Pachtamt war damals nur der Form nach und zum Schein ein Gerichtsverfahren. In Wirklichkeit entschied der Kreisbauernführer, der an dem Verfahren beteiligt war und auch die Beisitzer zu benennen hatte. Es war so gut wie unmöglich, daß der Richter, der den Vorsitz im Pachtamt führte, eine etwa abweichende Ansicht dem Kreisbauernführer gegenüber hätte durchsetzen können. Der Kreisbauernführer Kackstein stellte sich aber un-zweideutig auf die Seite des Pächters. Eine Bewirtschaftung des Gutes für Rechnung der Stadt würde gegen den Grundsatz von Blut und Boden verstoßen. Die Partei mischte sich diesmal nicht ein; Kreisleiter Kobert war bei der Wehrmacht. So aussichtslos die Sache für die Stadt schien, ich war entschlossen, nicht nachzugeben und sie bis zum Ende durchzufechten. Ich empfand es einfach als Skandal, daß die Kreisbauernschaft zum Schaden der Stadt einem wohlhabenden Mann mit Hilfe des Pachtschutzverfahrens ein arbeitsloses Einkommen in ansehnlicher Höhe zu erhalten suchte. Ich wollte deutlich werden lassen, wie wenig eine Stadt gegen die einseitige Interessenpolitik geschützt war, die der Reichsnährstand zu Gunsten seiner Berufszugehörigen entgegen aller Theorie des Nationalsozialismus trieb. Es kam schon in die Schriftsätze, die gewechselt wurden, manche Schärfe. Die Ablehnung der Verlängerung des Pachtvertrages hätte ich damit begründen, daß der Pächter zur Bewirtschaftung des Gutes nicht mehr geeignet war und auch tatsächlich nicht selbst wirtschaftete. Im Mittelpunkt auch der mündlichen Verhandlung vor dem Pachtamt würde notwendig die Persönlichkeit des Pächters gestanden haben. Dem fühlte er sich wohl nicht gewachsen. Kurz vor dem Termin ließ er mir Verhandlungen vorschlagen und am Vorabend verglichen wir uns dahin, daß der Pächter das Gut ein Jahr später zum 1. Juli 1942 abgeben sollte. Ich wählte mit Vorbedacht die Form eines Prozeßvergleichs; sie schloß aus, daß im nächsten Jahr das Pachtamt erneut angerufen würde. Den Vergleich schickte ich am nächsten Morgen zum Gericht; ein der Stadt besonders freundlich gesinnter Beisitzer, der schon zur Verhandlung erschienen war, soll sich in einem lauten Wutausbruch ergangen haben.

Am 1. Juli 1942 übernahm die Stadt das Gut. Das

lebende und tote Inventar, Saaten und Furchen wurden dem Pächter mit rund 150 000.-RM vergütet. Die Wirtschaftsberatung arbeitete mit gutem Erfolg. Obwohl, um das Gut zu heben, so viel investiert wurde, wie unter den damaligen Verhältnissen nur möglich war, ergaben sich Überschüsse, die weit über der früheren Pacht lagen. Im Wirtschaftsjahr 1943/44 waren es 40 000.-RM. Mit noch günstigeren Ergebnissen wäre für die Zukunft zu rechnen gewesen.

Die Mittel für die Übernahme des Gutes entnahm ich der Abfindung, die die Stadt kurz vorher vom Reich für ihre Prignitzbahn-Aktien erhalten hatte. Diese Bahn war in den achtziger Jahren des vorzigen Jahrhunderts von den Kreisen und Städten der Prignitz erbaut worden, aber längst über nur örtliche Bedeutung hinausgewachsen. Ich habe es nur als notwendig und vernünftig empfunden, daß sie nun der Reichsbahn eingegliedert wurde. Ihre Strecke sollte Teil einer durchgehenden West-Ost-Verbindung Magdeburg-Stendal-Wittenberge-Pasewalk-Stettin werden. Noch während des Krieges wurden auf dem Bahnhof Fritzwalk die Gleisanlagen wesentlich erweitert und ein großer Wasserturm errichtet, der die Schnellzuglokomotiven versorgen sollte.

Ich war gern zu den Sitzungen des Aufsichtsrats der Prignitzbahn gefahren, an die sich nach altem Brauch ein gemeinsames Mittagessen anschloß. An ihnen nahm regelmäßig der frühere Landrat von Winterfeld-Neuendorf teil, der letzte Führer der Deutschnationalen im einstigen Preußischen Landtag. Ich hatte noch eine gute Vorstellung von dem alten Friedeberger Landrat, der 1919 aus dem Amt gegangen war; und in Potsdam hatte ich öfter mit einem Oberregierungsrat zu tun, der noch Königlicher Landrat in Schlesien gewesen war. Ich konnte es nicht lassen, Vergleiche zu ziehen. Und mir will scheinen, daß die Landräte der alten Zeit als Menschen wie als Verwaltungsbeamte in der Weimarer Republik und im Hitlerstaat nur von wenigen ihrer Nachfolger erreicht sind.

IX

Während des Krieges wurde mir immer klarer, was ich schon länger gefühlt hatte, daß ich einer der letzten Bürgermeister alten Schlages war, wie sie die Stein'sche Selbstverwaltung hervorgebracht hatte. Für das 19. Jahrhundert war in Deutschland politische Freiheit ohne städtische Selbstverwaltung nicht denkbar gewesen. Dabei waren die Städte damals mit wenigen Ausnahmen nach unseren heutigen Begriffen nur Klein- und Mittelstädte. Wie viele von ihnen hatten denn 1870 über 100 000 oder 50 000, ja auch nur über 10 000 Einwohner? Freiheit vom Staat war noch für Treitschke das deutsche Ideal der Freiheit. Wurde in der Weimarer Republik noch groß von solcher

Freiheit gesprochen? Wer legte denn noch wirklich Wert auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit, wenn er anders etwas leichter durchs Leben kam? Jeder Berufsstand, jeder einzelne war immer bereit, nach Staatshilfe zu rufen. Alles klug und weise von oben her zu lenken, schien nun höchste Aufgabe und Kunst des Staatsmannes. Als notwendig wurde eine übersichtliche, einfache Organisation der Verwaltung empfunden, die leicht aus den Ministerien zu leiten war. Dabei war hinderlich, daß zahlreiche, auch kleine Städte eine weitgehende Selbstverwaltung hatten. Das störte den gewünschten übersichtlichen Behördenaufbau und stand überhaupt einer Lenkung der Dinge von oben her entgegen; denn Selbstverwaltung im Stein'schen Sinne war ja gerade das Recht auf selbständige schöpferische Verwaltungstätigkeit und schloß Weisungen übergeordneter Stellen aus. So erklärt es sich, daß die Ministerialbürokratie in der Weimarer Republik wie im Hitlerstaat einen ständigen Kampf gegen die Selbstverwaltung der kleineren Städte geführt hat. Dabei wußte sie Notzeiten, wie die Krisenjahre um 1930, später die Kriegsjahre gut für sich auszunutzen.

Ich besaß aus dem Bücherbestand meines Vaters eine kleine Schrift: Schücking: Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens, Berlin 1908. Der Verfasser war freisinniger Abgeordneter und wohl selbst einmal Bürgermeister. Was er damals als Reaktion bezeichnete, war im wesentlichen nichts anderes als der erste Anfang der gegen die Selbstverwaltung der Städte gerichteten modernen Bewegung. Als eines der Mittel, deren man sich bei diesen Bestrebungen bediente, schilderte Schücking Versuche, die berufliche Stellung und das Ansehen des Bürgermeisters herabzudrücken. Diese Taktik ist auch später beibehalten worden. Ende 1932 wurde durch eine der Papenschen Notverordnungen in Preußen die Kommunalaufsicht über die kleineren Städte, die bis dahin die Regierungspräsidenten hatten, den Landräten übertragen. Zweifellos hatte sie bei den erfahrenen Kommunaldezernenten der Regierungen in weit besseren Händen gelegen. Das war aber nicht eigentlich das wesentliche für die Auswirkung dieser Maßnahme. Eine gute Selbstverwaltung bietet der Aufsichtsbehörde nur wenig Möglichkeit zur Einwirkung; außerdem behielt sich wenigstens in Potsdam der Regierungspräsident alle wichtigen Entscheidungen vor; der Landrat war mehr dem Namen nach als tatsächlich Aufsichtsbehörde. Aber es bedeutete eine außerordentliche Minderung des Ansehens der Städte und ihrer Bürgermeister, daß sie nun der Aufsicht des Landrates unterstanden, der selbst untere Verwaltungsbehörde und in der Beamtenhierarchie nur wenig über einen einfachen Regierungsrat hinausgehoben war. Einige Jahre später wurde durch die Deutsche Gemeindeordnung die Bezeichnung Bürgermeister auch den Gemeindevorstehern oder Schulzen, wie sie zuweilen hießen, in den kleineren Dörfern beigelegt, von denen viele auf einer recht niedrigen Bildungs-

stufe standen. Für die östlichen Provinzen Preußens war das etwas ganz Neues. Dadurch erfuhr die Stellung der hauptberuflichen städtischen Bürgermeister eine weitere empfindliche Einbuße. Der Bürgermeister wurde nun fast so etwas wie eine Witzblattfigur. Mir haben damals einfache Leute aus Stadt und Land ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß nun jeder Gemeindevorsteher Bürgermeister sein sollte. Man konnte das nicht verstehen. Aber die Ministerialbürokratie wußte, was sie tat. Sie wollte gar keine hauptberuflichen, fachlich vorgebildeten Bürgermeister mehr in den kleineren Städten. Die Gemeindeordnung sah grundsätzlich die ehrenamtliche Verwaltung aller Städte bis zu 10 000 Einwohnern vor. Daß das erst möglich sein würde, wenn die alte Selbstverwaltung dieser Städte so gut wie ganz beseitigt sein würde, darüber konnte man auch im Ministerium kaum im Zweifel sein. Darum war auch diese Bestimmung der Gemeindeordnung zunächst nur so etwas wie eine programmatische Festlegung. Die meisten dieser Städte behielten - was möglich war - durch Ortssatzung die hauptberuflichen Bürgermeister bei. Aus kleinen Orten, die damals zur ehrenamtlichen Verwaltung übergegangen waren, hörte ich manche Klage über diesen Wechsel. War aber einst selbstverständlich gewesen, daß nur Männer Bürgermeister wurden, die nach ihrer Allgemeinbildung wie nach ihrer Kenntnis der Verwaltung geeignet waren, ein solches Amt auszufüllen, so wurde das nun langsam anders. Die Berufung des Bürgermeisters - früher das Recht der Stadtverordnetenversammlung - war dem Kreisleiter, also der Partei übertragen. Das bedeutete das Ende des alten Bürgermeisterstandes, das Verschwinden des leitenden Kommunalfachmannes. Denn die Partei war auf nichts anderes bedacht, als auf die Versorgung verdienter Parteifunktionäre. Wir wenigen alten Bürgermeister, die wir uns noch gehalten hatten, fühlten uns immer fremder unter unseren Kollegen. Der ganze Berufsstand sank schnell ab. Der Ministerialbürokratie ist das wohl nicht unerwünscht gewesen. Sie konnte sich nun - anders als früher - bei ihren weiteren Maßnahmen gegen die Städte mit wachsendem Recht darauf berufen, daß deren Verwaltung nicht leistungsfähig wäre. Denn Ansehen und Leistung jeder Behörde steht und fällt mit dem Mann, der sie leitet.

Der ganze Umgangston der übrigen Behörden mit den Stadtverwaltungen änderte sich langsam; man sah sie nun nicht anders an als die kleinen Landgemeinden auch. Am schärfsten mußte das im Verhältnis zum Landrat und seinen Beamten zum Ausdruck kommen. Wie viel näher hatten einst vor dem ersten Weltkrieg in Friedeberg der Landrat und mein Vater zu einander gestanden, obwohl sie verschiedenen Gesellschaftskreisen angehörten. Der uradlige Landrat verkehrte bei seinen Standesgenossen auf den Gütern, mein Vater in der Stadt mit den Akademikern. Aber man traf sich doch am gemeinsamen Stammtisch. Und Regierungsassessoren und-Referendare, die dem Landrat über-

wiesen wurden, machten meinen Eltern im hohen Hut einen Hausbesuch. Man saß im Kreisausschuß zusammen, und mein Vater hat gern auch über bloße Teilnahme an den Sitzungen hinaus in der Kreisverwaltung mitgearbeitet. Denn noch lag deren Schwerpunkt durchwegs beim Landrat und im Kreisausschuß und nicht, wie später meist, in der Beamtschaft. Der Kreis war nicht nur dem Namen nach, sondern noch wirklich ein Gemeindeverband, der nur Aufgaben übernahm, die die Arbeit der einzelnen Städte und Gemeinden ergänzten, ohne sie einzuengen. Erst im Jahre 1902 erbaute der Kreis Friedeberg ein eigenes Dienstgebäude. Aber auch in diesem neuen Kreishaus nahm fast die Hälfte des Raumes die Wohnung des Landrats ein. Bis dahin hatten die Büros in dem Privathause des früheren Landrats Platz gefunden. So klein war damals noch der bürokratische Apparat einer Kreisverwaltung. Und dennoch wurde etwas geschaffen. In Friedeberg bauten in jenen Jahren Kreis und Provinz zusammen eine Kleinbahn. Neue Chausseen entstanden. Die innere Kolonisation wurde aufgenommen, die ersten Güter durch die vom Frankfurter Regierungspräsidenten von Schwerin gegründete Siedlungsgesellschaft "Eigene Scholle" aufgeteilt; an ihr waren Kreis und Stadt beteiligt. Übrigens erzählte mein Vater, er wäre bei der von Schwerin für die Vorbereitung der Gründung der "Eigene Scholle" einberufenen Versammlung als einer der ersten für diesen damals noch ziemlich neuen Gedanken eingetreten und darauf zum Regierungspräsidenten eingeladen worden. Eine Kreiswanderbücherei, eine Wanderhaushaltungsschule wurden im Sinne ländlicher Wohlfahrtspflege eingerichtet. Kurz vor dem Weltkrieg erhielt die Kreissparkasse ein eigenes Haus. Mit der Elektrifizierung des Kreises wurde begonnen, die Pläne für ein Kreiskrankenhaus aufgestellt, dessen Bau dann der Krieg vereitelt hat. Dabei dachte niemand daran, die Städte einzuschränken, ihnen etwas ihre Sparkassen fortzunehmen, oder der Stadt Friedeberg das Elektrizitätswerk, das mein Vater schon eine Reihe von Jahren vorher erbaut hatte. Auch die Städte durften wachsen, so weit ihre Kräfte reichten.

Nach dem Weltkrieg hörte der Kreis auf, wirklich ein Gemeindeverband zu sein. Der Kreistag ging nun aus allgemeinen Wahlen hervor, die mehr oder weniger unter den Einfluß der politischen Parteien kamen. Nun saßen Bürgermeister nur noch in Ausnahmefällen im Kreistag und Kreisausschuß. Die lebendige Verbindung zwischen Kreis und Städten, die sich früher aus der persönlichen Zusammenarbeit der leitenden Beamten ergeben hatte, hörte auf, zumal bei den Kreisen der bürokratische Apparat schnell anwuchs. Der Kreis wurde nun "übergeordneter Kommunalverband". Kreis und Städte standen sich fremd, oft gegnerisch gegenüber. Ich hatte manchmal den Eindruck, daß der Landrat es nicht gern sah, wenn

ich irgendwie näheren Einblick in die Kreiskommunalverwaltung bekam. Jedenfalls erhielten in der Ostprignitz die Städte, die hohe Beträge an Kreissteuern aufbringen mußten, nicht einmal die Haushaltspläne des Kreises.

Wichtiger noch war, daß die Ministerialbürokratie die Kreise zum tragenden Unterbau ihrer neuen Verwaltungsorganisation vorgesehen hatte. Das zeichnete sich im Laufe der Jahre immer deutlicher ab. Das alte Kernstück der preußischen Verwaltung, die Regierungen, verloren genau so wie die kreisangehörigen Städte ständig an Bedeutung. Sie wären bei einer nationalsozialistischen Verwaltungsreform ganz verschwunden. Dann würde sich ein übersichtlicher, aus der Zentrale leicht lenkbarer Verwaltungsapparat ergeben haben: Landräte, Oberpräsidenten, Minister. Von der Selbstverwaltung der Kreise wäre aber auch nicht viel übrig geblieben. Sie hätten ihre jeweiligen Aufgaben recht genau aus den Ministerien vorgeschrieben bekommen.

Es war, als reichte deren Blick gerade noch bis zu den Kreisen. Ihnen wurden unter fortschreitender Einengung der Städte besonders im Kriege alle Aufgaben übertragen; der Landrat wurde für alles zuständig. Um die schwierige Frage der Verwaltungsorganisation innerhalb der Landkreise kümmerte sich im Grunde kein Mensch. Das Ergebnis war eindeutig; überall ein ganz unverhältnismäßiges Anwachsen des Verwaltungsapparates der Kreise bei gleichzeitigem Absinken der Stadtverwaltungen zu bloßen Ausführungsorganen. Nur sehr wenige Landräte behielten - wenigstens in den östlichen Provinzen - ihre Verwaltungen noch wirklich in der Hand. Es bedurfte dazu einer ganz überdurchschnittlichen Arbeitskraft und einer ungewöhnlichen Kenntnis der Verwaltung. Fast überall wurden die Inspektoren und übrigen Sachbearbeiter der Kreise maßgebend; von ihnen wurde die Bevölkerung, im wachsenden Maße aber auch die Städte abhängig. Das habe ich nicht nur, das haben auch meine Beamten als unerträglich empfunden. Warum konnte bei einer Kreisverwaltung ein Inspektor Entscheidungen treffen, die einem höheren Beamten zugestanden hätten, bei einer Stadtverwaltung ein Inspektor auf nur zu vielen Gebieten aber nur noch Handlanger sein für diesen Inspektor der Kreisinstanz? Dabei standen die städtischen Beamten an Sachkenntnis und sonstiger Eignung den Kreisbeamten durchaus nicht nach. Es ergaben sich eigenartige Zustände. Ich durfte noch finanzielle Entscheidungen treffen von großer Tragweite; ich durfte noch Straßen bauen; wenn ich aber eine Straße sperren mußte, und sei es nur für einen halben Tag, war ich dazu zu dumm, dann mußte ich den Regierungsoberinspektor des Landrats darum bitten; denn die Verkehrspolizei war von der Ortspolizeibehörde restlos auf die Kreispolizeibehörde übertragen worden. Nach altem preußischen Kommunalrecht waren

Kreise und Städte grundsätzlich gleichberechtigt; sie konnten beide jede Aufgabe übernehmen, deren Lösung ihnen notwendig schien. So gab es Kreissparkassen und Stadtsparkassen, Kreiskrankenhäuser und Städtische Krankenhäuser, Kreisberufsschulen und Städtische Berufsschulen. Alles hatte sich aus den örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen heraus entwickeln können. Diese Einrichtungen waren jeder Gegend wie auf den Leib zugeschnitten. Für einen richtigen Ministerialbürokraten mußte eine solche bunte Mannigfaltigkeit ein wahrer Greuel sein. Die konnte er nicht von seinem Schreibtisch übersehen und durch ein Klingelzeichen lenken. Während des Krieges wurde unverkennbar, daß man auf eine klare Aufgabenteilung zwischen Kreisen und Gemeinden hinarbeitete, um dabei die Städte auf Dinge von geringer, untergeordneter Bedeutung zu beschränken. So ist wohl erwogen worden, die Sorge für den Wohnungsbau, um den ich mich so viel bemüht hatte, den Kreisen als Aufgabe zu übertragen, die Städte also auf diesem für sie so wichtigen Gebiet mehr oder weniger auszuschalten. Daß die Städte einmal ihre Berufsschulen an die Kreise abgeben müßten, konnte kaum noch zweifelhaft sein. Aus dem Gemeindefesttag hörte ich, daß auch die Oberschulen den Kreisen übertragen werden sollten. Eine Stadt würde also keine höhere Schule mehr errichten dürfen. Damit wären alle meine Pläne auf diesem Gebiet hinfällig geworden. Der plötzliche Geniegedanke Hitlers von der Hauptschule hatte ohnehin der alten angesehenen Pritzwalker Mittelschule das Todesurteil gesprochen. Wie sollte das Pritzwalker Schulwesen künftig aussehen? Die Stadt würde jedenfalls auf seine Gestaltung kaum noch Einfluß haben. Nicht einmal Träger der Hauptschule hätte sie sein können. Für sie sollte ein besonderer Schulverband aus der Stadt und den umliegenden Landgemeinden gebildet werden; das bedeutete, die Stadt sollte noch zahlen, aber kaum noch mitreden dürfen. Nach dem Entwurf des Reichsforstgesetzes war damit zu rechnen, daß die Stadt auch die Verwaltung ihrer Forst verlor. Deutlich waren auch Bestrebungen, die Stadtwerke - also vor allem die Gas- und Elektrizitätsversorgung - selbständiger zu machen und von der Stadtverwaltung zu lösen, um sie unter den Einfluß anderer Stellen zu bringen. Was würde nach dem Kriege noch von der städtischen Selbstverwaltung und den Aufgaben des Bürgermeisters übrig bleiben? Diese Frage drängte sich mir immer wieder auf. Ich hatte oft das Gefühl: das Amt eines Bürgermeisters ist keine Stellung mehr für einen gebildeten Mann.

Zwischen Landrat Dr. Prange und mir hatte lange Zeit das beste Einvernehmen bestanden; wir hatten in vielem, vor allem in der Beurteilung der NSDAP denselben Standpunkt. Über die geschilderte Entwicklung aber wurden wir erbitterte Gegner und auch bei unserm letzten Zusammensein unmittelbar vor dem Einmarsch der Roten

Armee ist kein Wort menschlichen Verstehens mehr gefallen. In Kyritz war der Einfluß der Inspektoren besonders groß; sie hatten die wichtigsten Dinge in den Händen. Wenn ich sicher sein wollte, daß eine Sache dem Landrat wirklich vorgelegt würde, mußte ich sie in einen besonderen Umschlag mit seiner persönlichen Anschrift legen lassen. Dabei hatte Dr. Prange ein starkes Gefühl für die Bedeutung seiner Stellung, wie überhaupt für Über- und Unterordnung im Behördenaufbau. Andererseits hatte ich immer den Eindruck, daß ihm das Wesen wirklicher Selbstverwaltung fremd geblieben war; er war wohl auch in seiner Laufbahn nie mit starker städtischer Selbstverwaltung in nähere Berührung gekommen, wie ich sie aus meiner Arbeit in kreisfreien Städten kannte. War ich im Rahmen der noch gegebenen Möglichkeiten um Selbständigkeit meiner Verwaltung bemüht oder wandte ich mich gegen Übergriffe oder Taktlosigkeiten seiner Beamten, die nicht selten waren, so war ihm das un bequem; mir war auch, als bliebe ihm mein Standpunkt unverständlich.

Während der Landrat früher im wesentlichen nur Polizeiaufsichtsbehörde gewesen war, wurde er nach 1933 in immer weiterem Umfange anstelle der Ortspolizeibehörde selbst zuständig. Bedeutsamer aber war das Bestreben, die Schutzpolizei der Gemeinden in der Hand des Stabsoffiziers der Schutzpolizei beim Regierungspräsidenten zusammen zu fassen. Die Polizeibeamten blieben zwar noch städtische Beamte. Aber der Regierungspräsident konnte sie nun beliebig versetzen. Ich habe es 1937 erlebt, daß der Leiter der Schutzpolizei-Dienstabteilung versetzt wurde, ohne daß ich überhaupt gehört worden wäre. Die Gründe habe ich auch bei persönlicher Rücksprache in Potsdam nicht erfahren können; ich hatte den Eindruck, daß ein Wunsch der SS nicht unbeteiligt gewesen wäre. Auch auf die Auswahl des Nachfolgers hatte ich keinen Einfluß mehr. Die Leiter der Schutzpolizei-Dienstabteilungen wurden von dem Stabsoffizier zu Dienstbesprechungen zusammengerufen. Von dem, was dabei verhandelt wurde, erfuhr ich nur das, was mir mein Beamter berichtete. Es begann offensichtlich eine Lösung der Polizei von den Stadtverwaltungen. In der ersten Zeit des Krieges wurde der Rang der Bezirks-Offiziere der Gendarmerie und Revier-Offiziere der Schutzpolizei erfunden. Der Landrat hatte als Kreisleiter der Gendarmerie nun einen Bezirks-Hauptmann, während ich als Leiter der Schutzpolizei-Dienstabteilung einen Revier-Leutnant hatte. Auch dadurch änderte sich unwillkürlich etwas an der Stellung der Polizei in der Verwaltung. Dreißig Jahre vorher hießen die Beamten in den entsprechenden Stellen noch Oberwachtmeister und Wachtmeister. Früher waren Schutzpolizei und Gendarmerie völlig getrennt. Im Kriege ergaben sich gewisse Unklarheiten in dem Verhältnis zwischen dem Kreisleiter der

Gendarmerie und den Schutzpolizei-Dienstabteilungen. Ich wehrte mich wie immer gegen Übergriffe; bei der Besprechung eines solchen Falles nicht lange vor Kriegsende äußerte der Landrat, mit Gendarmerie und Feuerwehr wäre es eine eigene Sache, auf die hätte er selbst kaum noch Einfluß.

Im Jahre 1941 war von Vereinfachungen im Bankwesen, von der Zusammenlegung von Banken und Sparkassen die Rede. Da auch die Kreissparkasse in Pritzwalk eine Zweigstelle unterhielt, hörte ich das mit sehr gemischten Gefühlen; mindestens standen wieder unerfreuliche Auseinandersetzungen bevor. Im Herbst des Jahres kam der Landrat mit dem Direktor der Kreissparkasse zu mir. Er erklärte, er wäre beauftragt, über ein freiwilliges Aufgehen der Stadtparkasse in der Kreissparkasse zu verhandeln und ließ durchblicken, daß sonst mit einer Überführung per ordre du mufti, wie er sich ausdrückte, zu rechnen wäre. Was er bot, war wenig: eine bescheidene Geldabfindung, die die Stadt in jedem Fall erhalten mußte, ein Sitz im Vorstand der Kreissparkasse und die Annahme etwa der Bezeichnung "Kreis- und Stadtparkasse" für die Pritzwalker Zweigstelle der Kreissparkasse. Dabei war zweifelhaft, ob das letztere überhaupt zulässig war, da die Errichtung einer gemeinsamen Sparkasse durch Kreis und Stadt eben nicht beabsichtigt wurde. Ohne mich festzulegen, versprach ich die Stellungnahme der Stadt nach eingehender Prüfung zu übermitteln. Ich suchte nun den Präsidenten des Brandenburgischen Sparkassen- und Giroverbandes, Ministerialrat a. D. Storck auf. Der war etwas erstaunt über die Ausführungen des Landrats; er könne mir nicht verheimlichen, meinte er, daß die Dinge für die Stadt günstiger ständen als für den Kreis; der Sparkassenverband hätte für Pritzwalk das Weiterbestehen der Stadtparkasse und die Auflösung der Zweigstelle der Kreissparkasse vorgeschlagen. Er sprach dann davon, daß im Warthegau die Frage verschiedentlich durch Gemeinschafts-Sparkassen der Kreise und Städte gelöst worden wäre. Das schien auch mir der richtige Weg. Die Sparkasse des Kreises Ostprignitz war eine der größten in der Provinz. Daß ihr auch noch die unbedeutende Sparkasse der Stadt Kyritz zufallen würde, war unzweifelhaft. Was hatten der Landrat und der Kreis davon, wenn sie auch die Pritzwalker Stadtparkasse übernahmen, die einzige Sparkasse, die dann neben der Kreissparkasse in der Ostprignitz noch verblieben wäre? Zudem konnte nicht zweifelhaft sein, daß bei Fortbestehen einer selbständigen Sparkasse in Pritzwalk an unnötiger Verwaltungsarbeit gespart wurde. Unter Ausarbeitung eines Satzungsentwurfs schlug ich die Zusammenlegung der Pritzwalker Stadtparkasse und der Pritzwalker Zweigstelle der Kreissparkasse zu einer gemeinsamen Sparkasse des Kreises und der Stadt vor, die selbstständig neben der Kreissparkasse stehen sollte. Das

Stadtparkasse galt allgemein als gesundes und gut geleitetes Institut; sie war auch größer als die Zweigstelle der Kreissparkasse. Mir stand vor Augen, wie einst vor dem Weltkrieg in Friedeberg das Verhältnis zwischen dem Landrat und meinem Vater gewesen war. Ich sah vor, daß je die Hälfte der Vorstandsmitglieder vom Landrat und vom Bürgermeister ernannt würden, letzterer aber Vorsitzender des Vorstandes sein sollte. Warum sollte der Landrat nicht diese kleine Sparkasse dem Bürgermeister überlassen? Er wäre bei der Fülle seiner Aufgaben doch nicht in der Lage gewesen, diesen Vorsitz außerhalb der Kreisstadt selbst wahrzunehmen. Durch Entsendung des Kreissparkassendirektors in den Vorstand hätte er zudem die Möglichkeit gehabt, sich über die Pritzwalker Sparkasse ständig fachmännisch unterrichtet zu halten. Dr. Prange aber schien in meinem Vorschlag so etwas wie eine Anmaßung zu sehen; ich hatte auch den Eindruck, daß es ihm nicht recht war, daß ich ebenfalls bei Ministerialrat Storck vorgesprochen hatte. Er erwiderte mir, der Kreissparkassendirektor, der Offizier war, wäre inzwischen wieder abberufen worden, und ohne seinen Beamten könne er nicht verhandeln. So ist es zu keiner Verständigung zwischen Kreis und Stadt gekommen. Ich hörte noch, daß auch der Bankenausschuß sich für das Fortbestehen der Pritzwalker Stadtparkasse ausgesprochen hatte; dann blieb es im Jahre 1942 still. Erst nach Stalingrad wurde die ganze Aktion wieder aufgenommen. Nun wurde aber alles so schnell betrieben, daß irgendeine Einflußnahme ausgeschlossen war. Jetzt stellte im Wirtschaftsministerium der Ministerialrat Roßburg eine ganz neue Liste der Sparkassen auf, die verschwinden sollten. Er ließ die Vorschläge der Fachverbände unbeachtet; für ihn galt der Gesichtspunkt der Ministerialbürokratie, die städtische Selbstverwaltung möglichst einzuschränken. Er setzte auch die Beseitigung der Pritzwalker Stadtparkasse durch gegen den Sparkassenverband und gegen den Regierungspräsidenten, der bei der Verhandlung im Oberpräsidium durch einen im Bezirk sehr geachteten Oberregierungsrat vertreten war. Sehr schwer traf diese Entwicklung den tüchtigen Leiter der Stadtparkasse, der in ihrem Ausbau seine Lebensarbeit gesehen hatte. Als auf Lebenszeit angestellter Beamter mußte er von der Kreissparkasse übernommen werden. Aber er konnte sich nicht entschließen, die ihm angebotene, völlig unselbständige und darum unbefriedigende Stellung des Leiters der Pritzwalker Zweigstelle zu übernehmen und wurde, obwohl ungedient und schon über 40 Jahre alt, lieber Soldat. Mir ging das neunte Gebot durch den Sinn, das will, daß wir unseren Nächsten nicht mit List nach seinem Erbe oder Hause stehen und mit einem Schein des Rechts an uns bringen, sondern ihm dasselbe zu behalten förderlich und dienstlich sein.

Anstatt "Stadtparkasse" stand nun "Kreissparkasse" an dem Gebäude am Markt, das ich erbaut hatte. Gegen die

Partei hatte ich mich behaupten können; der Macht der Ministerialbürokratie war ich erlegen. Mit der Sparkasse war mir ein wichtiges Stück der Stadtverwaltung genommen. Ich verlor jedes innere Verhältnis zu meiner Arbeit; alles war nun sinnlos und gleichgültig. Zum Hausknecht anderer Behörden, der der Bürgermeister mehr und mehr wurde, fühlte ich mich nicht prädestiniert. Am liebsten wäre ich aus dem Amt gegangen. Aber was war zu beginnen mitten im Kriege?

X

Die Lage war so ernst geworden. Würde das Heer auf die Dauer die Fehler der Führung ausgleichen können? Der Gegensatz zwischen Hitler und den Generälen war bekannt. Schon als Brauchitsch ging, hatte ich das Gefühl gehabt, damit wäre Deutschlands Schicksalentschieden. An strategische Fähigkeiten Hitlers hatte ich nie glauben können. Bedrückend war, wenn die Feindflieger in Schwärmen über der Stadt dahinzogen; in so mancher Nacht waren wir - wenige Männer der Feuerwehr, der Polizei und ich - unterwegs, um zur Stelle zu sein, wenn einmal eine Bombe fiel. Beängstigend war, die steigende Anzahl der Ausländer im Lande; gegen Kriegsende waren allein im Stadtbezirk um 700. Man konnte an Sonntagen durch ein Dorf gehen und auf der Straße nur noch ausländische Worte hören. Meine Frau war die erste, die unter uns beiden aussprach, wie wenig Hoffnung es noch für uns gab. Kam es wirklich zu einem guten Kriegsende für Deutschland, dann würde die Macht der Partei so groß und überheblich werden, daß für Menschen wie wir kein Raum mehr blieb. Ging der Krieg verloren, waren auch wir verloren bei dem Haß und der Grausamkeit, die die ganze Welt erfüllten.

In den letzten Julitagen 1943 brachte Zug auf Zug nach den großen Luftangriffen auf Hamburg Obdachlose und Flüchtlinge in die Prignitz. Zum ersten Mal kam das Grauen des Krieges der Stadt näher. An einem Tage nahm sie an tausend Menschen auf. Unermüdlich arbeitete der Stadtoberinspektor, alle unterzubringen. Nach den Bestimmungen sollte das Aufgabe der NS-Volkswohlfahrt sein. Aber wir hatten örtlich vereinbart, daß die schwierige Unterkunftbeschaffung bei der Behörde blieb; die hatte mehr Autorität und Kenntnis der Verhältnisse. Es waren Tage ohne Ruhe; mit so vielem, mit Lebensmittelkarten, mit Bezugsscheinen mußten die Ankömmlinge versorgt werden, die oft nur das nackte Leben gerettet hatten. Auch Hamburger boten ihre Mitarbeit an. Ich entsinne mich eines Justizinspektors, der bei der Abteilung für Familienunterhalt einsprang. Jetzt bewährte es sich, daß ich die selbständige Bearbeitung des Familienunterhalts übernommen hatte; unabhängig vom Landrat konnte schnell geholfen werden. Es sind Riesenbeträge gewesen, die das Reich für den Unterhalt solcher Flüchtlinge bereitstellen mußte.

Bei anbrechender Nacht rief mich der Chefarzt des Kreiskrankenhauses an. Vor seiner Tür stände ein Hamburger Krankenhaus und begehre Aufnahme, die er nicht gewähren könne. Ich fand eine lange Reihe von Kraftwagen, Omnibusse mit Kranken, darunter Schwerverletzten und Sterbenden. Es mußte geholfen werden; ich ließ Schulräume freimachen. Unter den Ärzten dieses großen Hauses bestanden Meinungsverschiedenheiten. Ich konnte die Ansicht hören, die Patienten würden in der großen Mehrzahl im Laufe der nächsten Wochen genesen oder sterben, ein nennenswerter Zugang an Kranken wäre nicht zu erwarten, das Haus in Pritzwalk mithin nicht zu halten; die Schulräume würden also nur für verhältnismäßig kurze Zeit benötigt. Der Chefarzt selbst kam erst später und nur auf kurze Zeit nach Pritzwalk. Der ihn vertretende Arzt war, wie sich bald zeigte, bemüht, auf unbestimmte Zeit ein Hilfskrankenhaus in Pritzwalk einzurichten. Zeitweilig mußte das ganze Schulgebäude hergegeben werden, obwohl schon vereinbart war, daß das Hilfskrankenhaus nur Hamburger aufnahm, nicht aber Patienten aus der ansässigen Bevölkerung. Die Schulen behelfen sich sehr notdürftig, wo immer irgend verwendbarer Raum zu finden war. Da machte mich der Direktor der Krankenkasse darauf aufmerksam, daß nach seinen Beobachtungen eine Überprüfung des Krankenbestandes des Hauses dringend erforderlich scheine. Aus mir zugänglichen Unterlagen über die Neuaufnahmen und die Verpflegungsstärke stellte ich eine Statistik über die Krankenzugangsbewegung des Hauses auf. Das Ergebnis war verblüffend. Es ergaben sich Neuaufnahmen, die bei aller Berücksichtigung der Umstände außer jedem Verhältnis zur Zahl der im Bezirk befindlichen Hamburger standen, vor allem aber eine Behandlungsdauer der einzelnen Kranken, die völlig ungewöhnlich war. Der zuständige Regierungsdirektor in Potsdam, dem daran lag, für einen Katastrophenfall möglichst viel Krankenbetten in seinem Bezirk zu haben, hielt dennoch das Haus. Nach einer Besprechung sagten mir die Medizinalräte der Kreise Ost- und Westprignitz, sie könnten nichts mehr unternehmen, nachdem der Regierungsdirektor entschieden hätte; ich wäre als Bürgermeister aber unabhängig, ich sollte die Sache nicht ruhen lassen; dieses Hilfskrankenhaus wäre wirklich nicht erforderlich. Allmählich erhielten die Schulen wenigstens einen Teil ihrer Räume zurück. Nach Monaten war endlich zu erreichen, daß der Kreisarzt mit einer Untersuchung der Patienten des Hilfskrankenhauses beauftragt wurde. Er hat nicht mehr viel zu untersuchen gehabt. Von den etwa noch 140 Kranken war wohl die Hälfte entlassen, ehe er kam. Das Krankenhaus löste sich nun von selbst auf. Sein leitender Arzt schied aus dem Dienst seines alten Hauses, das längst wieder in Hamburg arbeitete. Die wenigen wirklich Kranken konnte das Pritzwalker Krankenhaus aufnehmen. Das damals schon geschlossene Hotel Schwarzer Adler richtete ich für ein Entbindungsheim her, das dem Kreiskrankenhaus angeschlossen wurde. Wir waren gerade

bei der abschließenden Besprechung, als der Beginn der Invasion in Frankreich gemeldet wurde. Noch etwa ein halbes Jahr haben die Schulen arbeiten können bis ein Reservelazarett, das aus dem Osten zurückverlegt wurde, das Gebäude erneut in Anspruch nahm.

Mit dem Zustrom der Flüchtlinge gab es auch für die Frauenschaft manche Arbeit. Sie hatte während des Krieges eine Nähstube eingerichtet, trat überhaupt nun in vielem an die Stelle, die im ersten Weltkrieg in unseren Städten der Vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz eingenommen hatte. Was kommt es schon auf Namen an. Anfang 1941 war Ortsfrauenschaftsleiterin die Frau eines Fleischermeisters in unserer Nachbarschaft geworden. Auf deren Wunsch war meine Frau zu ihrer Vertreterin bestellt worden, ohne daß man sie vorher gefragt hätte. Aufgaben hatten sich für sie zunächst aus dieser Stellung kaum ergeben. Bald nach dem Eintreffen der Hamburger aber schied die bisherige Frauenschaftsleiterin aus. Nun fiel die immer wachsende Arbeit meiner Frau als der Stellvertreterin zu. Sie hat sich dagegen gestraut und ist auch nie endgültig als Ortsfrauenschaftsleiterin bestätigt worden. Ihr Reich war ihr Haus und ihre Familie. Ein Hervortreten in der Öffentlichkeit lag ihr nicht, irgendeine Beschäftigung mit Politik schon gar nicht. Sie lehnte es ab, Versammlungen zu leiten. Aber man kam ihr entgegen. So weit Versammlungen noch stattfanden, leitete sie die Kreisfrauenschaftsleiterin selbst; später wurde meiner Frau dafür eine besondere Stellvertreterin bestellt. Die Kreisfrauenschaftsleiterin sagte mir einmal, die Frauenschaftsleiterin müsse doch eine Dame sein. Für eine Nationalsozialistin war das ein sehr merkwürdiges Wort. Im Grunde hatte sie aber recht, wenn sie damit sagen wollte, in diese Stelle gehöre, zumal in solcher Notzeit, jemand, der wirklich Ansehen habe. Schlicht und vornehm in ihrem Wesen, freundlich gegen jeden, ist meine Frau in der Stadt wohl nicht unbeliebt gewesen. Die Aufgabe, die ihr zugefallen war, hat ihr viel Mühe und Arbeit gebracht, und ich weiß von mancher Nacht, in der sie draußen gewesen ist, wenn wieder Flüchtlinge angekommen waren. Mit Politik hatte das nichts zu tun. Schwer wurde es ihr, als sie sich Ende 1944 auf Anfordern des Arbeitsamts äußern mußte, welchen Haushalten noch eine Hausgehilfin zu belassen wäre. Sie hat das nach Besprechung mit ihren Mitarbeiterinnen so gerecht getan wie möglich; es ist nicht immer nach diesen Vorschlägen verfahren worden. Sie selbst aber hat für sich bei aller ihrer Arbeit keine Hausgehilfin mehr beansprucht.

Weihnachten haben wir noch einmal mit unseren Kindern und meiner alten Mutter verlebt, sehr bescheiden zwar, aber ungestört. Meine Frau und ich waren übereingekommen, fest zu bleiben und die Kinder von dem heran-

ziehenden großen Unglück möglichst wenig fühlen zu lassen. Dann begann der völlige Zusammenbruch. Mir ist ein Brief erhalten geblieben, den meine Frau am 5. März 1945 einer Tante schrieb, die ihr nahe stand. Da heißt es etwa: Seit dem 19. Januar haben wir ununterbrochen den Flüchtlingsstrom, der noch nicht aufgehört hat. Heute noch zieht Treck an Treck durch unsere kleine Stadt, ein Bild des Elends und Jammers. Das Land ist schon überfüllt, die Wohnungen alle voll. Was für Schicksale sich wohl abgespielt haben! Man darf darüber nicht nachdenken. Und ich darf noch nicht klagen, habe noch mein Heim, wenn auch nicht mehr gemütlich; man möchte gern mal ein Stündchen für sich ganz allein sein. G. steht mir mit Rat und Tat zur Seite; die Kinder habe ich bei mir. Aber meine Gesundheit habe ich für die Frauenschaft hergegeben. Es ist zu viel für mich; ich bin am Ende. Und doch muß es weitergehen. Dazu kommt die ungeheure seelische Belastung. Was steht uns allen bevor? Ich hoffe nichts mehr. Wir denken auch schon an Flucht. Aber wohin bei diesen Menschenmassen? Um auf der Landstraße irgendwo zu verhungern? Wenn die Sowjets erst in Stettin sind, sind sie auch bald hier, und dann ist kein Halten mehr. Dann überfluten sie Deutschland, und wir sind dem Untergang bestimmt. Ich bete jeden Abend, daß uns Deutschland erhalten bleibt; auf unser Leben kommt es nicht mehr an, aber auf unsere Kinder; für sie bete ich. Man kommt sich ganz fremd hier vor; das viele fremde Volk in der Stadt. Die Geschäfte sind leer; es kommt nichts mehr heran. Die Schulen sind zu Lazaretten eingerichtet. Ulla (unsere Tochter) hilft mir, macht die Gänge. Ich habe immer gedacht, wenn Brüderchen (unser Junge) in die Schule käme, wäre der Krieg aus; jetzt kommt er wohl gar nicht erst hinein. G. hat seinen Kopf sehr voll; Tag und Nacht ist er unterwegs. Im Februar war er zwölf Jahre hier; seine Amtszeit wäre beendet; nun läuft sie vorläufig weiter. Der Tag verging in Arbeit, sang- und klaglos. Nun muß ich schließen; ich kann nichts mehr sehen; es wird dunkel. Wir sitzen schon fünf Wochen ohne Licht; nur nachts gibt es Strom. Gas gibt es nur noch in den Mittagsstunden.....

Um diese Zeit bat die Tochter eines Pritzwalker Arztes den Kreisleiter Kobert eines Sonntags noch am Abend in seiner Wohnung um eine für sie sehr dringende Becheinigung. Sie wurde unhöflich abgewiesen; der Kreisleiter erhob sich nicht einmal von der Chaiselongue, auf der er lag. Da ließ sie sich zu den Worten hinreißen: "Wenn ich ein Jagdgewehr hätte, würde ich Sie niederschießen, Sie Oberbonze." Der Kreisleiter verlangte von mir fernmündlich die sofortige Festnahme; ich antwortete hinhaltend. Um den näheren Sachverhalt festzustellen, ging ich zum Rathaus; unterwegs begegnete mir der Revier-Leutnant, der vom Kreisleiter ebenfalls angerufen war und zu mir wollte. Ich sagte ihm sofort, ich hätte nicht die

Absicht, mich lächerlich zu machen und ein junges Mädchen wegen Bedrohung des Kreisleiters festnehmen zu lassen. Bei einem Ferngespräch mit der Staatspolizeistelle in Potsdam erreichte ich, daß sich der Kommissar vom Dienst meiner Ansicht anschloß. Wir ließen das Mädchen, das sich schon aus der Wohnung der Eltern entfernt hatte, am nächsten Morgen ungehindert nach Berlin fahren. Der Kreisleiter rief wegen der Sache immer wieder den Revier-Leutnant an, der vorschützte, den Aufenthalt der Gesuchten nicht zu kennen. Mir sagte Kobert gelegentlich: "Es ist merkwürdig, daß die Polizei die nicht finden kann. Wenn die Polizei den Kreisleiter verhaften sollte, würde sie ihn sofort zu finden wissen." Um der Sache ein Ende zu machen, suchte ich die Staatspolizei auf, als ich noch einmal wegen der Kohlenversorgung des Gaswerks in Potsdam war. Es ist das das erste und letzte Mal gewesen, daß ich im Dienstgebäude der Staatspolizei war. Ein Beamter schwankte; der stellvertretende Leiter stellte sich aber sofort und entschieden auf meinen Standpunkt. Nun konnte ich dem Vater durch den Revier-Leutnant sagen lassen, seine Tochter könne aus Berlin zurückkehren.

Einige Wochen später wäre wohl die Sache anders ausgegangen; da hätte der Kreisleiter wahrscheinlich den Volkssturm mit der Festnahme beauftragt. Es ist mir damals schon merkwürdig erschienen, daß der Einfluß und die Stellung der Partei in der Bevölkerung nie stärker war, als unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Der Kreisleiter griff nun alles auf, und ließ die Behörden fast unbeachtet. Nachdem Volkssturm-Einheiten wirklich aufgestellt waren, glaubte die Partei in ihnen wohl so etwas wie eine eigene Exekutive zu haben. Mit dem Bau von Panzersperren in der Stadt wurde begonnen, ohne daß ich vorher auch nur benachrichtigt worden wäre; ich wußte davon nur, was mir hintenherum zugetragen war. Den Behörden wurden durch Einberufungen zum Volkssturm rücksichtslos die notwendigsten Kräfte entzogen; die Partiestellen blieben fast unbeeinträchtigt. Die Behörden verloren allmählich die Verbindung nach oben; der Kreisleiter hatte immer noch mit der Gauleitung Fühlung. Ein damaliger Polizeimeister hat mir später erzählt, der Kreisleiter habe in den letzten Tagen den Polizeibeamten sogar erklärt, die Polizei wäre nun auf ihn, den Kreisleiter übergegangen; die Beamten hätten sich aber ablehnend verhalten. Ich kann mich nicht mehr recht entsinnen, ob mir der Revier-Leutnant davon etwas gesagt hat. Es war alles schon so belanglos.

Seit Anfang April standen die Amerikaner an der Elbe bei Wittenberge. Sie überschritten den Fluß nicht, obwohl ihnen kaum noch deutsche Kräfte gegenüber standen. Aber Tiefflieger kamen nun häufiger. Der 15. April 1945 war ein Sonntag. Am Abend dieses Tages standen auf dem Bahnhof Pritzwalk ein Zug mit V2-Munition, daneben ein weiterer Munitionszug. Gegen 22 Uhr schoß

sie ein Tiefflieger in Brand. Ungeheure Explosionen folgten und dauerten schwächer fast die ganze Nacht über an. Das Empfangsgebäude und die nächsten Häuser waren sofort nur noch Trümmerhaufen. Schwere Stücke von Eisenbahnwaggons hatte die Macht der Explosivstoffe weit durch die Luft geschleudert; die ganze Umgebung des Bahnhofes war mit größeren und kleineren Splintern von Eisen und Holz übersät. Fast überall in der Stadt hatte der starke Luftdruck Glasscheiben zertrümmert; Fenster und Türen herausgerissen. Viele Verletzte, oft voller Glassplitter, mußten in das Krankenhaus gebracht werden. Dazu stand der Wind ungünstig auf die Stadt zu. Es war, als flöge von dem Zug her Feuer durch die Luft. Bald stand das Viertel um den Bahnhof in Flammen. Die Feuerwehr war infolge der vielen Einberufungen gerade der besten Männer trotz aller Mühen des Wehrführers längst nicht so leistungsfähig wie einst. Die Fernsprechleitungen arbeiteten nicht mehr. Es verging einige Zeit, bis von auswärts Hilfe herbeigeholt werden konnte. Im wesentlichen war nur noch das weitere Ausbreiten des Feuers auf den Stadtkern zu verhindern. Die Gegend um den Bahnhof sank in Schutt und Asche. Auch meine Wohnung wurde vernichtet. Als ich noch einmal in unserm Haus gewesen war, hatte ich von den Meinen keine Spur gefunden. Der Morgen graute schon, als mir berichtet wurde, sie hätten sich unverletzt in das Wasserwerk geflüchtet. Es hat wohl 60 bis 70 Tote in der Stadt an diesem Abend gegeben; die genaue Zahl haben wir nicht mehr feststellen können. Bei der ungeheuren Hitzeentwicklung waren Leichen zu unkenntlichen Klumpen zusammengeschrumpft. Von manchen Menschen konnte überhaupt keine Spur mehr gefunden werden.

Und immer noch zogen Flüchtlinge durch die Stadt und brauchten manche Hilfe. Zuweilen waren die Flure des Rathauses so überfüllt, daß kaum durchzukommen war. Das ging fast bis zum Herannahen der Roten Armee. Nun aber kamen sie vom Süden, von Berlin her. Kriminalpolizei belegte das Büro der Tuchfabrik; es war ein schlimmer Wirbel, ein Kommen und Gehen, Zivil und Militär durcheinander. Truppen gingen zurück, zuweilen schon in starker Auflösung. Ständig wurden Quartiere verlangt. Ich sah eine Tafel mit der Aufschrift "Höherer SS- und Polizeiführer" an einem Hotel und bat den Major, den ich dort traf, dafür einzutreten, daß ein Ortskommandant nach Pritzwalk käme. In die Einquartierung mußte Ordnung kommen; ich wollte auch dem Anspruch des Bataillionsführers des Volkssturms entgegentreten, der in all dem Elend noch Standortältester spielen wollte. Es kam dann ein Oberstleutnant. In den Straßen folgte zeitweilig Fahrzeug auf Fahrzeug. Eine richtige Flucht ging nach Norden, auf Schleswig-Holstein zu, wo man Rettung erhoffte.

Aus der Stadt sind wenige fortgegangen, nur einige, die noch Kraftwagen und Hoffnung auf eine Unterkunft im Westen hatten, oder denen sich sonst Gelegenheit bot. Wer

Woche für Woche den Flüchtlingsstrom mit all seinem Elend gesehen hatte, scheute sich. Daß die Demarkationslinie, die festlegte, wie weit die Briten, wie weit die Rote Armee vorgehen sollte, noch vor Schwrin verlief, war unbekannt. Ich habe das erst kurz vor der Besetzung der Stadt von einem deutschen Divisionsstab erfahren. Es war überhaupt keine Hoffnung mehr. Zu mir kam ein Offizier des deutschen Nachrichtendienstes, der hinter die russischen Linien gehen wollte. Auf meine Frage, wie es dort aussähe, erwiderte er, er wüßte das nicht aus eigener Anschauung; in dieser Hinsicht übertriebe unsere Propaganda aber wohl nicht. Es wurde erzählt, daß an einzelnen Stellen in den Elbwiesen Tausende von Menschen lägen; aber die Amerikaner ließen keine Zivilisten über den Fluß, nur Soldaten, die sich gefangen gäben.

Am Morgen des 1. Mai traf ich auf der Straße den Ortsgruppenleiter. Der sagte mir, der Volksturm wäre aufgelöst, der Kreisleiter eben abgefahren. Die Parteibürokratie hat sich überhaupt rechtzeitig in Sicherheit gebracht, ohne in der Aufregung an den Heldentod zu denken, von dem sie früher so gern gesprochen hatte. Noch etwa zehn Tage vorher hatte man auf der Kreisleitung einer Gutsfrau aus dem Kreise Meseritz, die weiter nach Holstein zu ihrer Schwiegertochter wollte, eine Reisebescheinigung mit den Worten abgelehnt: "Wenn Sie auch Gräfin sind, so können Sie doch hier mit uns sterben." In der Stadt war volle Ruhe und Ordnung. Die ersten Aufräumungsarbeiten nach der Katastrophe vom 15. April waren unter Leitung des Stadtbaumeisters durchgeführt; wohl eine Woche hindurch hatte er jeden Morgen die noch anwesenden arbeitsfähigen Männer vor dem Rathaus eingeteilt; auch die Nachbarstädte hatten Hilfe gesandt. Jetzt ruhte in den meisten Betrieben die Arbeit; sie war nun ohne Sinn. Die Parteidienststellen waren verschwunden. Die Behörden versuchten mit den verbliebenen schwachen Kräften den Betrieb aufrecht zu erhalten, so gut es ging. Ich bin nie darüber im Unklaren gewesen, daß ich nach Ankunft der Roten Armee nichts mehr zum Nutzen der Stadt würde wirken können. Mit Ihrer Besetzung endete mein Amt. Bis dahin aber war es meine Aufgabe, die Verwaltung aufrecht zu erhalten.

Das Streben der deutschen Truppen ging dahin, sich, so weit nur irgend möglich, der sowjetischen Gefangenschaft zu entziehen und in die Gewalt der Briten zu begeben. Über Pritzwalk - Parchim - Schwerin ging eine wichtige Rückzugsstraße. Wohl um sie zu sichern, standen um Pritzwalk wenige Kompanien mit einigen Geschützen. Ich habe den Eindruck, daß dadurch wirklich die Einheiten der Roten Armee etwas aufgehalten worden sind. Sie standen schon am Vormittag des 1. Mai etwa 15 km. südlich Pritzwalk und sind erst am Abend des 2. Mai auf die Stadt vorgegangen. Ich hörte, daß der schwache deutsche Verband von einem Hauptmann geführt würde, der sich in der Tuchfabrik niedergelassen hätte. Es schien

mir notwendig, die Bevölkerung möglichst über die Lage aufzuklären, insbesondere darüber, ob es wohl zu Kämpfen um die Stadt kommen würde. Von dem Hauptmann, den ich mit dem Revier-Leutnant aufsuchte, konnte ich aber nichts erfahren. Er wollte selbst nicht wissen, wie lange er sich halten müßte und tröstete mich damit, daß er noch kaum Gefechtsberührung hätte. Vielleicht zwei bis drei Stunden später wollte ich zwischen 19 und 20 Uhr mit dem Fahrrad von Kammermark über Hasenwinkel in die Stadt zurück. Da begegnete mir eine Reihe großer russischer Panzer. Sie hatten die Stadt schon durchstoßen und folgten auf der Straße nach Parchim.

Als unsere Wohnung vernichtet war, hatte ich die Meinen nach Kammermark gebracht. Ich selbst war in der Stadt geblieben, fuhr aber so oft auf das Gut hinaus, wie das nur möglich war. Wir suchten wieder ein Unterkommen in der Stadt für uns alle; bei der starken Zerstörung war das aber so schnell nicht zu finden. Dort in Kammermark sind die, die mir lieb waren, ohne Schmerzen aus dieser Welt gegangen, kurz ehe der erste Feind das Gut betrat. Sie sind rein und fein geblieben, wie sie im Leben waren, und niemand hat sie in den Schmutz treten dürfen. "Wenn dem Sieger alles erlaubt ist", sagt Jacob Burckhardt in seiner Griechischen Kulturgeschichte, "so ist für den Besiegten der Selbstmord ein unentbehrliches Recht, und man darf den zufälligen Inhabern einer entsetzlichen Übermacht nicht den Gefallen tun, auf das letzte Mittel der Rettung vor ihnen einen sittlichen Verruf zu legen." Nicht wenige sind damals diesen Weg gegangen in Pritzwalk und im ganzen deutschen Osten. Sie waren nicht die Schlechtesten. Ich selbst habe den Tod, den ich suchte, nicht finden können.